Außenpolitik

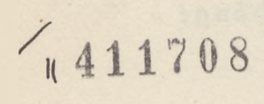
Erwin Ulrich Mozer

Außenpolitik

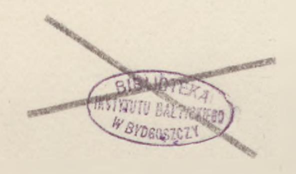
Geographische und weltanschauliche Zusammenhänge

Gerhard Stalling, Verlagsbuchhandlung
Oldenburg i. O. / Berlin

Einband und Schutzumschlag von Herbert Lange



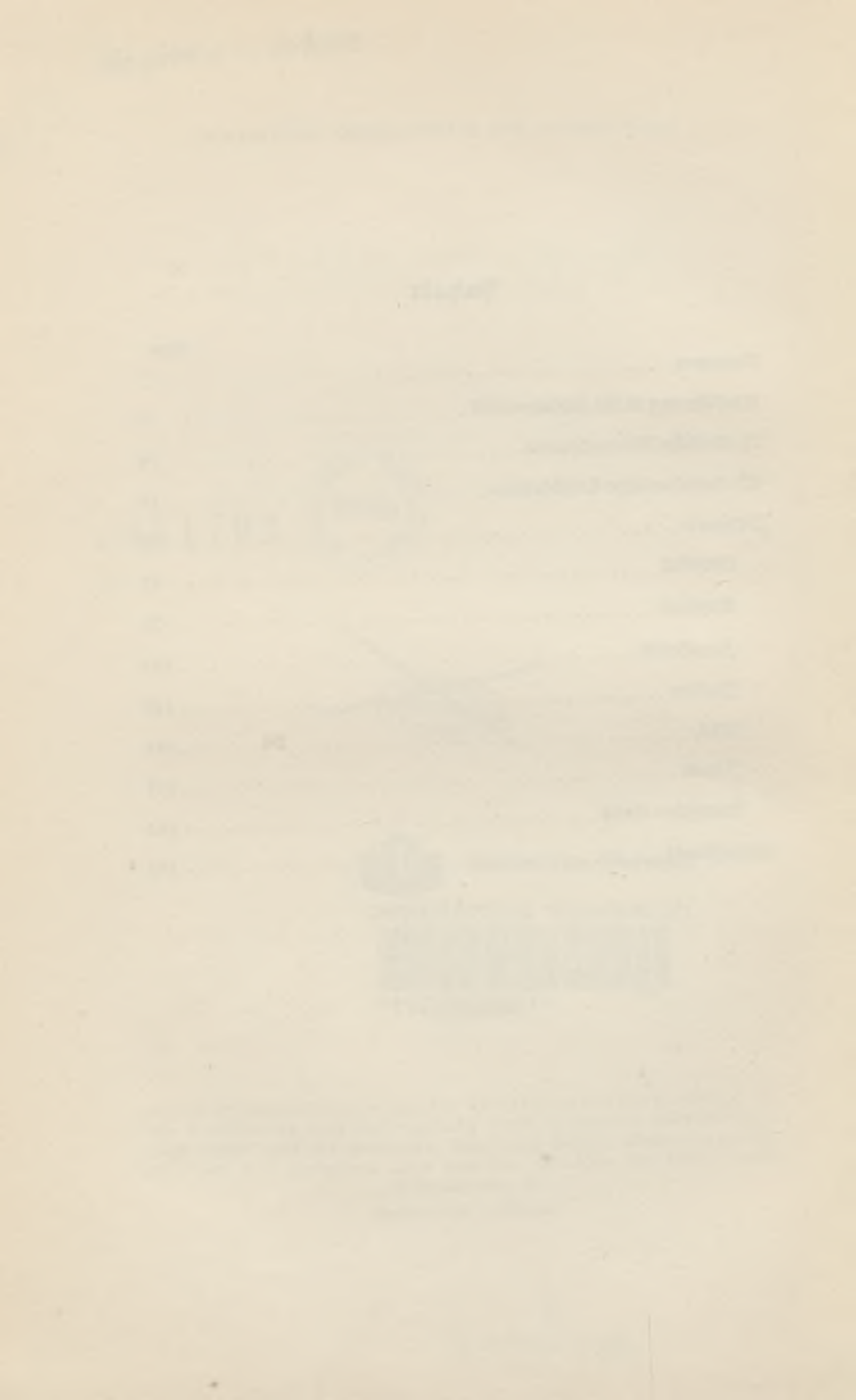






Gedruckt und gebunden 1936 von der Gerhard Stalling A.-G.
Oldenburg i. O.
Printed in Germany

Inhalt



Vorwort

Außenpolitik ist das Schaltwerk der Staaten zur Messung ihrer wechselseitigen Kräfte. Dieses Schaltwerk ist so kompliziert, das Leitungsnetz der Kräfte, das in ihm zusammenläuft, so dicht, die Kräfte selbst sind in Ursache und Wirkung so verschiedenartig, daß sie in ihrer Gesamtheit über das Beherrschungsvermögen eines Einzelgehirns hinausgehen. Will man demnach über die Außenpolitik schreiben und eine verständliche Linie einschlagen, so wird man sich auf bestimmte in diesem umfassendsten und buntesten Bezirk der Politik hervortretende Elemente beschränken und sie gleichsam wie einen roten Faden durch die Geschehnisse hindurch verfolgen müssen. Zwei solche Elemente sollen in dieser Schrift aufgezeigt werden: erstens die Gebundenheit der Außenpolitik und ihrer Sachinteressen an natürliche, d. h. geographische Verhältnisse, zweitens ihre Abhängigkeit von ideellen, von weltanschaulichen Triebkräften. Eine geographische Tatsache stellt es beispielsweise dar, daß die Schweiz ein reiner Binnenstaat und somit von Natur aus gehalten ist, auf einem andern außenpolitischen Weg zu marschieren als etwa die ausgesprochene Insel- und Seemacht England. Zum andern ist jede Weltbetrachtung als grundsätzliche Deutung des diesseitigen Lebens bestrebt, die politische Entwicklung der Völker nach ihrem Inhalt zu gestalten, mag dieser Inhalt trügerische Ideologie oder schöpferische Idee sein. Alle Außenpolitik hat daher

auch eine weltanschauliche Unterlage. Im außenpolitischen Handeln der Sowjetunion z. B. wird immer der Gedanke der kommunistischen Weltrevolution eingebettet liegen.

In den breiten Schichten unserer Volksgenossen ist die Fähigkeit, in den außenpolitischen Großraum urteilbildend vorzudringen, oft noch gering. Für viele sind die Zusammenhänge in der großen Politik böhmische Dörfer, weil sie nicht unmittelbar ihr tägliches Leben berühren. In der Vergangenheit wurde die außenpolitische Schulung aufs ärgste vernachlässigt. Erst der nationalsozialistische Staat hat damit tatkräftig eingesetzt, hat er es doch nicht notwendig, nach den Methoden der Kabinettspolitik und der Geheimdiplomatie sein außenpolitisches Wollen zu bemänteln. Er, der sein Wollen in aller Öffentlichkeit darlegt und begründet, fördert darum auch die Aufklärung über dieses größte politische Gebiet. Aus solcher Erwägung heraus ist die vorliegende Schrift entstanden, ihr Zweck ist, Anregungen zu außenpolitischem Denken zu vermitteln. Die Themastellung ergab sich aus den Erfahrungen, die ich als Schulungsreferent in einer Kampfgliederung der nationalsozialistischen Bewegung gewonnen habe und ständig neu gewinne. Darnach konnte es nur darauf ankommen, so schlicht zu sprechen, als das Stoffgebiet dies überhaupt zuließ, und so wenig wie möglich an Vorkenntnissen beim Leser vorauszusetzen. Die Kärtchen, die mein Sohn Harald gezeichnet hat, sind zum besseren Verständnis der geopolitischen Vorgänge beigegeben.

Der Verfasser

Einführung in die Außenpolitik

Ein Volk und seine politische Erscheinungsform, der Staat, leben nicht auf sich allein gestellt in der Welt. Zwar werden ihre Existenz und ihre Entwicklung stark beeinflußt von dem Maß ihrer Eigenkräfte, aber ihre Daseinsgestaltung bleibt auch mitbestimmt durch das gleichzeitige und räumliche Zusammensein mit andern Völkern und Staaten. Kein Volk, kein Staat entrinnt der Auseinandersetzung mit den politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Strömungen und Erscheinungen, die von andern Völkern und Staaten ausgelöst werden. Diese wechselseitige Auseinandersetzung wird in dem Begriff Außenpolitik zusammengefaßt. Zwischen Außenpolitik und ihrer Durchführung ist zu unterscheiden: den Ideen nach kann eine Außenpolitik gut sein und trotzdem in ihrer Ausführung kläglich. Umgekehrt kann eine Außenpolitik in der Durchführung geschickt sein, ihren Ideen nach aber verwerflich, ja friedensgefährdend. Außenpolitisches Handeln ist nicht unabhängig, weil mindestens zwei Partner zu ihm gehören. Wenn der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler sich als Träger höchster Verantwortung vor der Geschichte bezeichnet, so besagt das auch, daß er, wie kaum jemals ein anderer, ein unbeschränkter Staatsmann ist. Dennoch bleibt seine außenpolitische Schöpferkraft notwendig insoweit begrenzt, als die großen Fragen Europas eben nicht von einem Einzelwillen aus lenkbar sind. Musso-

lini ist außenpolitisch ebenso unbehindert wie Camillo Cavour, der italienische Bismarck, welcher 1861 die nationalstaatliche Einheit Italiens schuf. Trotzdem vermag er dessen Wort „Italia farà da sè" („Italien wird es selbst machen") nicht unbekümmert um seine Mitwelt in die Tat umzusetzen. Keine Außenpolitik ist imstande, ein dauerndes Gleichgewicht im Völkerleben zu schaffen, am allerwenigsten auf dem Weg über Bündnisbildungen. Die politische Geschichte Europas erweist dies zur Genüge an älteren und neueren Beispielen. Der Gleichgewichtsgedanke ist erstmals unter den Päpsten des ausgehenden Mittelalters (Ende des 15. Jahrhunderts) rege geworden, die von einer politischen Balance gegenüber Frankreich sprachen. Mit derselben Absicht kam 1668 eine sogenannte Triple-Allianz zwischen Holland, England und Schweden gegen den französischen König Ludwig XIV. zustande. Im Frieden von Utrecht (1713), dem Abschluß des spanischen Erbfolgekrieges, wurde das Gleichgewicht ausdrücklich als Ziel benannt. In den Bündnissen gegen Napoleon I. (1805/14), im Wiener Kongreß (1814/15), im Frieden zu Paris, der 1856 den Krimkrieg der Westmächte gegen Rußland beendete, in der Politik Napoleons III., im Berliner Kongreß von 1878 unter Bismarck spielten Gleichgewichtsbestrebungen immer eine Rolle. Ähnlichen Ausgangspunkt hatten der von 1882 bis zum Weltkrieg währende Dreibund zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Italien, der 1891 geschlossene Zweibund zwischen Frankreich und Rußland, die 1904 geschaffene Entente cordiale zwischen England und Frankreich und die hieraus im Jahr 1907

unter Einschluß Rußlands erwachsene Triple-Entente. Alle diese Gleichgewichtsbestrebungen vor dem Weltkrieg sind gekommen und gegangen. Ein fester politischer Status, wie ihn nach dem Weltkrieg die Pariser Vorortdiktate zum Ziel nahmen, kann bestenfalls zeitweilig erreicht werden. Dafür ist unser Drittes Reich das schlagende Beispiel: noch vor Jahren gebunden und schwach, heute frei und stark! Andererseits mußte England seine traditionelle Gleichgewichtsforderung zur See, den sogenannten Zweimächtestandard, wonach die britische Flotte allein so stark sein sollte wie die Flotten der beiden nächststarken Seemächte zusammen, im Washingtoner Abkommen von 1922 aufgeben und den USA Gleichheit zur See zugestehen. Seit Dezember 1934 beansprucht auch Japan Flottengleichheit und hat darum das Washingtoner Abkommen gekündigt. Wir sehen: in der Außenpolitik gibt es auf die Dauer keinen Ruhepunkt. Warum, ist klar.

Immer nämlich hat es Nationen gegeben und immer wird es solche geben, die neuen starken Lebenswillen aufbringen für den Kampf um ihre Weiterentwicklung, zumindest zeitlich gesehen. Die Möglichkeit der Fortentwicklung im Raum stellt ein besonderes Problem dar, das mit dem Begriff Imperialismus in Verbindung steht, ohne sich jedoch in ihm zu erschöpfen. Diese Erneuerung, diese Völkerentwicklung heißt Geschichte; Geschichte ist somit Leben, Bewegung. Würden alle Nationen auf den Kampf um ihre Weiterentwicklung verzichten, so gäbe es keine Bewegung, kein Leben mehr: Geschichte brauchte nicht mehr erarbeitet zu werden, sie würde nur noch als rückschauende, beschreibende Wissen-

schaft verbleiben. Nun steht dem politischen Bewegungswillen der einen Völker die politische Beharrungs- und Erhaltungssucht der andern gegenüber. Völker der Bewegung sind im unverrückbaren Glauben an sich und ihre Zukunft zu gewaltiger innerer Stählung fähig, um zu höchster Leistung nach außen bereit zu sein (so das deutsche Volk des Dritten Reichs). Diese Leistungsvorbereitung flößt den Beharrungsmächten mit Frankreich an der Spitze Furcht ein. Sie suchen darum ständig nach Bündnis- und Einkreisungsmethoden und prangern die Nationen der Bewegung, die doch nur Wiederhersteller des Naturrechts und damit Träger der Zukunftsordnung sind, als Feinde ihrer „Sicherheit" an. Niemals aber läßt sich politische Sicherheit dadurch erreichen, daß man die friedliche Entwicklung der Völker und Staaten unterbinden, daß man eine Nation auf einer bestimmten Lebensstufe festnageln will. Zwischen den beiden Fronten der Bewegung und Erhaltung steht eine dritte Gruppe, die zwar das Falsche der politischen Beharrungssucht weitgehend begreift, sich aber noch nicht zu radikaler Abkehr davon entschließen kann (England). In Wirklichkeit bedeutet das Bekenntnis einer Nation zum Gesetz des Lebens nichts weniger als kriegerische Gesinnung gegen oder gar Fehdeansage an andere Völker. Es ist einfach der Ausdruck für den Willen, sich das eigene Existenzrecht nicht von andern mit der Dezimalwaage abmessen, sich den eigenen Lebensstil nicht von andern diktieren zu lassen. Sonach haben Nationen, die leben wollen, das Recht und die Pflicht, zu sinnen, wie sie dies gedeihlich vermögen. Sie haben das Recht und die Pflicht, zu

prüfen, woher etwa Gefahren drohen, welches Bereitschaftsmaß, welche Widerstandskraft und Verteidigungsfähigkeit auf allen Gebieten ihrer Lebensäußerungen sie einer solchen Gefahrenlage entgegenstellen können. Sie haben das Recht und die Pflicht, ihr Handeln darnach abzuwägen und einzurichten. Diese Notwendigkeiten, die aus der ständigen Berührung unter den Nationen, aus ihrer ständigen wechselseitigen Kräfteausstrahlung sich ergeben, schaffen sowohl politische Gemeinsamkeiten als auch politische Gegensätze, die den Gegenstand der Außenpolitik bilden.

Natürliche Bedingtheiten

Außenpolitisches Handeln unter Mißachtung der dinglichen, also der geographischen Verhältnisse eines Landes würde auf Schritt und Tritt zu schweren Fehlern führen. Bedeutet es doch einen großen Unterschied, ob ein Staat Festlandsmacht (z. B. Deutschland und Rußland) oder Inselmacht (England und Japan) oder beides zugleich, eine Erdteilmacht ist (USA). Diese verschiedenartigen Grundlagen, auf denen vor allem die Landesverteidigung und die Gestaltung der Volkswirtschaft aufgebaut sind, bedingen auch eine verschiedenartige Außenpolitik. Noch andere Gegebenheiten üben einen bestimmenden Einfluß auf das außenpolitische Verhalten aus: die Lage an Meerengen, die Zugangsmöglichkeit zum Meer, der Eigenbesitz wichtiger Rohstoffgebiete, die Beherrschung strategisch bedeutsamer natürlicher Bollwerke. Außenpolitik im weiten Sinn schließt auch Wehrpolitik in sich, und diese verlangt in höchstem Grad Kenntnis der Räume und ihrer natürlichen Voraussetzungen. Besitzt doch jeder Raum einen doppelten strategischen Wert, einen aktiven und einen passiven. Der aktive Wert liegt in der Ausgestaltung des Raumes zur Abwehr oder zum raschen Vortragen eines Angriffs, der passive in seiner Natur als Rückzugsgebiet, die einen Eindringling aufreiben kann. Das hat, um einige Beispiele zu geben, im Altertum schon der Perserkönig Darius erfahren, als er sich im Skythenkrieg (514 v. Chr.) über die Donau in die Wüste der Geten vorwagte. Das mußte Napoleon I. in

Rußland (1812) erleben. Dort verlängerten die absichtlich zurückweichenden Russen die Etappenstraßen der Franzosen derart, daß alle Feldherrnkunst Napoleons an den Naturgewalten des russischen Raumes, voran an der Kälte, zerschellte. Das erfuhr der österreichische Oberbefehlshaber Ludwig Benedek, der 1866 bei Königgrätz vernichtend geschlagen wurde, weil er in Unkenntnis des böhmischen Raumes schwerste strategische Fehler beging. Das erfuhr der chinesische Heerführer Tschiangkaischek, dessen Feldzug gegen die Kommunisten 1931 buchstäblich im plötzlichen Hochwasser des Yangtsekiang ertrank, eine Möglichkeit, die der General nicht in seine strategische Rechnung gestellt hatte. Der Unterschied zwischen einem Raum mit natürlicher Autarkie und einem wirtschaftlich abhängigen Raum ist so wesentlich, daß er im außenpolitischen Verhalten eine erste Rolle spielt. Der Mangel an Autarkie z. B. hat das Deutsche Reich trotz seiner Wehrstärke mit den Weltkrieg verlieren lassen. Die österreichisch-ungarische Monarchie dagegen konnte dank ihres reichen Eigenbesitzes an Lebensmitteln, Getreide und Vieh, an Kraftquellen u. a. so lange ausharren, trotzdem sie politisch längst morsch war, weil ihr die völkische Einheit fehlte. Wir wollen in diesem Übersichtsabschnitt nicht in solche Weiten der außen- und wehrpolitischen Probleme vorstoßen, zu denen übrigens noch klimatische (militärische Operationen in den Tropen) und biologische (Pflanzenwuchs als Nährquelle für Heere, Auftreten von krankheitserregenden Tieren) hinzukommen. Festgestellt sei nur, daß derartige geographische Grundlagen unveränderlich bleiben.

Im Gegensatz dazu ist eine Reihe anderer sachlicher Faktoren, mit denen die Außenpolitik zu rechnen hat, unter Umständen stark veränderlich: Bevölkerungslage und Wehrstärke, koloniale Lage, finanzielles und soziales Gefüge, industrieller und bäuerlicher Aufbau, Verkehrslage. Denn die Bevölkerung eines Landes kann durch Geburtenüberschuß oder Geburtenschwund so steigen oder fallen, daß seine Wehrkraft entscheidend in Mitleidenschaft gezogen wird. Wie die koloniale Lage wechseln kann, haben wir nach dem Weltkrieg erlebt und erleben wir heute in dem Drang Italiens nach Afrika. Die Schwankungen im finanziellen Gerüst kommen drastisch in dem Währungswirrwarr unserer Zeit zum Ausdruck. Die Wandlungsfähigkeit des sozialen Gefüges wird deutlich am russischen Staat der Vor- und der Nachkriegszeit und am Deutschen Reich vor und nach der Machtübernahme durch die nationalsozialistische Bewegung. Für die wirtschaftliche Wandlungsmöglichkeit legen der riesenhafte industrielle Aufbau Japans, des Rätebundes oder auch südamerikanischer Länder und seine Auswirkungen auf die ganze Welt beredtes Zeugnis ab. Wollen wir noch die Verkehrslage beleuchten, so tauchen erst recht bedeutsame Wandlungsmöglichkeiten am Horizont auf. Welche Verlagerung der heutigen politischen Schwerpunkte kann einmal eintreten, wenn die schnellere Raumbewältigung durch die Flugtechnik zu einer starken Raumverengung in der Welt geführt haben wird! Welche Veränderungen des politischen Lagewertes so mancher Punkte der Erde werden daraus entstehen! Die portugiesischen Azoren und die britischen

Bermudas haben als Stützpunktinseln im Weltflugverkehr bereits eine früher gar nicht geahnte Steigerung ihres Lagewertes erfahren. Einen ähnlichen Wertauftrieb werden in der kommenden Zeit gewisse Inseln z. B. im Indischen Ozean erlangen, deren Namen heute die Allgemeinheit noch kaum kennt. Aber nicht nur Inseln und Inselgruppen, auch ganze Ländergebiete werden in der Zukunft durch die fortschreitende Flugtechnik und ihre Auswirkung auf die Verkehrslage eine bevorzugte Stellung gegenüber der Gegenwart gewinnen: Irland, Spanien als Ausgangspunkt für den Zeppelinverkehr nach Südamerika, der Irak mit seiner Hauptstadt Bagdad als Flugknotenpunkt zwischen Europa, Asien und Afrika, sogar die Antarktis als Verbindungsglied zwischen den drei Südkontinenten wird keine Ausnahme machen. Die Alpen bieten heute schon keine Schutzwehr mehr, die Schweiz und Österreich sind offene Länder geworden. Bisher fast unzugängliche indische Hochlandstaaten werden bereits von Luftgeschwadern aufgesucht. England kann auf seine Insellage, seine „splendid isolation", angesichts der französischen Luftarmee nicht mehr pochen. Die stark wachsende Bedeutung der Grenzwälder (Ardennen, Böhmischer Wald) im Zusammenhang mit der neuesten Fototechnik, die mit Infrarot-Aufnahmen bis zu einer Entfernung von 70 km und mehr selbst durch Nebel hindurch gute Bilder erzielt, die Bedeutung der Pufferzonen (z. B. Mandschukuo), diejenige der Siedlungspolitik (z. B. Vordringen tschechischer Siedler in Österreich zwecks Abriegelung der Deutschen von Südosteuropa) sei hier nur angedeutet. Die Beispiele ließen sich





häufen, doch zeigen die wenigen schon, daß auch die Verkehrslage in der Neuzeit ein unsteter außenpolitischer Begriff geworden ist.

Welch hohes Gewicht im politischen Lebenskampf eines Volkes den geographischen Gegebenheiten seines Raumes und dessen Lage zukommt, werden wir im einzelnen später an Hand der Beispiele sehen.

Weltanschauliche Triebfedern

Von jeher haben neben den dinglichen Verhältnissen ideelle Vorstellungen und Ziele die politischen Beziehungen der Völker in hohem Grad beeinflußt. Schon die Raub- und Rachefehden unter den Völkern der Urzeit waren vielfach auf Widersprüche in den Anschauungen zurückzuführen. Der Kampf der Griechen um ihre Freiheit (4. und 3. Jahrhundert v. Chr.), der Kampf der Römer um die Beherrschung der Welt (2. Jahrhundert v. Chr. bis ins 2. Jahrhundert n. Chr.), der weitgreifende Kampf des mittelalterlichen Christentums (Kreuzzüge 11. bis 13. Jahrhundert), der durch den Protestantismus ins Leben gerufene Machtkampf um die politische Verteilung der Welt (vom 16. bis ins 18. Jahrhundert), die Gestaltung der Außenpolitik im Zeitalter der Aufklärung (18. Jahrhundert), die Wirkungen der französischen Revolution von 1789 auf die politische Entwicklung des 19. Jahrhunderts — sie alle sind Beispiele für den Einfluß der Idee oder der Ideologie auf die Außenpolitik. In der Neuzeit ist dieser Einfluß nicht geringer geworden, im Gegenteil.

Lassen wir die rein persönlichen Eigenschaften und Empfindungen der Staatsmänner und der Diplomaten beiseite: ihre Lauterkeit oder Unaufrichtigkeit, ihre Sachlichkeit oder Voreingenommenheit, ihr Vertrauen oder Mißtrauen, ihre Schlichtheit oder Eitelkeit, ihre Bestimmtheit oder Unbestimmtheit, ihre Wirklichkeitsnähe oder Wirklichkeitsferne. Lassen wir den allgemein

menschlichen Beweggrund beiseite, dem auch Staatsmänner und Diplomaten unterworfen sind, den Beweggrund des Profits, um deswillen oft kein Kompromiß und kein Schacher zu schlecht erscheinen. Neigen wir auch nicht zu der Annahme, daß jeder außenpolitischen Handlung von vornherein eine klar bewußte Absicht und Voraussicht zugrunde liegt, daß jeder einzelne Staatsmann ein gerüttelt Maß von Willen besitzt, den er unbehindert in die Tat umsetzen kann. Man mag von einem George Canning, der mehrfach einflußreichster britischer Außenminister war (1807/09, dann 1822), von einem Klemens Metternich, dem österreichischen Staatskanzler, der 1814 den Wiener Kongreß leitete, von seinem französischen Kollegen Charles M. Talleyrand und von Bismarck sagen: „darauf zielten sie ab". Erst recht muß man von Adolf Hitler sagen: „das will er erreichen". Aber solche Ausnahmemenschen sind die meisten Staatsmänner keineswegs; nur wenige von ihnen haben die Kraft, eine persönliche Außenpolitik aufzubauen. Die sie besitzen, wie der Führer und Reichskanzler, sind große Männer, und große Männer an der Spitze eines Volkes sind als Gnade Gottes anzuschauen. Er schenkt sie nur selten.

Die Staatsmänner trennen sich in Grundsatzmenschen und Diplomatennaturen. Besäßen die letzteren ein für allemal in der Welt eine Monopolstellung, so würde jede vorwärtstreibende gesunde Entwicklungskraft im Völkerleben kläglich versiegen. Ernst, heilig und unverkennbar dagegen ist die große Mission der Grundsatzmenschen, denen es nur gegeben sein muß, nicht über Begriffen die oft eng begrenzten Möglichkeiten der Wirklichkeit zu

verkennen. Alle Staatsmänner huldigen einer politischen Weltbetrachtung, sie tragen irgendein Bild von der Zukunft in sich, irgendeine Vorstellung vom Sinn, vom Wesen und von der Bedeutung des geschichtlichen Lebens ihres Volkes und anderer Völker, sie haben Ideale und Wünsche, sie sind Schöpfer lebensgestaltender Ideen oder aber Verfechter starrer Ideologien. Solche Weltanschauung, die nichts mit metaphysischen, d. h. übersinnlichen Fragen zu tun hat, die vielmehr die diesseitige Welt formen und gestalten will, ist ein wesentlich mitbestimmender Faktor in der Außenpolitik. Nicht allein im eigenen Handeln der Staatsmänner äußert sich ihre Weltauffassung, auch in die öffentliche Meinung der Länder wird sie verpflanzt oder zu verpflanzen versucht. Daraus entsteht einmal die besondere Meinung eines bestimmten Staates gegenüber einem andern bestimmten Staat. Zum zweiten entsteht daraus die allgemeine Weltmeinung einem Volk und Staat gegenüber. Hier tritt, aus allen möglichen Quellen gespeist, die internationale Hetzpresse auf und erzeugt oft eine öffentliche Meinung, die der Wahrheit ins Gesicht schlägt. Ein Kinderspiel für sie, die gewohnt ist, mit der Wahrheit wie mit Knetgummi umzugehen, die aus Verachtung der objektiven Wahrheit selbst ein Objekt geworden ist. Als solches schreibt sie faustdicke Lügen, denn die Wahrheit würde ja ihre „Einkommensquellen" verstopfen. So entsteht der Zirkus der Weltmeinung, und für ihn werden „Bestien" gebraucht, etwa das nationalsozialistische Deutschland. Das politische Vertrauen, welches ein Staat genießt, ist somit nicht nur von dessen eigenem Verhalten, von seinen

eigenen Leistungen abhängig, sondern auch — leider — von der öffentlichen Meinung, die über ihn erzeugt wird, mag sie noch so unrichtig sein. Sie ist in der Tat häufig unrichtig, in jedem Fall dort, wo die falsche Weltanschauung der Beharrung und die wahre der Entwicklung aufeinanderprallen. Wie schwer wird es doch von der internationalen Clique politischer Drahtzieher den Völkern um uns herum noch immer gemacht, das zu erfassen, was im Dritten Reich vor sich geht. Grundsätzlich können wir darauf stolz sein, denn niemals war es das Schlechteste in der Welt, was die meisten nicht verstanden. Man wirft uns unsere Disziplin vor, und doch ist diese Disziplin ein Garant des Friedens, der den parlamentarisch-demokratischen Wirrwarr in der übrigen Welt mit seiner ewigen Friedensgefährdung in den tiefsten Schatten stellt. Man wirft uns Nationalismus vor, der gleichbedeutend sei mit Imperialismus. Dabei heißt Nationalismus im Sinn nationalsozialistischer Weltanschauung nicht Gewalt und nicht Imperialismus. Er ist vielmehr ein neuer, ein volkspolitischer Staatsgedanke, der zugleich ein höchstwertiges außenpolitisches Prinzip enthält. Besagt dieser Staatsgedanke doch, daß das Leben der Nationen weniger auf Waffenrüstung begründet sein soll als auf völkischen Energien. Fußt er doch auf dem unbedingten Lebensrecht eines Volkes, dem er allen Spielraum beläßt bis zu der Grenze, an welcher das Lebensrecht der andern Völker beginnt. Sein Wesenskern liegt also nicht in der Machtausdehnung nach außen, sondern in der Sicherung der eigenen völkischen und rassischen Lebensgrundlage, sein Prin-

zip heißt: „Alles für die Gesamtheit des Volkes". Der Nationalsozialismus hat vor aller Welt erklärt, daß das deutsche Volk einer starken Klammer bedarf, die es zusammenhält. Denn früher sind im deutschen Volk auseinanderstrebende Kräfte lebendig gewesen. Sie haben im Lauf der Geschichte immer wieder seine Einheit bedroht, deren es, um sich außenpolitisch zu behaupten, infolge seiner ungünstigen geographischen Gegebenheiten dringender bedarf als irgendeine andere Nation. Dazu konnte eine bloß äußerliche Zusammenfassung durch eine wie auch immer beschaffene staatliche Organisation nicht genügen. Staat und Staatsform mußten vielmehr mit innerer Notwendigkeit aus dem Volk heraus gestaltet werden, anstatt umgekehrt nur als Notbehelf für die fehlende völkische Geschlossenheit zu dienen. Das Volk so zu einer Einheit durchzukneten, daß diese schließlich eine biologische Tatsache wird, das ist geschichtlich gesehen die große Sendung des Nationalsozialismus. Gibt es doch z. B. für die englische Außenpolitik nichts Wichtigeres als die Sicherung einer einheitlichen Sinnesart, die der Engländer als common sense bezeichnet. Und von dem chinesischen Weltweisen Laotse (6. Jahrhundert v. Chr.) stammt das Wort: „Wenn der Kaiser von China nach Süden blickt, ist alles in Ordnung". Das heißt auf unsere Zeit übertragen: wenn die seelische Gemeinschaft in einem Volk so groß ist, daß Führer und Gefolgschaft sich ganz verstehen, dann ist es mit dem Staat wohlbestellt im Innern und nach außen. Unser Streben darnach wird draußen als Imperialismus verschrien. Man wirft uns Militarismus vor und sieht

nicht, daß wir nur wehrhaft sein wollen. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Denn wehrhaft ist ein Volk, das die ihm anerwachsenen Lebensgüter mit eigenen Machtmitteln verteidigen kann, militaristisch aber ist ein Volk, das Lebensgüter, die es aus eigener Lebenskraft nicht besäße, gewaltsam, also auf fremde Kosten errafft. Wo in der Welt gibt es einen zweiten politischen Gedanken, der eine so klare Absage an allen Imperialismus, an allen Militarismus in sich schließt wie dieser, der in der nationalsozialistischen Weltanschauung verankert ist? Wo sonst gibt es einen außenpolitischen Weg, der so eindeutig in den Frieden einmündet, weil er die Wege der andern nicht durchkreuzt, sondern nur fordert, daß er selbst nicht von den andern mit Steinen beworfen wird?

Schauen wir uns dagegen den italienischen F a s c h i s m u s an, der übrigens die Welt auch nicht im unklaren gelassen hat über die weltanschaulichen Richtpunkte seiner Außenpolitik. Man braucht dazu nur das Buch Mussolinis „Der Faschismus, Lehre und Grundgesetze" nachzulesen. Dort wird der Faschismus als „Wille zur Macht und Herrschaft" charakterisiert, als „imperialistischer Wille, der weder an die Möglichkeit noch an die Nützlichkeit eines immerwährenden Friedens glaubt. Der Krieg allein spannt die menschlichen Kräfte an und adelt die Völker, die den Mut haben, ihn zu wagen". Kann es eine offenere Begründung für das außenpolitische Handeln Italiens geben als die aus dem Munde des Duce? Dieses Handeln erwächst aus dem Gedanken des

Imperium Romanum, die geschichtliche Größe Roms ist die Triebkraft der faschistischen Außenpolitik.

Wenn man bei Nationalsozialismus und Faschismus von „Nationalismus" spricht, so gilt es nun, den Gegensatz dazu aufzuzeigen, nämlich jene ideellen Strömungen in der Außenpolitik, die im „Internationalismus" gründen, d. h. in der Voranstellung allgemeiner „humanitärer" oder klassenmäßiger oder wirtschaftspolitischer Ziele vor die natürlichen nationalen. Ein Hohn auf alle geschichtliche Wahrheit ist es, wenn der Internationalismus sich als humanitär, als menschenfreundlich bezeichnet; in Wirklichkeit hat er das größte Unglück über die Völker gebracht. Überfliegen wir die „internationale" Weltbetrachtung in ihren Verkörperungen und ihrem Einfluß auf die große Politik. Im Jahr 1836 wurde in Paris ein internationaler Bund der Kommunisten gegründet, der ein noch verworrenes kommunistisch-sozialistisches Programm aufstellte. Aus ihm erwuchs 1864 in London die internationale Arbeiterassoziation, die sogenannte I. Internationale, die in der Folgezeit Kongresse abhielt, erstmals 1866 in Genf. Man sagt, die Zeiten ändern sich; in manchem ändern sie sich aber auch nicht, war doch Genf schon damals das Pflaster für alle, die international dachten, so wie es heute das Pflaster der internationalen Konferenzen und der internationalen Gesellschaft ist, die man Völkerbund nennt. Es folgte 1889 die II. Internationale, die Vereinigung der Sozialdemokraten aller Länder, die heute ihre Zentralbüros in Amsterdam und London unterhält. Ähnliche internationale Bestrebungen finden wir in den pazifistischen, den

Friedensbewegungen. In den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde die private Gesellschaft der Friedensfreunde errichtet, die 1848 in Brüssel ihren ersten Friedenskongreß abhielt. Auch in die amtliche Politik wurde die pazifistische Ideologie übernommen: 1899 und 1907 fanden im Haag Friedenskonferenzen statt. Seit dem Weltkrieg spielt die in Frankreich entstandene private „Liga für Menschenrechte" eine Rolle, die selbstverständlich bei der Liga der Nationen (Völkerbund) beglaubigt ist. In etwas anderer Art vertreten die sogenannten Pan-Bewegungen den Internationalismus als bewußte außenpolitische Zielrichtung. Man denke nur an paneuropäische Schwärmer wie den österreichischen Grafen Coudenhove-Kalergi, den ehemaligen französischen Außenminister Briand oder den einstigen deutschen Außenminister Stresemann, die von den „Vereinigten Staaten von Europa" träumten. Alle diese international denkenden Strömungen wollen wir jedoch hier beiseitestellen, ebenso wie den politischen Katholizismus in der Welt, der nicht gleichbedeutend ist mit dem Christentum als solchem, das den Charakter einer rein geistigen Macht trägt. Wir wollen nur zwei Ideologien und ihre Verkörperungen erfassen, die auf das politische Geschehen der Gegenwart einen starken und unheilvollen Einfluß ausüben.

Das ist einmal der politische, wirtschaftliche und kulturelle Liberalismus mit seiner Erscheinungsform, dem internationalen Freimaurertum Hand in Hand mit dem Weltjudentum, das ist zweitens

der orthodoxe Marxismus mit seiner politischen Erscheinungsform, dem bolschewistischen Staat.

Die internationale Freimaurerei der Neuzeit hat ihre politische Wirksamkeit von jeher in der fanatischen Durchführung der Ideologien und Ziele der französischen Revolution von 1789 gesehen, ihre Wahlsprüche, mit denen sie den Giftbecher des Liberalismus kredenzt, heißen darum auch „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" und „durch Weltrevolution zur Weltrepublik". Der „Humanismus", den das Freimaurertum als Aushängeschild benützt, ist außenpolitisch gesehen eine ebenso unerhörte wie plumpe Lüge. Denn nicht auf Völkerversöhnung ist die Wühlarbeit des Logentums in der großen Politik eingestellt, sondern auf Verweichlichung der Nationen, auf Verwischung des nationalen Gedankens, auf Ausmerzung des autoritären Begriffs, um selbst desto autoritärer über die Völker herrschen zu können. Deshalb sollen die alten Traditionen, die ein Volk besitzt, aufgegeben werden, „Fortschritt" im maurerischen Sinn soll die Losung sein. Die Begriffe Volk, Blut, Heimat sollen fremd werden, Welt und Menschheit sollen die Blickrichtung bestimmen. Der Mensch soll Individuum, nicht mehr Volksgenosse, das Volk soll nur mehr die Gesamtzahl der Individuen sein. Man stelle sich gesundes außenpolitisches Handeln unter solchen Gesichtspunkten vor! Der Kapitalismus, der persönliche Reichtum spielt in der Weltfreimaurerei eine große Rolle. Wir erkennen diese Tatsache z. B. in Frankreich und in England, wo fast jeder Großfinanzier Freimaurer und jeder tonangebende Freimaurer persönlich reich ist. Wir

brauchen aber nicht einmal über unsere Grenzen hinauszugehen, innerhalb deren die Logen aufgehoben worden sind. Wieviel Ungelehrigkeit früher freimaurerischer Wirtschaftskreise, die auf den kapitalistischen Lebensstil eingestellt sind, findet sich noch bei uns! Nicht als unbedeutende Außenseiter am Rande des Volkslebens stehen diese Kreise da, sondern mitten in diesem Leben stören sie nach wie vor die Volksgemeinschaft durch ihre geistige und damit auch praktische Artfremdheit. Sie wollen die Grundsätze des Nationalsozialismus wohl für den einfachen Volksgenossen gelten lassen, dünken sich selbst aber darüber weit erhaben. Der Kapitalismus stellt eine starke politische Macht dar, weil ihm die liberalistische Wirtschaftsordnung durch Beseitigung aller Bindungen schranken- und rücksichtslose Ausnutzung immer neuer Verdienstquellen in allen Ländern eröffnet hat. Der wirtschaftlichen Eroberung der Gebiete mußte notwendig ihre politische Sicherung folgen. Oftmals war diese Sicherung nicht durch nationale (bevölkerungspolitische, rohstoffliche u. a.), sondern nur durch rein privatkapitalistische Interessen bedingt. Dennoch stellte und stellt sich die Außenpolitik so mancher Staaten auf solche Interessen ein und gibt damit der Macht des Kapitalismus schweifwedelnd nach. Man erinnere sich beispielsweise an dessen Rolle bei der Eroberung Indiens, welche, von der englischen East India Company wirtschaftlich vorbereitet, unter skrupellosen Erpressungen von dem Generalgouverneur Warren Hastings politisch durchgeführt wurde (1773/85). Man denke an die Korruptionsmethoden, mit denen heute die internationale Rüstungsindustrie

auf die Außenpolitik zahlreicher Staaten und die öffentliche Meinung in ihnen einwirkt, um ihren ungeheuren Profit — Profit ist ja das Kainszeichen der kapitalistischen Wirtschaft — noch mehr zu steigern. Man denke in diesem Zusammenhang an den Kampf um das Erdöl. Das Rote Meer z. B. weist an seinen Rändern besonders günstige Verhältnisse zur Bildung bedeutender Ölvorkommen auf, noch günstigere zeigt das Danakilgebiet zwischen dem Ostabfall des abessinischen Hochlandes und dem Nordabfall des Somaliplateaus. Ohne Phantasie wird man behaupten können, daß die in Persien und im Irak mit gewaltigen Investitionen beteiligten großkapitalistischen Ölinteressenten alles tun, um eine Erschließung der genannten Ölläger zu verhindern, deren günstige Lage unmittelbar am wichtigsten Schiffahrtsweg von Europa nach Asien für sie einen tödlichen Wettbewerb bedeuten würde. Lassen diese Dinge nicht einen Blick hinter die Kulissen des italienisch-abessinischen Feldzuges und die um ihn geführten „Völkerbundsbesprechungen" zu? Überlegen wir nun, daß der Liberalismus die Praxis des Weltjudentums ist, so haben wir den unlöslichen geistigen und tatsächlichen Zusammenhang zwischen diesem, der Weltfreimaurerei und der Weltfinanz offen vor Augen. Welchen Anteil seit Urzeit das Judentum an den politischen Entwicklungen gehabt und heute in vielen großen Staaten noch hat, das zu beschreiben würde Bände füllen. Angefangen von den Revolutionen in Ägypten und Persien, über die das Römerreich erschütternden Revolutionen der Jahre 66 und 116 n. Chr. hinweg bis herein in die jüngste Vergangen-

heit: französische Revolution von 1789, Weltkrieg, Novemberrevolte in Deutschland und Weimar 1918/19, bolschewistische Revolution in Rußland von 1917 ab, Versailler Diktat 1919 — immer war es im Grunde der jüdische Wille zur Weltdiktatur, der das unsagbare Elend über die Völker gebracht hat. Wie sagt Adolf Hitler in „Mein Kampf" Seite 751? „Der Jude geht seinen Weg. Den Weg des Einschleichens in die Völker und des inneren Aushöhlens derselben. Und er kämpft immer mit seinen Waffen, mit Lüge und Verleumdung, Vergiftung und Zerstörung, den Kampf steigernd bis zur blutigen Ausrottung der ihm verhaßten Gegner". Auf allen internationalen Konferenzen seit 1919, in Genf und Lausanne, in Cannes und Genua, in Spa und im Haag, in London und in Washington sind bis zu drei Viertel der Konferenzmitglieder jüdisch-freimaurerische Diplomaten und Finanzmagnaten gewesen, die das politische Schicksal der Völker bestimmten. Freimaurer-, Juden- und Kapitalistentum sind ein unlösbares Gemenge, dessen Wesen der rassezerstörende und völkerzersetzende Internationalismus, dessen politisches Mittel brutaler Imperialismus ist, der sich in Paragraphendiktaten im Stil von 1919 ebenso auskennt wie in blutigster Unterdrückung ganzer Völker im Stil der Sowjets. Mit diesem „Gedankengut" vergiften jene Mächte die amtliche Außenpolitik immer noch vieler Staaten in der Welt, und zwar um so beträchtlicher, als sie überstaatlich und darum in ihrer unterirdischen Wühlarbeit oft nur schwer kontrollierbar sind. Nicht selten ist diese Arbeit erst dann auf-

gedeckt worden, wenn die Ereignisse geschichtlich erfaßt werden konnten.

Nach dem Krieg, 1919, wurde mit dem Sitz in Moskau die kommunistische III. Internationale heutiger Prägung gegründet, die sogenannte „Komintern". Der eigentliche Ursprung dieser III. Internationale ist zumindest bis in den Anfang des 18. Jahrhunderts zurück verfolgbar, als Aufklärung und Rationalismus das Gedankensystem des Liberalismus, Atheismus und Internationalismus herausbildeten. Den unmittelbaren Anstoß zur Entstehung einer III. Internationale gab in der Folge die Abspaltung des Leninschen Flügels auf dem 2., dem Londoner Parteitag der Sozialdemokratie Rußlands im Jahr 1903. Der in Staatsform verkörperte Kommunismus, also das Rußland Lenins, zeigt seit seinem Bestehen als außenpolitisches Ziel das Bestreben, die „proletarische Weltrevolution" zu entfachen. Eine umfassende politisch-weltanschauliche Propaganda der kommunistischen Internationale Hand in Hand mit der Sowjetregierung ist das Mittel zu diesem Ziel. Propaganda in Europa: in England, Spanien, Skandinavien, in den Balkanstaaten und neuerdings in Frankreich, woselbst sich bereits die sozialistische II. mit der kommunistischen III. Internationalen zu einer Einheitsfront verschmolzen hat. Propaganda in Asien: in China und der Mongolei, in Indien und Java, in Persien und der Türkei. Propaganda in Amerika, in Australien und in Afrika. Daher an allen Wänden in Rußland und in allen Sprachen die Aufforderung „Prolétaires de tous les pays, unissez-vous", „Workers of the world, unite", „Proletarier aller

Länder, vereinigt euch!" Diese Propaganda stützt sich darauf, daß die „Diktatur des Proletariats" kommen müsse, wenn die Menschen im diesseitigen Dasein ihr Paradies finden sollen. Diese Propaganda stützt sich auch auf die Rote Armee, die, riesenhaft ausgebaut (Kriegsstärke fast 10 Millionen Mann, derzeitiges Jahresbudget an die 7 Milliarden Rubel), als „Beschützerin der Werktätigen in allen Ländern" gepriesen wird. Es ist geschichtliche Tatsache, daß sich seit Mitte des vorigen Jahrhunderts — namentlich seit Gründung der Alliance Israélite Universelle, dieses Weltverbandes der jüdischen Interessen im Jahr 1860 und dessen Verbrüderung mit der Weltfreimaurerei — das Logen- und Judentum in die Revolutionierung Rußlands eingeschaltet hat. Von da ab zeigten die russischen Revolutionsbestrebungen (Nihilismus usw.) rein jüdisch-maurerisches Gesicht. Das rote Imperium unserer Zeit ist tatsächlich nichts als die Bekrönung des vom Freimaurer- und Judentum in Rußland hochgezüchteten Staatsumsturzes. Der Kalmüko-Tatare Wladimir Iljitsch Uljanow, genannt Lenin, gebürtig aus Simbirsk rechts der Wolga (dem heutigen Uljanowsk) schloß sich mit dem Talmudjuden Leiba Bronstein alias Trotzki, dem „Bluthund" (wie er wegen seiner Mordgier geheißen wurde) und Schöpfer der Roten Armee, mit dem Georgier Josef Dschugaschwili, genannt Stalin („der Stählerne", Nichtjude, aber mit Jüdin verheiratet) und mit einem großen Rudel anderer asiatisch-jüdischer Revolutionäre zusammen. Eine Vereinigung asiatischer Rassegruppen also, deren Ziel von vornherein die Verwässerung der Völker des Ostens in

einen minderrassischen Brei gewesen ist. Eine bezeichnende Tatsache ist es, daß gerade auch im Moskauer Außenkommissariat, also im Stab des Juden Litwinow, 99% Juden sitzen, kaum ein einziger Russe steht in halbwegs leitender Stellung. Wir erkennen: der Jude steckt gleicherweise in der Freimaurerkette und im Kommunismus. In beiden Fällen ist das politische Ziel klar: Weltrevolutionierung, wobei der liberalen oder marxistischen Färbung vorläufig nur zweitrangige Bedeutung zukommt. Man muß in den Sowjets und in der Freimaurerei Dynamitladungen sehen, die sich durch unterirdische Kanäle in das Leben der Nationen einzuschieben suchen, ihre geistigen Einflüsse bilden eine unerhörte Realität in der Außenpolitik der Gegenwart. Ein schwerer Fehler ist es, diese Einflüsse zu unterschätzen mit der Begründung, daß jene Ideologien einem bereits überwundenen Zeitabschnitt angehören, daß sie vergeblich gegen die Überzeugungskraft einer neuen, von Nationalstaaten getragenen Weltordnung anrennen. So weit sind wir noch nicht. Es genügt gewiß nicht, daß die Logen im Deutschen Reich, in Italien, in Ungarn, in Portugal und in der Türkei verboten sind, sie werden in den andern Ländern um so geschlossener und gefährlicher zu arbeiten versuchen. Es genügt nicht, daß seit einiger Zeit z. B. in Frankreich eine antifreimaurerische Kammergruppe sich zusammengetan hat, die im französischen Volk den Willen zur Niederzwingung des Logentums zu erwecken bestrebt ist, denn eine französische Abgeordnetenkammer kann aufgelöst werden. Was kommen muß, ist die zwischenvölkische Bekämpfung des Bolschewismus und

der Freimaurerkette. Sie wird ein Ringen werden zwischen verbrauchtem Alten und befreiendem Neuen. Das Alte hat vor zwanzig Jahren den Krieg entfesselt. Nach ihm hat es die 14 Punkte des Freimaurers Wilson gebracht: voran Selbstbestimmung der Völker, Wegfall der Bündnisse, offene Politik, allgemeine Abrüstung, Beseitigung der Wirtschaftsschranken, Gleichheit in den Handelsbeziehungen. „Ein wundervolles Programm", so erklärte man damals und mußte dann erkennen, daß genau das Gegenteil eintrat: aus dem Selbstbestimmungsrecht wurde brutale Vergewaltigung, aus der offenen Politik ein verworrenes Netz von über 100 Pakten und Bündnissen und damit eine Vertrauenskrise sondergleichen, aus der Abrüstung ein „Großer Preis der Aufrüstung", aus der wirtschaftlichen Gesundung eine verhängnisvolle Handelsstockung und eine ebensolche Währungszerrüttung. Versailles, diese Spottgeburt der Weltgeschichte, dieser Gipfel des Alten, brachte einen „Frieden", welcher in der politischen Geschichte der Welt höchstens im Karthago-Frieden der Römer nach dem zweiten punischen Krieg (201 v. Chr.) einen Vergleich findet. Das Neue dagegen hat die Idee von der Nation und ihrer Schicksalsgemeinschaft geschaffen, die Idee, daß das Volksganze über dem einzelnen steht, ohne dessen Persönlichkeit zu zerstören, daß der einzelne durch seine Leistung für die völkische Gemeinschaft Wert erhält; es hat die Idee der Gleichberechtigung unter den Völkern geschaffen, die Idee der Achtung von Nation zu Nation, die Idee des wahren Völkerfriedens. So mächtig der nationale Gedanke mit diesen seinen politischen Auswirkungen

in der Welt zunimmt, so nüchtern bleibt festzustellen, daß seine Gegner noch lange nicht gesonnen sind, sich ihr Grab selbst zu schaufeln. Der Kampf zwischen den beiden Fronten wird darum ein Kampf werden auf Leben und Tod. Seien wir aber felsenfest überzeugt: aus diesem heißen Kampf, der die innere Lebensmächtigkeit der Völker aufrollt, wird ein neues Europa erstehen. In ihm wird kein Raum mehr sein für Hegemonien, für die Ausnutzung einer Volksart durch eine andere, sondern nur für einen gerechten, ehrlichen Ausgleich durch solche völkische Leistungen, die sich als artförderlich erwiesen haben und erweisen werden.

Beispiele

Nach dem bisherigen Überblick über Begriff und Gegenstand der Außenpolitik, über ihre natürlichen Bedingtheiten und ihre weltanschaulichen Triebfedern treten wir nun auf den Boden der außenpolitischen Praxis und wollen diese an Hand zwanglos gewählter, aber markanter Beispiele aufzeigen.

Wieweit hierbei die raumgegebenen Voraussetzungen eines Staates und die weltanschauliche Einstellung seiner führenden Männer ineinanderfließen oder sich überschneiden, das sind Fragen, die sich nicht in Bausch und Bogen, sondern nur von Fall zu Fall beurteilen lassen. Es gibt bezeichnende Beispiele dafür, daß das außenpolitische Verhalten und Sachinteresse eines Landes angesichts seiner geographischen Grundlagen erstaunlich gleichbleibt, wiewohl sein innerpolitisches, sein weltanschauliches System ins völlige Gegenteil umgeschlagen ist: die Sowjetunion. Es gibt auch charakteristische Beispiele dafür, daß geistige Einflüsse über alle Naturgegebenheiten hinweg die ganze Menschheit in Aufruhr bringen und erschütterndste politische Ereignisse im Gefolge haben können: den Krieg der 27 alliierten und assoziierten Mächte gegen das Deutsche Reich. Es gibt schließlich auch Beispiele dafür, daß natürliche Gegebenheiten Hand in Hand laufen mit geistiger Einstellung: Italien. Dieses Land, das geographisch gesehen nicht Festlands- und nicht Inselstaat, sondern ein Zwischending, eine Randmacht ist, hat keinen Raum mehr für sein Volk, es hat keinen

Siedlungsboden, es hat so gut wie keinen Eigenbesitz an lebenswichtigen Rohstoffen. Darum hat sein Führer mit der Expedition gegen das land- und rohstoffreiche, aber bevölkerungsschwache Abessinien den Rubikon überschritten, der Italien als armes Land von den gesättigten, reichen Mächten England und Frankreich getrennt hat. Allein, auch die Weltbetrachtung des Faschismus, seine Anschauung vom Platz an der Sonne, der einer Nation gebührt, und vom Krieg, wenn man ihr diesen Platz mißgönnt, hat dabei eine wesentliche Rolle gespielt. „Lieber einen Tag als Löwe, denn hundert Jahre als Schaf leben", so schrieb der Korporal Benito Mussolini 1915 an die Wand eines vom Feinde zerschossenen Hauses. Die Weltanschauung, welche in diesem Satz geborgen liegt, hat, was Abessinien angeht, bei den natürlichen Erfordernissen und Sachinteressen Italiens Pate gestanden.

Mit Willen ist Deutschland ans Ende der folgenden Beispielreihe gestellt: zuerst sollen die außenpolitischen Vorgänge in der Welt gezeichnet werden, um dann das Dritte Reich und seine Außenpolitik desto besser zu verstehen.

UdSSR

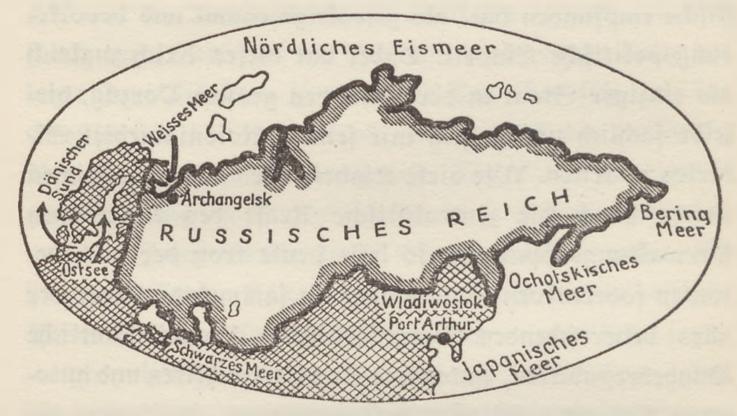
Die geographische Lage Rußlands weist dem außenpolitischen Handeln eines jeden seiner Staatsmänner grundsätzlich die Richtung. So radikal dort der innerpolitische und weltanschauliche Umschwung gewesen ist, der Umschwung vom Zaren zum Sowjet, so erstaunlich gleichlaufend sind viele Grundzüge der zaristischen und

sowjetischen Außenpolitik. Der Rätestaat ist wie das Zarenreich eine ausgesprochene Festlandsmacht. Ihre ungeheure Ausdehnung, vereint mit den seltsamen Wesenszügen ihrer Hauptvölker, läßt den Despotismus, die unumschränkte Alleinherrschaft als nächstliegende Staatsform an sich verständlich erscheinen. Der „weiße" Zar war der Idee nach ebenso „Selbstherrscher", wie dies heute der „rote" Zar ist. Tatsächlich allerdings hatte der letzte Zar Nikolaus II. einen Willen über sich, den des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch, und die zaristische Bürokratie, die Beamtenschaft führte das Regiment, genau so wie im Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden, Josef Stalin einen Oberkontrolleur neben sich hat, den Juden Kaganowitsch, und die bolschewistische Bürokratie das Regiment führt. Die — man kann sagen — geopolitisch bedingte Staatsform in Rußland, eben die despotische, war es auch, welche den großen Strom europäischer Auswanderer vom Osten abhielt und ihn nach dem „freien" Westen lenkte. Denn immer sah Europa in Rußland „Halbasien". Auf der andern Seite geht die echt russische Volksseele, gleichfalls durch die unendliche Weite und Einförmigkeit des russischen Raumes bestimmt, in die Breite, nicht in die Tiefe, sie ist uferlos, extrem. Deshalb war es nur natürlich, daß der Russe, als vor zwei Jahrzehnten sein „Erneuerungsdrang" erwachte, sich vom Zarismus unmittelbar zum Kommunismus hinüberreißen ließ, ohne ein Mittelding zu finden. Dennoch ist der Glaube an das „svätaja Rossija", das heilige Rußland und seine Welteroberermission im heutigen russischen Staat nicht um Haaresbreite weniger

verankert als er dies im Zarenreich war; vieles ist demnach beim Alten geblieben, auch wenn Namen, Begriffe, Ideen, Dekorationen und Methoden sich geändert haben. Im Innern hat die russische Landmacht nur ihr Gesicht, nicht aber ihr Wesen gewandelt. Der bolschewistische Russe empfindet sein Reich ganz ebenso, wie es der zaristische empfunden hat: als gewaltige raum- und bevölkerungspolitische Einheit. Dabei hat dieses Reich zugleich als einziger Staat in der Welt den großen Vorzug, dieselbe sachlich und geistig mit seinem Kolonialgebiet Sibirien zu teilen. Wie diese Einheit ehemals unterstrichen wurde durch die zentralistische Kraft des kaiserlichen Verwaltungsapparates, so hält heute trotz der noch betonten föderativen Staatsform die sammelnde Kraft der alles beherrschenden kommunistischen Partei sämtliche Bundesrepubliken, autonome Sowjetrepubliken und autonome Gebiete geschlossen beieinander.

Die weitgehende Übereinstimmung zwischen dem außenpolitischen Wollen der Sowjets und demjenigen des ehemaligen Zarenreiches fußt auf geographischen Tatsachen. Zwar zeigt der Blick auf die Landkarte des russischen Reichs im ganzen Norden, im Osten, Südwesten und im Westen Meeresgrenzen (Nördliches Eismeer, Bering-Meer, Ochotskisches Meer, Schwarzes Meer, Ostsee). Tatsächlich ist nur kaum ein Drittel der russischen Grenzen Landgrenze. Aber die nördlichen und östlichen Meere sind „kalte" Meere, sie wirken mit ihrer ständigen Eisgefahr so verkehrsfeindlich wie nur denkbar; lediglich die Häfen Archangelsk im äußersten Nordwesten (am Weißen Meer) und Wladiwostok im fernsten Südosten

(an der Japanischen See) stehen während des Sommers der Schiffahrt offen. Ostsee und Schwarzes Meer dagegen stellen praktisch keine hohe See, sondern Binnenmeere dar, sie sind nur „Flaschenhälse", zugekorkt durch den dänischen Sund und die türkischen Meerengen Bosporus und Dardanellen (Karte 1). Wir müssen daher in



Karte 1: Die kalten Meere um Rußland.

Rußland eine reine Landmacht sehen. Infolgedessen hatten dort Kriegsmarine und Handelsschiffahrt von jeher zweitrangige Bedeutung, und das russische Volk denkt bis heute in erster Linie kontinental, nicht ozeanisch. Die auffallende Gleichgültigkeit Rußlands gegenüber seepolitischen Erfordernissen sprach z. B. aus dem Verkauf der Halbinsel Alaska samt der Aleuten-Inselkette an USA im Jahr 1867, obwohl dieser Besitz zusammen mit der ostsibirischen Küste, den Kurileninseln im Ochotskischen Meer und der Insel Sachalin zwischen diesem und dem Japanischen Meer eine tragfähige Grundlage zur Seeherrschaft im nörd-

lichen Stillen Ozean abgegeben hätte. Wenn Zar Peter der Große mit dem Nordischen Krieg (1700/21) Rußland zur Seemacht erheben und das damals von Schweden beherrschte Baltische Meer gewinnen wollte, wenn er an Stelle des binnenländischen Moskau seinem Reich in Petersburg, dem „Fenster nach Westen", eine neue, seenahe Hauptstadt gab (1703), wenn zu Anfang des 19. Jahrhunderts Rußland weiteren Zuwachs am Ostseegestade erhielt, so bedeutete dies nur ein vorübergehendes Programm in der zaristischen Außenpolitik, das über die Ostsee in Richtung auf den Atlantischen Ozean, also nach einem „warmen" Meer hinzielte. Denn die Weiterverfolgung dieses Programms stockte schon wieder um die Mitte des 19. Jahrhunderts, der Druck erschlaffte mehr und mehr, und mit der Rückverlegung der Hauptstadt von Petersburg bzw. Leningrad nach Moskau im Jahr 1922 unterstrichen auch die Sowjets den rein festländischen Charakter ihres Reiches (abgesehen von dem Streben, durch diese Rückverlegung die riesige Tiefe des russischen Raumes als Waffe zu verwenden). Wenn dann — gewissermaßen als Fortsetzung des Versuchs, Seegeltung zu gewinnen — von den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts ab der Blick der Zaren sich von Westen nach dem Osten lenkte, nach dem Stillen Ozean, wenn sie ihre Stellung 1860 nach Wladiwostok an der Japanischen See und durch die Mandschurei hindurch nach Port Arthur am Gelben Meer, also wiederum in „warme" Meere vorschoben, so war auch diese Episode von kurzer Dauer: Port Arthur fiel im Russisch-Japanischen Krieg (1904/05) an Japan, indes Wladiwostok an sich in einem

abgelegenen Winkel liegt, der von Japan jederzeit verriegelt werden kann. Auch dieser Versuch des Zarenreiches, zum warmen Ozean vorzudringen, brach wie ein Kartenhaus zusammen. Wenn schließlich zwischen den roten Machthabern und Japan durch dessen Vorgehen in der Mandschurei (1931) und die Gründung des Kaiserreichs Mandschukuo (1934) Spannungen entstanden, so verzichtete doch der Kreml auf kriegerischen Einsatz und ließ sich sogar zu einem Verkauf seiner ostchinesischen Eisenbahn an Mandschukuo, d. h. an Japan herbei (Vertragsabschluß im März 1935). Allerdings kann es Japan und USA nicht gleichgültig sein, wie in ihrer vielleicht einmal anbrechenden machtpolitischen Auseinandersetzung um den Stillen Ozean die russische Außenpolitik sich verhalten würde. Auch das ist eine aus dem natürlichen Raum erwachsende Frage, die vom Zarenreich kaum anders gelöst worden wäre, als sie gegebenenfalls von der Sowjetunion gelöst werden wird. Zwischenzeitlich hat diese angesichts der japanischen Ausdehnungspolitik sich in Europa weitestmöglich den Rücken gedeckt: durch die Nichtangriffspakte mit Polen (Juli 1932), mit Frankreich (November 1932), mit Finnland, Estland, Lettland, Litauen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien (Juli 1933), durch den Freundschaftsvertrag mit Italien (September 1933), durch die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu USA (November 1933). Wohl zu beachten ist aber bei dieser Paktinflation, daß der Rätestaat, der durch den Ausgang des Weltkrieges auf der Linie Ostsee—Schwarzes Meer einen Gebietsverlust von rund 850 000 qkm erlitt, eben immer nur

Nichtangriffsverpflichtungen, dagegen keine freiwillige Anerkennung dieser Gebietsverluste übernommen hat. Besonders zu Polen besteht ein natürlicher, durch geschichtliche Erinnerungen noch vertiefter Gegensatz wegen des beiderseitigen Anspruchs auf das weißrussische und ukrainische Siedlungsgebiet. Aus diesem Gegensatz heraus hat Moskau im Jahr 1926 sogar den litauischen Anspruch auf das polnische Wilnagebiet anerkannt, wiewohl doch gerade Litauen nichts als eine Maus ist in den Krallen des russischen Bären. Auch im rumänisch-russischen Nichtangriffspakt ist wegen Bessarabiens, dessen Verlust die Bolschewiki kaum verschmerzen können, noch eine klaffende Wunde sichtbar.

Weil im Westen (Ostsee) und im Osten (Stiller Ozean), wie wir gesehen haben, der Aufbau voller Weltgeltung unter Einschluß der Seegeltung den Russen nicht geglückt, und weil eine solche Geltung im Norden (Nördliches Eismeer) praktisch undurchführbar ist, zieht sich durch die zaristische Außenpolitik hindurch wie ein roter Faden das Bestreben, nach Süden vorzustoßen. Dort liegen zwischen dem Schwarzen und Mittelländischen Meer die Meerengen Bosporus und Dardanellen. Der Streit um diese politisch, strategisch und wirtschaftlich gleich bedeutsamen Meerengen, also die Frage der unbehelligten Durchfahrt durch sie, ist so alt wie Homers Ilias. In ihrer neuen Gestalt datiert sie von 1696 an, dem Jahr, in welchem die Truppen Peters des Großen die Stadt Asow eroberten, die allerdings 1711 wieder an die Türkei zurückfiel, aber im Frieden zu Belgrad 1739 endgültig als russischer Besitz bestätigt wurde. Indessen

ist das Asowsche Meer wegen seiner haffartigen Seichtigkeit im Winter nicht eisfrei, wie es die eigentlichen Schwarzmeerhäfen sind. Den wirklichen Zugang zum warmen Meer gewann Rußland noch später im Frieden von Kütschük-Kainardscha 1774, in welchem die Türken die Seeplätze Kertsch und Jenikale in der Krim zwischen Asowschem und Schwarzem Meer an den Zaren abtreten mußten. In der Folgezeit war die Meerengenfrage ein Problem russisch-türkischer Interessen (abgesehen von den gleichfalls vorhandenen englischen). Acht Kriege gegen die Türken im Lauf der letzten beiden Jahrhunderte beweisen den Ernst des russischen Willens in dieser Hinsicht. Der Rückschlag im Krimkrieg (Frieden zu Paris 1856) brachte einen Rückzug auch im Schwarzen Meer mit sich: dieses wurde neutralisiert und Rußland verpflichtet, daselbst keine befestigten Plätze anzulegen und nur wenige Schiffe für den Sicherheitsdienst zu belassen. Aber die Russen schüttelten diese Bestimmung im Londoner Vertrag von 1871 wieder ab und schufen allmählich eine beachtliche Schwarzmeerflotte als Angriffswaffe gegen Konstantinopel. Zugleich bereiteten sie vom Kaukasus her einen Aufmarsch zu Land südlich um das Meer herum vor. Für die Dardanellen galt jedoch weiterhin der internationale Vertrag von 1841, wonach nur türkische Kriegsschiffe den Weg zwischen dem Ägäischen und Schwarzen Meer nehmen durften: der unmittelbare Zutritt zum Mittelmeer und über dieses hinweg zum Ozean, zum Weltmeer blieb den Russen nach wie vor verschlossen (Karte 2). Das M i t t e l m e e r p r o g r a m m, ein wesentlicher Bestandteil der zaristischen Außenpolitik,

mißglückte demnach ebenso wie das oben geschilderte atlantische und pazifische Programm. Als der Mißerfolg feststand, verzichteten die Zaren dort wie hier auf offene, d. h. gewaltsame Weiterverfolgung, worin wiederum der typische Mangel an maritimem Sinn



Karte 2: Rußlands Drang zu warmen Meeren.

im russischen Volk zutage trat. Seit den 70er Jahren bis zum Weltkrieg ist tatsächlich kein russisches Unternehmen mehr in Richtung auf das Mittelmeer erfolgt. Insgeheim aber loderte die ganze Zeit über die traditionelle russisch-türkische „Erb"-Feindschaft weiter. Bei den zahllosen Machenschaften und Quertreibereien zwischen den 80er Jahren und dem Weltkriegs-Ausbruch, die das türkische Gebiet betrafen, steckten die Russen zumeist irgendwie mit unter der Decke und beteiligten sich an den der Türkei abgerungenen Reformmaßnahmen und ihrer Durchführung. So verstand es das zaristische Ruß-

land, eine erfolgreiche Schulpropaganda in der östlichen Türkei zu treiben. Dort war ihm besonders das armenische Element politisch nützlich, welches sich großenteils und gerne den „zukünftigen Beherrschern des türkischen Gebietes" anschloß und diesen mehr oder weniger Verräterdienste leistete. Hierbei spielte auch die Religion eine Rolle. Deckte sich zwar das nationalarmenische Glaubensbekenntnis nicht mit dem russisch-orthodoxen, so stand man doch sowohl im russischen Kaukasus als im türkischen Armenien in einer geschlossenen Gefühlsfront gegen die Osmanen: hier Kreuz, dort Halbmond. In ähnlicher Weise war die russische Pilgerpolitik in Jerusalem an der Propaganda und dem Prestigewettbewerb der abendländischen Nationen im Heiligen Land mitbeteiligt. Fühlten sich doch die Russen, an zähe Kolonialpolitik zu Lande gewöhnt, berufen, zu den bereits unterworfenen Völkern im Kaukasus, in Zentralasien, im Altaigebiet und im Fernen Osten auch noch die Türken und syrischen Araber hinzuzugewinnen, um vielleicht auf diesem Weg ans östliche Mittelmeer zu gelangen. Tiefe Gegensätzlichkeiten zeigten sich also; politische Pläne, Propaganda und geistige Strömungen stempelten Russen und Türken zu Erbfeinden.

Es war notwendig, diese Entwicklung zwischen Zarenreich und sultanischer Türkei zu skizzieren, um nun die Außenpolitik der Sowjetregierung gegenüber der kemalistischen Türkei zu verstehen. Vorweg sei gesagt, daß der rote Kreml offenbar — oder sagen wir vorsichtiger: bis jetzt! — keine machtpolitischen Pläne gegen den türkischen Staat hegt, wie dies seitens des Zarenreiches der

Fall war. Aber grundsätzlich und praktisch hat das Moskau von heute den gleichen Weg eingeschlagen wie das Petersburg von einst, den Weg nach Süden. Denn auch im heutigen Zustand befindet sich das Meerengenproblem in der Schwebe und bildet einen Angelpunkt in der russisch-türkischen Politik. Nach dem Lausanner Vertrag vom August 1923 sind zwar die Meerengen neutralisiert, entmilitarisiert und einer internationalen Kontrollkommission unter türkischem Vorsitz unterstellt. Ist es aber nicht bezeichnend, daß Sowjetrußland dieses Abkommen nicht unterzeichnet hat? Vergleichsweise denkt man unwillkürlich an die Pakte Moskaus mit Finnland, Estland usw., in denen, wie schon erwähnt, die Russen auch nur eine Nichtangriffsverpflichtung, aber keine Anerkennung des Gebietsverlustes eingegangen sind. Die Sowjetpolitik will nicht im ungewissen sein über die Haltung des Staates, der gewissermaßen der Wächterstaat der Meerengen ist und diese in einem Kriegsfall eventuell sperren könnte, besonders, wenn das Dardanellenstatut einmal revidiert werden wird. Da die Türkei Kemal Paschas heute nicht mehr der „kranke Mann" von einst ist, so hat Moskau vorerst alles Interesse daran, sich mit ihm gut zu stellen. Durch die Naturgegebenheit der Meerengen ist eine ständige außenpolitische Zwangsbeziehung zwischen Rußland und Türkei geschaffen, gleichgültig, welcher innerpolitische und weltanschauliche Kurs in den beiden Staaten herrscht. Grundlage und Ziel bleiben gleich, auch wenn die Methode sich geändert hat: diejenige des Zarenreichs war bewaffnetes Vordringen, diejenige der Bolschewisten heißt bis jetzt Bünd-

nis. Denn zwischen Moskau und Ankara kam am 16. März 1921 ein Freundschaftsvertrag zustande. Die Tatsache dieser Verbindung ist nicht einmal so erstaunlich, wie es auf den ersten Blick erscheinen möchte, trotz der jahrhundertelangen Feindschaft beider Staaten und trotz der Kluft, die sich zwischen dem Nationalismus der Türken und dem Internationalismus der Moskowiter spannt. Zeigte doch der Hexenkessel in den zwischen Rußland und der Türkei gelegenen kaukasischen Ölgebieten (1918 und folgende Jahre) mit seinem Hin- und Herfluten aller möglichen Kampffronten und besonders seinem Durcheinander verschiedenster Großmachtintrigen den beiden Staaten, daß dort fremde Zugriffe zu gewärtigen standen, wenn sie sich nicht verständigten. Zwar standen weder Kemal Pascha noch Lenin, Tschitscherin und Sinowjew in ihrem eigenen Land schon ganz fest auf den Füßen, aber die Westmächte mit ihrem Gelüst nach den wertvollen kaukasischen Ölfeldern waren ihr gemeinsamer Feind. Schließlich zeichneten sich am Horizont aber auch schon geistige Strömungen ab, welche die Bündnisbildung umwoben. Im örtlichen Einsatz wirkte die kommunistische Propaganda, die gegen alles Religiöse kämpfte. Kemal Pascha, der in der allerersten Zeit seiner Revolution sich notgedrungen noch auf die islamische Geistlichkeit gestützt hatte, wandte sich rasch davon ab und führte den Kampf gegen den Sultan als weltlichen und geistlichen Herrscher zugleich, er wurde betont antiklerikal. Die Folgezeit hat dies bestätigt: Abschaffung des Kalifates, Schließung der Klöster, Schleieraufhebung und Freigabe aller Berufe für die türkische Frau nebst ähn-

lichen Verweltlichungsvorgängen haben bei den Bolschewisten große Befriedigung ausgelöst. Wenn es angesichts des türkischen Volkscharakters auch nicht leicht scheint, die marxistische Ideologie in das Land Kemal Paschas zu verpflanzen, so tröstet sich die Sowjetpolitik gewiß mit der Hoffnung, daß die Industrialisierung der Türkei auch dort dem Marxismus den Weg noch ebnen werde. Fraglos verfehlt die Propagierung des kommunistischen Industrieprogramms mit seiner „Fortschrittshypnose" ihre Wirkung — allgemein gesprochen — auf die Asienvölker nicht. Überdies besteht zwischen dem Rätestaat und der Türkei ein reger Handelsverkehr. Auch hat Moskau u. a. im Frühjahr 1932 und im Sommer 1934 den Türken je einen Warenkredit von rund 8 Millionen Dollar zur Einrichtung von Fabriken zur Verfügung gestellt, eine ständige Ausstellung russischer Erzeugnisse wird in Istanbul unterhalten, und ein lebhafter Arbeiter-, Techniker- und Ingenieur-Austausch ist seit langem im Gang. Fassen wir zusammen, so steht vor uns ein markantes Beispiel dafür, wie bei der Knüpfung des Verhältnisses zwischen der kemalistischen Türkei und dem leninistischen Rußland raumgegebene Voraussetzungen und weltanschauliche Strömungen sich die Hand gereicht haben.

In diesem Bündnis spielen jedoch auch noch Sachinteressen der Sowjetunion gegenüber England eine Rolle. England als seebestimmte Macht ist der geborene Gegner Rußlands, das von dem natürlichen Drang zur Ausdehnung nach einem warmen Meer immer beseelt war und immer beseelt sein wird. Dagegen hat England ständig um seinen Indienbesitz zu sorgen und um seine gesicherten

Verbindungen dorthin, woraus sich die Gegnerschaft gegen Rußland und dessen Drang nach Süden erklärt. Diese Gegnerschaft tritt immer wieder in alter Kraft auf, auch wenn zeitweilige Bündnisse zwischen beiden Staaten — so vor und im Weltkrieg — praktisch geworden sind. Wenn z. B. die Engländer 1907 die Triple-Entente mit Rußland (und Frankreich) eingegangen sind, so lag ein Grund dafür bestimmt auch im Bau der Bagdad-Bahn seitens Deutschlands (von 1888 ab), die in Kadhima am Persischen Golf, der den Engländern als Vorhof zu Indien gilt, endigen sollte. Weil dadurch der deutsche Einfluß in Vorderasien wuchs, verband sich England lieber mit Rußland, als daß es auch noch Deutschland am Horizont Indiens auftauchen lassen wollte. Im übrigen trat in der zaristischen Außenpolitik von den 50er bis zu den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts das indische Programm auf. Es hatte zwei Ziele, den bekannten Drang zu einem warmen Meer, in diesem Falle zum Persischen Golf, und zugleich den Vorstoß gegen das britische Indien selbst. Rußland strengte seine ganze Kraft an, bis es im Kaukasus, der Landenge zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer, eine starke Angriffsstellung gegen Persien und in Transkaukasien, dem Graben zwischen Armenien, dem Schwarzen und dem Asowschen Meer sowie im Pamir, dem Übergang von Vorder- zu Zentralasien, eine zweifache Angriffsstellung gegen Indien sich geschaffen hatte (Karte 3). Später, im Jahr 1907, gelang dem Zaren sogar eine Teilung Persiens in eine nördliche russische und eine südöstliche englische Einflußzone. Es wurde durch Persien eine geographische Linie gezogen,

in deren Norden nur russische und in deren Süden nur britische Untertanen Konzessionen politischer und wirtschaftlicher Natur erlangen durften. Dabei sollte es aber nur eine Frage der Zeit sein, wann der russische Durchstoß durch die unverteilt gebliebene dritte Zone, nämlich diejenige zum Persischen Golf, erfolgen konnte. Diese

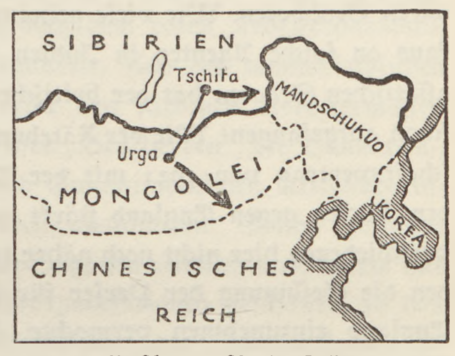


Karte 3: Rußlands Drang zum Persischen Golf und nach Indien.

imperialistischen Pläne des Zarenreiches wurden wiederum von der Räterepublik übernommen. Die englischen Luft- und Seestreitkräfte werden aus dem persischen Erdöl (und dem des Irak) gespeist, und Persien liegt am Landweg nach Indien. Die Sowjets haben deshalb mit den Persern ein geheimes Ölabkommen getroffen und sitzen in den nordpersischen Ölfeldern bedenklich fest. Wie sie arbeiten, zeigte sich am Streit der englisch-persischen Ölgesellschaft (Anglo-Persian-Oil-Company) mit der persischen Regierung im Dezember 1932. Persien kündigte

damals in plötzlicher „nationaler" Aufwallung — in Wirklichkeit nur, weil es die Bolschewiki hinter sich wußte — die alte Ölkonzession der Engländer von 1901 und verlangte restlose Anerkennung seiner Hoheitsrechte, bedeutend höhere Abgaben usw. Durch diese Kündigung wurde die englische Regierung als Inhaberin der Aktienmehrheit der Anglo-Persian-Oil-Company unmittelbar betroffen, die Angelegenheit kam sogar vor den Völkerbund. Dann aber gab England nach, und die persischen Forderungen wurden bewilligt. Gleicherweise ist für Moskau die Unterhöhlung der britischen Herrschaft in Indien geradezu ein Programmpunkt. Deshalb arbeiten die Sowjets dort mit planmäßiger Zersetzung der Bevölkerung, um das Land für den roten Umsturz und für die Umwandlung in eine Domäne Moskaus reif zu machen. Daß ihnen hierbei die Bolschewisierung anderer asiatischer Völker von Vorteil sein muß, weil Indien dadurch mitgerissen werden könnte, leuchtet ein. So erklären sich die ständigen Versuche der Roten, Afghanistan politisch-wirtschaftlich zu „durchdringen" und das innerlich schwache China „moralisch" zu erobern. In der zentralasiatischen Äußeren Mongolei, die seit 1921 Volksfreistaat mit Räteverfassung ist und formell noch zu China gehört, haben die Sowjetbehörden bereits eine bedeutende Luftlinie zwischen der Hauptstadt Urga (heute Ulan-Butor-Choto genannt) und der Stadt Tschita in Ostsibirien eingerichtet, bei welcher sowjetische Instrukteure tätig sind. Der mongolischen Regierung haben sie u. a. viele Millionen Goldrubel für Rüstungszwecke geliehen. Sogar die Kommandostellen der mongolischen

Wehrmacht sind mit Bolschewisten besetzt. Im März 1936 ist schließlich ein regelrechter militärischer Beistandspakt zwischen Moskau und Urga unterzeichnet worden. Die Äußere Mongolei ist ja als Flankenstellung gegen Mandschukuo und als Bindeglied zu einem erstrebten Sowjetchina von unschätzbarem Wert für die Russen (Karte 4). Diese Beispiele zeigen, daß die roten Machthaber die Ausbreitung des Bolschewismus nicht nur als Weltanschauung und als Staatsform erstreben, wobei sie den armen asiatischen Völkern ein Paradies vorgaukeln, sondern daß sie sehr handgreiflich ihr imperialistisches Ziel, die Gebietsausdehnung verfolgen. Eine scharfe Trennungslinie zwischen beidem läßt sich schwer ziehen. In jedem Fall steht der rote Kreml wieder im Angriff gegen Asien und innerhalb Asiens gegen England, genau wie das Zarenreich in diesem Kampf gelebt hat — mit andern Mitteln, aber mit den gleichen Zielen. Wie ernst England die russische Gefahr nimmt, geht z. B. aus seiner Expedition nach Chinesisch-Ostturkestan (Sinkiang) hervor, die Anfang 1934 angeblich aus geographischen Gründen unternommen, ganz offensichtlich aber wehrpolitische Prägung hatte. Die Sowjets verstehen es fraglos auch, durch eine großzügige Nationalitätenpolitik auf ihrem eigenen



Karte 4: Rußlands Flankenstellung gegen Mandschukuo und China.

Gebiet Eindruck bei den asiatischen Völkern zu machen, man braucht nur etwa an die „nationale" Neugliederung des Turan (nördlich Persiens) im Jahr 1925 zu denken. Durch derlei Methoden verbreitern sie systematisch die antibritische Front und geben ihr zudem immer neue „geistige" Nahrung durch Vermittlung ihrer revolutionären Sendboten. Wie viele geheime Anweisungen Moskaus an solche Agenten in Indien, Persien und andern asiatischen Staaten hat der britische Überwachungsdienst schon aufgefangen! Wie der Rätebund seit seinem Freundschaftsvertrag von 1921 mit der Türkei dieser ständig den Rücken gegen England stärkt, wie er seit 1919 aus verschiedenen hier nicht noch näher zu erläuternden Gründen die Gesinnung der Perser für sich selbst und gegen England einzunehmen vermochte, so arbeitet er ohne Unterlaß auch an der Gewinnung der Seele anderer Asien- und überhaupt der farbigen Völker. Hierbei führt der skrupellose, fast durchgehends von westlichem Kapital beherrschte Kolonialindustrialismus die farbigen Völker dem russischen Kommunismus geradezu in die Arme, die wirtschaftliche Ausbeutung, die er treibt, fördert die revolutionären Bestrebungen Moskaus in bedenklichstem Ausmaß. So steigerte er z. B. in Asien allein im Zeitraum 1913/25 die Metallproduktion um 155%, die Herstellung chemischer Artikel um rund 230%, die Erzeugung von Kautschuk sogar um rund 740%. In den Jahren 1913/28 wurde die Anzahl der Spindeln zur Verfertigung von Baumwollgeweben in China um 2,5, in Indien um 2,2 Millionen vermehrt. Für Afrika zeigen sich ähnliche Ziffern. Hand in Hand damit geht — und dies ist das

Schlimmste — eine Zusammenballung großer Arbeitermassen in den kolonialen Fabrikationszentren vor sich. Hungerlöhne, Zwangsarbeit, Trennung der Männer von ihren Familien, Einpferchung von Menschenhaufen in enge, elende Barackenlager sind dabei das Gegebene. Sittliche Verwahrlosung, Haß gegen das kapitalistische System, der Wunsch nach dem roten Arbeiterparadies, wie Moskau es vorgaukelt, sind die unausbleiblichen Folgen. Denn es bleibt den farbigen Arbeitermassen nicht verborgen, daß ihre „Brotherren", die Baumwoll-, Bergbau-, Metall- und Gummiindustrien Aktionärdividenden von 100—400% ausschütten. Solche Zustände nutzt die Komintern-Propaganda weidlich aus, zudem hat sie sich besondere Hilfsorganisationen geschaffen, so das „Panpazifische Arbeitersyndikat", die „Internationale der See- und Hafenarbeiter", die „Liga für die Befreiung der afrikanischen Rassen", die „Internationale Rote Hilfe", die „Kommunistische Jugendinternationale". Alle diese Gruppen arbeiten unter der Parole „Befreiung der farbigen Rassen von dem kapitalistischen Joch der weißen Ausbeuter".

Wenn die Kremlregierung bei jeder Gelegenheit der Welt die Meinung einbläuen möchte, ihre Außenpolitik sei „friedlich", diejenige des ehemaligen Zarenreiches sei imperialistisch gewesen, so ist dies plumpe Irreführung. Für Rußland als Landmacht gelten die einer solchen vorgeschriebenen politischen Gesetze, ob sein innerpolitisches System zaristisch war oder nun bolschewistisch ist. In einem Punkt allerdings weicht die Außenpolitik des Rätestaates von jener der Zaren ab. Denn die Kommunistische

Internationale begreift die Gegenwart als Übergangsstadium, sie ist, wie schon ihr Name verrät, eine Organisation, die alle völkischen Grenzen beseitigt wissen will. Sie wendet sich nicht an eine Nation, sondern an eine Klasse in allen Nationen, an die Klasse des „Proletariats", die von ihr aufgefordert wird, die übrigen Klassen zu vernichten. Demnach denkt die Komintern nie und nimmer daran — sie kann es nach dieser ihrer Ideologie gar nicht — sich auf das Land, in dem sie ihre staatliche Ausgestaltung erfahren hat, auf die Sowjetunion zu beschränken. Ihr letztes Ziel ist vielmehr die Umwandlung aller Länder in marxistische „Sektionen", das Ziel ist eine Welt-Sowjetunion unter der zentralen Führung Moskaus. Geistige Machtausdehnung also ist ihr Grundprinzip, mit dem sie steht und fällt. Daß dieser weltanschauliche Imperialismus mit dem machtpolitischen Ausdehnungsdrang des Rätebundes Hand in Hand geht und gehen muß, weil auf lange Sicht der erste ohne den zweiten nicht denkbar ist, leuchtet ein. Hierin also geht die rote Außenpolitik einen andern Weg, als ihn die zaristische verfolgte. Die erstere sieht in Rußland den Hort und Hüter der marxistischen „Tradition", die berufen ist, die proletarische Weltrevolution durchzuführen; die letztere kannte diese weltanschauliche Triebfeder nicht, sie war ausschließlich machtmäßig eingestellt. Man muß dem roten Kreml zugestehen, daß er sein außenpolitisches Wollen oftmals geschickt verwirklicht. Nicht nur, daß er die schlechthin unentbehrliche Hilfe des „kapitalistischen" Auslandes trotz aller Propaganda gegen den Kapitalismus als selbstverständlich annimmt, er hat auch nach

allen Seiten Pakte abgeschlossen, unter deren Schutz er seine Armee und ihre Rüstung fieberhaft ausbaut, deren bloßes Vorhandensein schon ein stärkstes außenpolitisches Aktivum darstellt. Er hat dabei wiederum die alten zaristischen Phrasen übernommen, Rußland sei „eine vom Ausland belagerte Festung", das Ausland „bereite einen Eroberungskrieg gegen Rußland" vor. Diese Parolen beeindrucken das russische Volk von heute ebenso wie ehemals das Volk der Zaren, so albern sie auch sind. Denn in Wirklichkeit liegen die Verhältnisse umgekehrt. Die Staaten mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung würden heute eine bewaffnete Auseinandersetzung mit Rußland schon deswegen bedenklich finden, weil eine solche leicht das Signal zu kommunistischen Unruhen auf eigenem Boden werden könnte. Außerdem wissen sie, daß dieses Riesenreich dank seiner Lage und seines Raumes auch mit Hilfe der neuesten Kriegstechnik schwerlich „erobert" werden kann. Diese beiden schwachen Punkte gelten gleichmäßig für das politische Verhalten aller Staaten gegenüber Rußland, indes sie umgekehrt für die Sowjetmachthaber eine doppelte Stärke darstellen. Gerade sie sind auch der Grund für das zum Teil herausfordernde Auftreten der sowjetischen Außenpolitik in der Gegenwart. Wir haben ihr Wirken in Asien verfolgt, sehen wir uns nun auch ihre Taktik in E u r o p a an.

Vor Jahren, als der Leninismus als Staatsform sozusagen noch in den Kinderschuhen steckte, schien die Moskauer Politik gegenüber Europa für den flüchtigen Beobachter allerdings eine andere zu sein als die einstige Petersburger. Eine scharf ablehnende Haltung gegenüber

allen „bürgerlichen" Staaten, insbesondere gegenüber den Siegermächten und auch gegen den Völkerbund trat offen zutage. So trat an die Stelle der zaristischen Feindschaft gegen Österreich eine erbitterte Gegnerschaft zu der Kleinen Entente (Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien) als der Widersacherin Österreichs. Noch um die Wende 1932/33 waren in halbamtlichen Sowjetschriften Betrachtungen zu lesen wie die: „Kampf gegen Rußlands Bestand ist die gemeinsame Plattform, auf welcher die Kleine Entente zu einem antisowjetischen Kriegsblock vereinigt steht. Die Tschechoslowakei ist das Stabsquartier der antisowjetischen Streitkräfte". Als dann neben andern Gründen der Kreditbedarf des Rätebundes infolge seines Industrieprogrammes in die Höhe schnellte, ging seine Außenpolitik einen Schritt weiter und näherte sich vorerst den „revisionistischen" Staaten, z. B. Deutschland (Rapallo-Vertrag von 1922, Berliner Vertrag von 1926). Kaum war aber zum italienischen Faschismus auch noch der deutsche nationale Sozialismus als staatliche Macht hinzugetreten, so wandelten sich die Verhältnisse von Grund auf. Die sowjetischen Staatslenker warben mit einem Male um Anerkennung und Zusammenarbeit mit den Siegermächten, voran mit Frankreich und dessen Freunden, besonders der Kleinen Entente (Nichtangriffspakt vom Juli 1933), demselben Kleinverband, der noch einige Monate zuvor als „antisowjetischer Kriegsblock" beschimpft worden war. Zug um Zug schwenkte die räterussische Außenpolitik weiter in die Reihe der Siegerstaaten ein: Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu USA (November 1933), Eintritt

in den Völkerbund (September 1934), neuester militärischer Beistandspakt mit Frankreich und der Tschechoslowakei. Nicht allein, daß den Sowjets mit ihrem Eintritt in den Völkerbund ein Schachzug gegen England, den getreuen Verfechter des Völkerbundsgedankens, geglückt ist, ihre Beistandspakte bezwecken auch, gegen Deutschland dieselbe westöstliche Zange wiederherzustellen, in der sich das wilhelminische Reich zur Zarenzeit infolge Bismarcks Schwenkung nach Österreich befand.

Untersuchen wir die Gründe dieser Wandlung der sowjetischen Außenpolitik in Europa seit 1933, die zu einem guten Teil in die zaristische zurückgefallen ist. Erstens hat der Rätestaat eingesehen, daß er aus Gründen seines inneren Aufbaues an seinen europäischen Grenzen bis auf weiteres „freundschaftliche Rückendeckung" braucht. Ob er seine Vertragspartner im Ernstfall als unverletzliche Freunde betrachten würde, ob diese Vertragspartner ihn rückhaltlos als Freund einschätzen oder ob beide Parteien trotz des äußeren Scheines sich innerlich mit gemischten Empfindungen gegenüberstehen, läßt sich erst beurteilen, wenn einmal ein Ernstfall eintreten sollte. Der weitere Grund ist ein militärischer. Sowjetrußlands militärische Maßnahmen müssen auf dem Hintergrund seiner politischen Paktbestrebungen betrachtet werden. Lenin bekannte sich offen zum Krieg, wenn er erklärte: „Die Sozialisten können nicht gegen den Krieg sein, wenn sie nicht aufhören wollen, Sozialisten zu sein. Es wird Kriege geben des in einem Lande siegreichen Sozialismus (ließ: Marxismus) gegen andere, reaktionäre Länder". In dem 1930 im Staats-

verlag zu Moskau erschienenen Instruktionsbuch für die Rote Armee heißt es: „Zwischen strategischen und historisch-politischen Kriegsgesichtspunkten ist streng zu unterscheiden. Jeder Krieg, den der Rätebund führen wird, ist im historisch-politischen Sinn ein Verteidigungskrieg und gerecht, unabhängig davon, wer ihn beginnen wird". Stalin hat in dem Abschnitt „Strategie und Taktik" seiner Vorlesungen an der Swerdlow-Universität über die „Grundlagen des Leninismus" klar den Trennungsstrich zwischen zeitlich bedingten taktischen Maßnahmen und unverrückbar feststehenden strategisch-politischen Zielen gezogen. Er erklärte: „Je nach der Etappe unserer proletarischen Revolution muß die Taktik wechseln, je nachdem also, ob die Revolution Flut oder Ebbe aufzuweisen hat. Wenn auch in Zeiten revolutionärer Ebbe die Taktik auf verschlungenen Pfaden wandeln muß (!), so bleibt das Ziel der über ihr waltenden Strategie doch kein anderes als Zeit zu gewinnen, die Kräfte der Gegner zu zersetzen, die eigenen Kräfte zu sammeln, um später anzugreifen (!)". Zu dieser Art von Taktik und Strategie haben die Sowjetmachthaber im Völkerbund und durch ihre Pakte reichlich Gelegenheit! Die Entstehungsgeschichte der Roten Armee und ihr Klassencharakter weisen ihr in erster Linie Angriffsaufgaben zu, denn sie soll ja die „Armee des Weltproletariats" sein, weshalb sie auch so gewaltig ausgebaut wird. Daß Europa dies noch nicht allerwärts begreifen will, muß man tief bedauern. Der letzte Grund ist ein weltanschaulicher, er richtet sich vor allem gegen das Dritte Reich. Hatten sich im Rapallo-Jahrzehnt von 1922 ab Rußland

und Deutschland oft auf einem Weg getroffen, weil ersteres im letzteren eine kommunistische Hochburg der Zukunft sah, so schlug diese „Harmonie" in dem Augenblick ins Gegenteil aus, als Adolf Hitler Reichskanzler wurde. Moskau rückte, wie wir geschildert haben, mit Sowjetstern, Hammer und Sichel in die Anti-Revisionsfront ein. So entstand die heutige Lage. Um sie auch im russischen Volk selbst zu begründen, holten die Sowjetmachthaber wiederum ein Rüstzeug der zaristischen Ära hervor, das im übrigen dem marxistischen Gedanken kraß widerspricht: den Panslawismus. Seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts — einen wesentlichen Anstoß gab auch die aufsehenerregende Schrift des bekannten russischen Schriftstellers Grigorij P. Danilewskij (1829/90) über „Rußland und Europa" — war das Ideal des „brüderlichen Zusammengehens der slawischen Völker" der theoretische Mantel für den sehr praktischen Kampf des Zarismus gegen die Donaumonarchie und das Deutschtum überhaupt. Nicht anders ist heute der sowjetrussische „Appell an das Slawentum" der Ausdruck der Gegnerschaft gegen alles, was deutsch ist. Ist es nicht originell, wenn die roten Machthaber z. B. von der „rassischen" Verbindung zwischen Russen und Tschechen gesprochen haben, sie als Bekenner einer Weltauffassung, welche jede Bedeutung der Rasse leugnet, deren Stolz es vielmehr ist, internationale Klassenvertreter zu sein? Ist es nicht originell, wenn im Moskauer Regierungsblatt „Iswestija" zu lesen war, daß die kommunistische Weltanschauung sich zwar auf die proletarische Solidarität stütze, daß aber das vom Nationalsozialismus bedrohte

slawische Volk der Tschechen verteidigt werden müsse? Was anders ist dies als Taktik übelster Art? Wie sollte denn in der Sowjetpolitik gegenüber Europa der Panslawismus wiedererwachen können? Die Machthaber in der Zitadelle am Roten Platz, die zum größten Teil gar nicht „slawisch", sondern jüdisch sind, die ihre „slawischen Volksgenossen" in Rußland selbst in ungezählter Masse hingeschlachtet haben, werden erst recht nicht haltmachen vor den Tschechen oder andern slawischen Völkern!

Zeigen wir in diesem Zusammenhang noch, wie in der sowjetrussischen Außenpolitik machtpolitisches Streben und geistiger Missionsdrang einander taktisch angepaßt werden. Früher lehnte die Komintern in schärfster Beharrlichkeit jede Verwässerung ihrer Weltauffassung ab, ihre Taktik war gradliniges Festhalten am orthodoxen Marxismus. Diese Dogmenstarre hat — in allererster Linie wirtschaftlich gesehen — gegenüber den liberalen Kräften in der übrigen Welt, die von Kompromiß zu Kompromiß stolperten und damit die allgemeine Wirtschaftskrise doch nicht bannten, vielfach starke Anziehungskraft ausgeübt. Der Kommunismus erhielt überall Zulauf: aus dem durch die wirtschaftliche Not zermahlenen Mittelstand, aus den sozialdemokratisch organisierten Massen und aus der dem Kampf und dem Unbedingten zugeneigten Jugend. Inzwischen sind aber zwei grundlegende Veränderungen eingetreten. Einmal zeigt die Wirtschaftskonjunktur in entscheidenden Teilen der Welt wieder eine ansteigende Kurve, wodurch der wirtschaftlich eingestellte Staatssozialismus Moskaus und seine Parolen an Glauben und damit an Kraft ständig ein-

büßen. Zum andern hat die antimarxistische Revolution, die in Europa mit dem Nationalsozialismus gigantisch eingesetzt hat, der Dritten Internationale schwerste Wunden geschlagen. Seither gab es zwischen der Komintern, der Verkündigerin der proletarischen Weltrevolution und Hebamme der sowjetischen Politik zugleich, und dem Kreml mit seiner Großmachtpolitik hin und wieder Uneinigkeiten. Im räterussischen Außenkommissariat ist zwar der Gedanke der Weltrevolution ebenso Fleisch und Blut wie in freimaurerischen Staatsmännern Frankreichs der Wunsch nach einer Weltrepublik der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Aber die Komintern hat doch schon ihre frühere Taktik ändern müssen: sie hat auf dem letzten Rätekongreß erstmals die Bereitschaft der kommunistischen Parteien aller Länder verkündet, „in antifaschistische Linkskoalitionsregierungen einzutreten". Praktisch liegt dieser Änderung die Tatsache zugrunde, daß der Kreml als Mitglied des Völkerbundes und des französischen politischen Blocks zumindest den anrüchigsten Entgleisungen der Komintern-Propheten Einhalt gebieten muß. Deshalb wurde die Taktik der Komintern neuerdings der Taktik des Außenkommissariats angepaßt („koordiniert", wie der Russe sagt). Dem Moskauer Außenamt ist wohlbekannt, daß die antimarxistische Revolution in Europa — selbst wenn sie vielfach nur erst von Gruppen ausgeht — praktisch immer auch gegen jedwede politische Verbindung mit dem Kreml marschiert. Will dieser sonach in seiner Ausdehnungspolitik verharren, so muß er notgedrungen versuchen, in jenen Ländern, wo dies möglich erscheint, die

„Revolution von rechts" niederzuhalten. Mit andern Worten: er muß diejenigen Parteien stützen, welche für die Zusammenarbeit mit dem Rätebund eintreten. Frankreich mit seiner neugeschaffenen Einheitsfront der Linken, der „Volksfront", war der erste Beweis dafür.

Wir können diesen Abschnitt nicht beenden, ohne noch eine Frage von Bedeutung darzustellen, das Verhältnis Sowjetrußlands zu Polen. Der polnische Staat ist in der europäischen Politik ein Element der Bewegung, nicht der Beharrung, seine Lenker sind überzeugte Anhänger der Entwicklung, sein außenpolitisches Ziel ist die Selbständigkeit geworden. Das zaristische Reich hatte nichts getan, um die Schärfe der geschichtlichen Spannung zwischen Rußland und Polen zu mildern. Sein Unterjochungssystem, dessen Marschlinie die Vernichtung des polnischen Volkstums war, hat den nationalen Lebenswillen der Polen aufs höchste angespornt, die offene und verdeckte Unterdrückung durch den Zarismus hat in der polnischen Volksseele niemals russenfreundliche Gefühle aufkommen lassen. So kam es, daß beim Ausbruch des Weltkrieges Verstand und Gefühl die Polen bestimmten, der Losung der in der Entente mit Rußland verbundenen Westmächte „Gegen die Barbarei und für die Freiheit der Völker" mit unverhohlenem Mißtrauen zu begegnen. Nun stand die polnische Frage auf der Tagesordnung, weshalb am 14. August 1914 auch der Aufruf des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch erfolgte, der den Polen die Wiedergeburt ihres Staates verhieß. Wenngleich die Polen nicht daran zweifelten, daß diese Zusage nicht sehr ernst gemeint war, so konnten

sie sich doch eine gewisse Genugtuung nicht versagen darüber, daß selbst ihre heftigsten Unterdrücker öffentlich die Gültigkeit der nationalpolnischen Ideale verkündeten. Dies um so mehr, als der Zarismus immer behauptet hatte, die polnische Frage sei lediglich eine innerpolitische russische Angelegenheit. Infolgedessen jubelten die Polen, als das zaristische Rußland im Jahr 1917 endlich zusammenbrach, und mit aufrichtiger Sympathie begrüßten sie die Zwischenregierung, die in Petersburg zunächst zur Herrschaft kam. Ihrem Wesen nach war diese gezwungen, sich für die Befreiung Polens einzusetzen. Sie tat dies mit ihrer Proklamation vom 30. März 1917. Dann folgten die bolschewistische Revolution (November 1917) und der Friede von Brest-Litowsk mit den Mittelmächten (März 1918). Beide Ereignisse waren für Polen günstig. Einmal erklärten die Bolschewisten, daß der freie Wille der Völkerschaften entscheiden solle, ob sie dem russischen Staatenbund weiter angehören wollten, zweitens war Rußland durch seinen Separatfrieden aus dem späteren Diktatfrieden von Versailles ausgeschieden. Zudem verzichteten die Bolschewiki durch ihr Dekret vom 29. August 1918 auf die Eroberungen des Zarentums, was für Polen die endgültige Beseitigung der seit dem Wiener Kongreß geschaffenen Machtverhältnisse bedeutete. Im übrigen aber wird man in der Annahme nicht fehlgehen, daß Moskau solche Erklärungen nur abgab, weil in seinen Augen alles nur eine Etappe war. Glaubte der rote Kreml doch, am Vorabend einer Internationale zu stehen, welche die ganze Menschheit umfassen würde. Kein Wunder also, daß er angesichts eines solchen Umschwungs nicht so

„kleinlich" sein konnte, nationalen Fragen irgendwelche Bedeutung beizumessen. Ende 1918 kam es noch einmal zu einer Auseinandersetzung zwischen Polen und den Bolschewiki, die mit der endgültigen Niederlage der Roten im Jahr 1920 ihren Abschluß fand. Diesen Sieg verdankte Polen seinem genialen Führer Pilsudski und seinen getreuen Legionären, vor allem auch dem Ukrainer-Führer Petljura, der um die Befreiung der Ukraine von der Moskauer Herrschaft kämpfte. Der Friede, der am 18. Mai 1921 in Riga zustande kam, brachte aber keine vollständige Entspannung: Polen und Bolschewisten hegten nach wie vor gegeneinander Mißtrauen. Deswegen besonders, weil die letzteren auch in diesem Frieden nur einen Zwischenakt sahen, der bald durch geistig-propagandistische Vorstöße in Polen überwunden werden würde. Vielleicht wäre dies auch der Fall gewesen, wenn nicht der Stern Trotzkis, der gerade den Gedanken der europäischen Revolutionierung verfocht, ins Sinken geraten wäre. Stalin dagegen hielt es für zweckmäßiger, zunächst die sowjetische Wirtschaft zu organisieren, Rußland zu industrialisieren und überdies den Blick vorerst nach Asien zu richten. Diese Lage nützte Polen in Rücksicht auf seinen eigenen inneren Aufbau aus und bahnte 1926 Verhandlungen mit der Sowjetunion an, die schließlich im Januar 1932 zum Entwurf eines Nichtangriffsabkommens führten, welches am 25. Juli 1932 unterzeichnet wurde. Ihm folgte im Juli 1933 der sogenannte „Ostpakt über die Definition des Angreifers", dem außer Polen die baltischen und noch andere Staaten angehören. Trotzdem damit Polen ein Höchstmaß an gutem Willen

gezeigt hatte, gab sich der Rätebund nicht zufrieden, sondern schlug kaum ein Jahr später Hand in Hand mit Frankreich einen neuen Pakt gegenseitiger Hilfeleistung vor, selbstverständlich unter Einschluß des Gedankens, in Polen endlich weltanschaulich-propagandistisch festen Fuß fassen zu können. Einen solchen Pakt lehnte Polen ab, weil es sich nicht vorstellen kann, daß die Sowjetarmee ausgerechnet zur Verteidigung der polnischen Grenzen ihre Haut uneigennützig zu Markte tragen würde.

Mag der Rätestaat, wie wir gesehen haben, auch vielfach in Asien beansprucht sein, so hat er doch sehr durchsichtige Wünsche in Europa. Über der polnisch-russischen Grenze wird niemals eine Luft des Vertrauens wehen können, Polen hat durch das Zarentum zu viel erlitten. Weil dessen Nachfolger aus den raumgegebenen Gründen ihres Landes zu einer verzweifelt ähnlichen Außenpolitik genötigt, weil sie international denken und somit schärfste Gegner der nationalpolnischen Idee sind und sein müssen, weil ihr Imperialismus eine vermehrte Auflage des zaristischen ist, kann Polen keine innere Freude an ihnen haben.

Fassen wir zusammen, so finden wir diesen Kern der rätebündischen Außenpolitik: ihre Linie ist zufolge der geographischen Gegebenheiten des Russenreiches vielfach die gleiche wie diejenige der ehemaligen zaristischen. Der große Unterschied aber liegt in dem starken weltanschaulichen Propagandawillen der Bolschewisten. Denn das rote Imperium setzt alle Kräfte zur Vorbereitung und Entfesselung der Weltrevolution ein mit Werbemitteln,

die keine Rücksicht auf Prinzipien und Traditionen im Zusammenleben der Völker nehmen. Unter diesen Mitteln gibt es immer neue „Spezialitäten", so diejenige der Bildung von „Volksfronten". Die Sowjets versuchen, unter dem Schlagwort „Kampf gegen den Faschismus" alle erreichbaren politischen Organisationen und Gruppen im Ausland zu erfassen und in eine Einheitsfront unter kommunistischer Leitung einzugliedern. Haben aber die so gewonnenen Organisationen erst einmal ihre Selbständigkeit verloren, so wird die „antifaschistische" Zielsetzung in eine eindeutig „probolschewistische" umgewandelt. Eine andere bereits in Aussicht genommene Spezialität wird es sein, wenn die Sowjets eine neue „Verfassung" beschließen werden. Eine Verfassung mit Zwei-Kammersystem an Stelle des Stufenbaues der Räte, mit Bewilligung persönlicher Freiheitsrechte und sogar mit Zulassung der Privatwirtschaft und Privatinitiative außerhalb der verstaatlichten Industrie, des staatlichen Handelsmonopols und der kollektivierten Landwirtschaft. Gewiß wird ein solcher Plan Gründe haben, denen nicht mehr ausgewichen werden k a n n , zunächst wirtschaftliche. Das ist offensichtlich, weil in Rußland die unabweisbaren Lebensnotwendigkeiten des Volkes, eine im Fahrwasser des Amerikanismus schwimmende Wirtschaftspraxis und die marxistische Ideologie sich untragbar kreuzen. Im Grunde aber soll die beabsichtigte Verfassung gewiß auch eine demokratische Maske für die bolschewistische Partei abgeben, unter der im Ausland der „Volksfront"-Gedanke verbreitet werden kann.

Meinungsverschiedenheiten zwischen der außenpoli-

tischen Führung der Sowjetunion und der Leitung der Komintern mögen bisweilen aufgetaucht sein, ernste und andauernde Spannungen jedoch können nicht entstehen. Einfach deswegen nicht, weil Sowjetaußenpolitik und Kominternarbeit in einer Zentralstelle zusammenlaufen, nämlich im Generalsekretariat der kommunistischen Partei Rußlands. Diesem ist der geistige Propaganda-Apparat der Komintern ebenso untergeordnet wie der Macht-Apparat des Rätestaates mit seiner Kriegsindustrie und Armee als den schärfsten Waffen des Sowjet-Imperialismus. Die Vereinigung dieser beiden Machtinstrumente in einer Zentrale läßt die große Gefahr des aggressiven roten Imperiums, dieser staatlich organisierten Basis der Weltrevolution klar erkennen. Kaiserin Maria Theresia hat den Ausspruch getan: „Ich fürchte Gott und nach Gott fürchte ich am meisten den, der ihn nicht fürchtet". Auf die Neuzeit angewandt heißt diese Erkenntnis: unentwegte Vorsicht vor der oft meisterhaften politischen Taktik Moskaus, vor seiner oft großartigen Fähigkeit zum politischen Bluff und schärfster Kampf seiner weltanschaulichen Predigt vom kommunistischen Paradies. In neuesten französischen Büchern von politischer Bedeutung aber (Rougier, Dzelepy-Mounereau u. a.) wird dargestellt, daß der Bolschewismus als ein ins Slawische übertragenes apokalyptisches Christentum den Weltfrieden und die Einheit der abendländischen Kultur nicht entfernt so gefährde, wie die auf eine Politisierung dieser Kultur und damit auf einen neuen Weltkrieg abzielenden Ideen des Nationalsozialismus und Faschismus! Mit solchem Serum wird das

französische Volk geimpft. Jeder Rußlandkenner weiß, daß der Bolschewismus in den leeren Raum zwischen sich und Gott zwangsläufig als neue Lebensgrundlage gigantische Götzen stellen mußte und gestellt hat, deren „gottgleiche Mächtigkeit" das russische Volk begeistern sollen: Fabriken von anarchischen Ausmaßen wie Magnitorsk, Maschinstroy, Traktorstroy, Dnjeprostroy, „Asphalt-Bienenhäuser" als „sozialistische Städte", phantastische landwirtschaftliche Staatsgüter als maschinelle Großbetriebe, monumentale Staatstheater, Klubhäuser, Museen und Kinderdörfer. Über all dem stehen verbrecherische Elemente in der Leitung des Staatsapparates. Und solche sollen ihre Lebensaufgabe in „friedlichem Kulturschutz" sehen?! Das tat der Paralytiker Lenin nicht, das tun seine Nachfolger nicht, die das russische Volk mit falschen Schlagworten belügen, die das Menschentum schamlos mißachten, die ein System ohne Moral am Leben erhalten. Ein politisches, wirtschaftliches und kulturelles System ohne Moral aber kann der Geisteskrise nicht entgehen.

England

Britannien wurde im 1. Jahrhundert n. Chr. durch die Römer unterworfen und blieb 300 Jahre lang Provinz des römischen Weltreichs. Die Bedeutung dieser Tatsache für die Entstehung des englischen Staatswesens, ihre Einwirkung auf die Heranbildung des englischen Volkscharakters darf nicht unterschätzt werden. Die bedeutendsten Rechtsphilosophen und Kenner des römischen

Rechtsgeistes haben unwiderlegbar nachgewiesen, welchen Einfluß die Romzeit auf das Werden des englischen Charakters ausgeübt hat. Die Grundzüge des römischen Wesens nämlich waren eine Selbstsucht, die man in ihren Zielen geradezu als großartig bezeichnen muß, und eine Befolgung der Zweckmäßigkeitsidee, die alles Zweckwidrige ausschloß. Die gleichen Eigenschaften finden wir in der englischen Rasseanlage. Im 5. Jahrhundert n. Chr. kamen seefahrende Germanenstämme nach Britannien: Angeln, Niedersachsen, Jüten, Friesen; um 800 fielen die Wikinger, Norweger und Dänen ein, im 11. Jahrhundert die Normannen, die aus Frankreich kamen, wo sie über hundert Jahre ansässig gewesen waren. Die Normannen waren keine Vollgermanen mehr, sondern schon stark romanisiert. Aus dem Angelsächsischen und dem Französischen wuchs allmählich das Englische, es bildete sich die englische Rasse, die also eine Mischrasse ist. Sie einfach als angelsächsisch zu bezeichnen ist nicht richtig, treffender wird man sie romano-britisch nennen müssen. Außer dieser Mischrasseanlage waren für die Bildung des englischen Volkscharakters die geographische Lage Britanniens und sein Klima entscheidend. Dieses — wechselvoll wie es ist — hat den Engländern ihre Wendigkeit, ihre Einstellung auf die Notwendigkeiten des Tages verliehen. Die Lage hat mitbestimmend auf die Entwicklung des Seesinnes gewirkt: kommt doch in England auf nur 81 qkm Bodenfläche schon 1 km Küste, während z. B. in Frankreich, das doch auch küstenreich ist, erst auf 217 qkm Bodenfläche 1 km Küste kommt. Nicht ein einziger Ort in England ist weiter als zwei Schnellzug-

stunden vom Meer entfernt. Aus all diesen Entwicklungen und natürlichen Gegebenheiten sind die wirtschaftliche Unternehmungslust des Engländers, seine Kolonisationsbefähigung, das Wesen der englischen Politik, das ganze englische Weltreich erwachsen. Darum empfindet der Engländer auch so ganz anders als wir Festländer, er wertet allein das Praktische, er lebt politisch gewissermaßen von der Hand in den Mund, er zögert außenpolitische Entscheidungen so lange als möglich hinaus und neigt zu Kompromissen, um sich nicht einen andern, vielleicht noch besseren Weg zu versperren. Das politische und nicht minder das wirtschaftliche und kulturelle Leben ist ihm ein Wettkampf, in welchem es nicht auf Theorien, sondern allein auf richtiges Handeln zum richtigen Zeitpunkt ankommt. So ist der englische Berechnungsmensch geworden, der nur frägt, was jeweils nützlich ist. So ist der englische Gemeinschaftsmensch geworden, der einer jeweiligen zweckmäßigen Zusammenarbeit bedürftig ist, weshalb er weder ewige Feindschaft noch ewige Freundschaft kennt, sondern allein seine Interessen. So ist der Engländer der typische Kaufmann geworden mit dem typischen Drang nach Reichtum und wirtschaftlichen Erfolgen. Ihm ist die Welt ein Handelsobjekt, dazu da, mit größtmöglichem Nutzen ausgewertet zu werden. Was Wunder also, daß die englische Außenpolitik zumindest ebenso den Stempel des wirtschaftlich-finanziellen wie des rein politischen Machtwillens trägt. Sie trug diesen Stempel aber nicht von Anfang an: bis zur Entdeckung Amerikas (1492) war England sogar überwiegend Landmacht, die in allen großen politischen

und wirtschaftlichen Geschehnissen hinter dem europäischen Festland zurückblieb. Erst mit dem Zusammenbruch des spanischen Weltreichs, mit der Vernichtung der spanischen Armada (1588) wurde der Grund gelegt zum heutigen britischen Imperium. In jener Zeit schufen sich die Engländer die ersten größeren Ansiedlungen und Kolonien in Übersee, sie wandelten durch Einbeziehung der Neuen Welt in die Zivilisation den Atlantischen Ozean sozusagen in ein Mittelmeer und damit ihren Staat aus einem europäischen Randstaat in den Mittelstaat der Welt um. Nach 1600 setzte dann die Besitzergreifung Amerikas ein, und zwar in wirtschaftlicher Form durch Pflanzungen, in politischer durch Siedlungskolonien. Dieses e r s t e englische Weltreich erhob sich zum größten Teil auf dem Sieg Englands über Frankreich. Denn auch die Franzosen hatten unter Karl IX. (1560/74) und Ludwig XIV. (1643—1715) mit kolonialen Gründungen in Amerika begonnen, von der letzten Zeit des 17. Jahrhunderts ab wurden sie ein immer stärkerer kolonialer Feind der Engländer. Mit dem Pariser Frieden von 1763, der den siebenjährigen Kolonialkrieg Englands gegen Frankreich (und Spanien) beendete, verlor sich jedoch die französische Herrschaft in Nordamerika wieder. Doch auch das erste britische Weltreich in Amerika, dieses machtpolitische Weltreich des 18. Jahrhunderts, ging seinem Ende entgegen. Schuld daran war die starre politische und wirtschaftliche Minderbehandlung, welche die Kolonisten, die doch Engländer von gleichem Geist wie die des Mutterlandes waren, von diesen erfahren mußten. Schon 1783 machten sich deshalb die damaligen

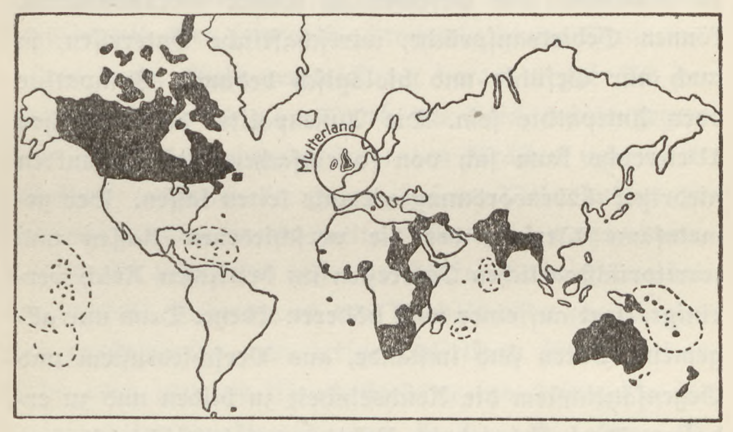
13 Vereinigten Staaten von Nordamerika nach erbittertem Bruderzwist selbständig. Ums Jahr 1800 hatten die Engländer begreifen gelernt, daß sie die starre Denkart und Handlungsweise, denen sie in ihrem ersten Versuch zur Schaffung eines Weltreichs gehuldigt hatten, von Fall zu Fall abstreifen, daß sie mit „wohlwollender Gleichschaltung" vorgehen mußten, wenn ein neuer Versuch glücken sollte. Er glückte in der Tat im zweiten englischen Weltreich, dem des 19. Jahrhunderts, z. B. mit Kanada, Australien, Neuseeland. Trotzdem zeigt auch dieses Jahrhundert noch machtpolitische Einverleibungen fremder Gebiete, zum Teil mit roher Waffengewalt (Singapore, Malakka, Hongkong, Sudan, Ostafrika, Burenrepubliken u. a.). Die Besitzergreifung Indiens, das von vornherein als Ausbeutungsobjekt betrachtet wurde, verlief rücksichtslos und dramatisch, sie erstreckte sich periodisch vom 17. bis ins 19. Jahrhundert. Schritt für Schritt wuchs auf solchen Fundamenten der Hochbau des dritten englischen Weltreichs, des heutigen, empor. Nicht die einzelnen britischen Besitzerwerbungen sollen hier aufgezählt, es soll nur gezeigt werden, daß nunmehr der englische Gemeinschaftsbegriff die Oberhand erhielt: das Streben nach einem Zusammenschluß gleichwertiger Partner unter übergeordnetem Gesichtspunkt. In seinen zeitlichen Anfängen greift dieses dritte Weltreich noch ins zweite, d. h. in dessen zweite Hälfte zurück, eine derart gewaltige Entwicklung läßt sich ja nicht in scharf getrennten Jahreszahlen registrieren. Sachlich brachte es den Anstoß zu universellem Zusammenleben in politischer Organisations-

form, brachte es das Recht der Selbstverwaltung und der selbständigen Landesverteidigung für die Dominien Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrikanische Union und Irischer Freistaat. Im Jahr 1917, mitten im Trommelfeuer des Weltkriegs, stellte dann die britische Reichskonferenz in aller Ruhe den Leitsatz auf, der zum Ausgangspunkt für die heute gültige Regelung geworden ist: „Die Dominien sollen autonome Staaten im englischen Weltreichsverband sein". Im Jahr 1923 wurde proklamiert: „Jede Dominion-Regierung hat das Recht zum Abschluß von Staatsverträgen". Die Reichskonferenz von 1926 erklärte weiter: „Großbritannien und die Dominien sind autonome Gemeinschaften innerhalb des British Empire, gleich in ihrer Rechtsstellung, in keiner Weise eine der andern in irgendwelcher Hinsicht unterworfen, sei es in inneren oder äußeren Angelegenheiten, dennoch aber durch gemeinsame Ergebenheit der Krone gegenüber verbunden und frei vereinigt als Glieder des British Commonwealth of Nations (offiziell heißt nämlich das Reich heute nicht mehr „Empire", sondern „Commonwealth", d. i. „Gemeinwesen"). Jedes Glied ist jetzt Herr seiner eigenen Geschicke. Tatsächlich, wenn nicht immer der Form nach, ist es keinerlei Zwang unterworfen". Dieses heutige Reich, dieses Gemeinwesen umfaßt Dominions, Kolonien, Mandate mit sehr verschiedener Abhängigkeit von der Zentrale London und sehr verschiedenem Eigenleben. Darin liegt die Ähnlichkeit mit dem alten römischen Reich, in dem es auch kaiserliche Provinzen, senatorische Provinzen, bundesgenössische und unterworfene Gebiete mit ganz unterschiedlichem Ver-

hältnis zur Zentrale Rom gab. Der Gipfel dieser Entwicklung wurde Ende 1931 durch folgende Bestimmung erklommen: „Die Krone ist das Symbol der freien Vereinigung des British Commonwealth of Nations, und da dessen Mitglieder alle durch eine gemeinsame Ergebenheit der Krone gegenüber verbunden sind, so muß künftig jede Veränderung des Thronfolgerechtes wie auch das Gesetz über die Titel des Königs gleichzeitig die Zustimmung der Parlamente aller Dominien und des Parlaments von London haben".

Damit ist geklärt, was geklärt werden sollte: das Foreign Office, das Außenministerium in London hat keine Monopolstellung mehr inne. Ohne Kenntnis dieser bedeutsamen Tatsache ist die britische Außenpolitik der Gegenwart gar nicht erfaßbar. Außenpolitische Maßnahmen werden also manchmal von Großbritannien, manchmal vom Weltreich getroffen; als britisches Weltreich sitzt Großbritannien im Völkerbund, aber neben ihm sitzen die einzelnen Dominien als Glieder desselben Weltreichs. Ein deutscher oder französischer Jurist mag ob solcher Unklarheit, ja Widersinnigkeit die Hände über dem Kopf zusammenschlagen: die Engländer selbst empfinden diesen Zustand als ganz einfach — dank ihrer Volksseele, die das Ergebnis der geschilderten Rasseanlage und der geographischen Tatsachen des Landes ist. Diese Tatsachen heißen Meeresumschlossenheit und Lage. Das Meer war immer die beste Grenze, weil es den unmittelbaren außenpolitischen Druck, unter welchem jeder Staat mit Landgrenzen steht, fernhält. Niemals hat die englische Insel

um ihre Grenze jene Kämpfe durchzufechten gehabt, die in der Außenpolitik der Festlandsmächte eine so verhängnisvolle Rolle gespielt haben und spielen. Das bedeutete für die Engländer ein natürliches Wachstum an Kraftreserven, die sie, wie wir soeben dargestellt haben, an anderer Stelle einsetzen konnten und eingesetzt haben: im Wettkampf auf der See, in der Schaffung eines Welt-



Karte 5: Britisches Weltreich.

reichs von überragendem Ausmaß. Dessen Entwicklung mußte zu dem politischen Gefüge führen, das sich heute unseren Blicken zeigt. England ist heute kein nationaler Territorialstaat, sondern ein „Reich" der britischen Nationen (Karte 5). Dieses Reich umfaßt über 500 Millionen Menschen, d. h. den vierten Teil der Welt. Er, in dessen höherer Einheit die vielfältigsten territorialstaatlichen Interessen zusammenklingen, gehorcht einer andern Gesetzmäßigkeit als die Territorialstaaten Europas. Die innere Folgerichtigkeit der britischen Außen-

politik wird deshalb auch immer eine andere sein müssen als die Logik, der das außenpolitische Handeln der kontinentalen Staaten folgt. Der begrifflich am leichtesten erfaßbare Unterschied zwischen beiden liegt darin, daß der Territorialstaat zu einem andern Staat die einfache Freund-Feind-Stellung beziehen kann, ohne dies anders als eben durch Freundschaft oder Feindschaft begründen zu brauchen. Die Ursachen zu solcher Stellungnahme können Gebietsansprüche, wirtschaftliche Interessen, ja auch nur Gefühle und biologisch bedingte Sympathie oder Antipathie sein. Die Außenpolitik des britischen Weltreichs kann sich von so einfachen Gesichtspunkten niedriger Lebensordnung niemals leiten lassen. Der gemeinsame Nenner, der die verschiedenen Rassen und territorialstaatlichen Interessen im britischen Reich vereinigt, liegt auf einer weit höheren Ebene. Denn nur allgemeine Ideen sind imstande, aus Verschiedenstem und Gegensätzlichstem die Reichseinheit zu bilden und zu erhalten. Deshalb wird im Rahmen der britischen Außenpolitik zum Reichsfeind immer nur, wer gegen die Reichsidee verstößt und bleibt es nur, solange er dies tut. Würde das britische Reich auf solch hohe Verankerung und Begründung seiner Außenpolitik verzichten, so würde es Gefahr laufen, die Gefolgschaft der Reichsglieder zu verlieren. Selbst territoriale Interessen erster Ordnung, die das britische Reich als solches betreffen, werden kaum in allen seinen Teilen als gemeinsamer Nenner empfunden. Der durchschnittliche Kanadier z. B. wird sich für die Vormacht des British Empire im Mittelmeer kaum erhitzen, in jedem Fall dagegen für den

Völkerbundpakt und die internationale Gerechtigkeit, die er in ihm gewährleistet glaubt. Der gemeinsame Nenner der britischen Außenpolitik ist die „pax britannica", d. h. der englische Friede, auf den sich die vielen Rassen und Völkerschaften des Reiches innerlich verpflichtet haben. Diese pax britannica erscheint den Briten in der Gegenwart am besten noch durch den Völkerbund gesichert. Deshalb steht England und das ganze British Empire mit allen seinen Machtmitteln hinter Genf.

Aus dieser Aufbauentwicklung heraus ergab sich zugleich und notwendig der Trieb, das Reich erstens gegenüber inneren auseinanderstrebenden Kräften zusammenzuhalten, zweitens es gegen äußere Nebenbuhler zu schützen, drittens immer weitere Beute dazuzugewinnen, um die alte besser und besser zu sichern. So war England seit hundert Jahren von den Verhältnissen gezwungen, eine großräumige auswärtige Politik zu führen. Ums Jahr 1840 trat die Manchesterlehre ins Leben, die allgemein unter der Bezeichnung „Freihandel" bekannt ist. Sie stand unter der Leitung des Manchester Textilfabrikanten Richard Cobden (1804/65) und richtete sich gegen den politischen Imperialismus, also auch gegen eine politische Herrschaft Englands zur See. Sie predigte einen Liberalismus, der den Kaufmann und Industriellen von jeder staatlichen Einmischung in sein Handeln entbinden, den Außenhandel von jeglichen Zollschranken befreien sollte. Cobden war der Meinung, daß dieser Weg allein zu dem von allen Völkern ersehnten ewigen Frieden führen werde, denn dieser sei nur durch die Wirtschaft, nicht durch Krieg und kriegerische Siege zu

erreichen. So harmlos dieses Manchestertum auf den ersten Blick erscheinen mag, es bedeutete dennoch auch nichts anderes als nackte Machtsucht, lediglich mit wirtschaftlichem anstatt mit politischem Vorzeichen. Denn England mit seiner wettbewerbslosen Handelsflotte und seinen dadurch gesicherten umfassenden Überseebeziehungen konnte nur gewinnen, wenn alle andern Länder die Zölle abschafften, wenn der Freihandel Trumpf wurde. Wir sehen, wie hier im Verhalten nach außen die typisch englische Rasseanlage durchschlägt: Selbstsucht und Berechnung. Zugreifen, wenn die Gelegenheit günstig war, abwarten, bis die Früchte reif wurden, zäh an der Erreichung eines Zieles arbeiten, scheinbar teilnahmlos die Zügel schleifen lassen und dann mit einem Schlag die Welt vor Tatsachen stellen — das war immer das Bild der englischen Außenpolitik. In keinem andern Volk konnte eine derartige Anschauung sich durchsetzen als eben im englischen. In der Tat wurde England Freihandelsland, aber der politische Imperialismus verschwand trotzdem nicht, weil die Engländer rasch erkannten, daß eine wirtschaftliche Führerrolle in der Welt unhaltbar war ohne gleichzeitige politische Macht und ohne Seeherrschaft. So vereinigten sich in der britischen Außenpolitik wirtschaftliches und politisches Herrschaftsstreben, und der Aufbau des Weltreichs im 19. Jahrhundert ist von vielen machtpolitischen Kämpfen begleitet. Kein Wunder, daß trotz der Manchesterlehre bald wieder — veranlaßt durch das 1868 erschienene Werk des späteren Unterstaatssekretärs des Äußern Charles Dilke — die Losung „Greater Britain" („größeres Britannien") ausgegeben

wurde. Ihre Verwirklichung sollte Großbritannien vor allem zur See instand setzen, jeder andern aufstrebenden Macht die Spitze zu bieten. In die gleiche Kerbe hieb u. a. der getaufte Jude Benjamin Disraeli, der als Lord Beaconsfield Schatzkanzler der englischen Krone und britischer Premierminister wurde, einer der gefährlichsten Köpfe des Weltjuden- und internationalen Hochgradmaurertums damaliger Zeit. Später, bei der Darstellung der ideellen Triebfedern in der englischen Außenpolitik werden wir auf bedeutsame Zusammenhänge solcher Art noch zu sprechen kommen. Schnell folgten der erwähnten Losung die Taten: 1878 wurde auf die Insel Cypern als weitere Stütze der britischen Mittelmeerherrschaft Hand gelegt, 1882 das Eindringen in Ägypten (Suezkanal!) angebahnt, in den 80er und 90er Jahren im südlichen Afrika die Kolonie Rhodesia geschaffen und 1899—1902 das Burenland überwunden. Ganz klar haben wir hier die imperialistische Linie des bekannten Cecil Rhodes (1853—1902, gleichfalls Hochgradmaurer!) vor Augen, die unter dem Schlagwort „vom Kap bis Kairo" eine so große Rolle gespielt hat. Eine gleiche Formel wie diese hinsichtlich Afrikas erfand der spätere Vizekönig von Indien George Curzon (1859—1925) für Asien, derselbe Curzon übrigens, der 1914 prophezeit hatte, daß indische Ghurkas und Shiks durch die Parkanlagen von Potsdam spazierenreiten würden. Seine Formel lautete „von Kalkutta bis Kairo", sie bedeutete ein südwestasiatisches Reich unter Englands Herrschaft, das mit dem afrikanischen verknüpft sein sollte. Entsprechende Unternehmungen waren u. a. diejenigen in

Malakka (1874), in Birma (1885), in den 90er Jahren in Arabien (Maskat, Persischer Golf), auf der Sinai-Halbinsel (1906), in Persien (1907). In diesem Bild imperialistischer Ausdehnung trat die Oberherrschaft zur See, „naval supremacy" genannt, hervor und sie verlangte, sollte das Weltreich nicht eine Luftspiegelung sein, notwendig auch die Sicherstellung seiner Verkehrs-, d. h. seiner Wasserwege. Wir erkennen die beiden wesentlichen Grundsätze der britischen Außenpolitik: Seebeherrschung und Beherrschung der Verbindungswege des Weltreichs.

Folgerichtig mußte sich hieraus der dritte außenpolitische Leitsatz entwickeln: Gleichgewicht in Europa im englischen Sinn. Denn sobald auf dem europäischen Festland irgendeine politische Vormacht erstand, war für England Gefahr im Verzug, weil eine solche Großmacht, eben wenn sie die herrschende war und dadurch von dem üblichen außenpolitischen Druck auf ihre Landgrenzen befreit wurde, alsbald auch den Weg zum Wettkampf auf der See beschritten hätte. England mußte demnach jedes politische Übergewicht auf dem Kontinent im Keime ersticken, es mußte sich als Beschützer der kleinen und mittleren Staaten aufspielen, um die großen nicht zu groß werden zu lassen, jedoch nicht aus Liebe zu jenen, sondern um seiner eigenen Machterhaltung willen. Schon vor 100 Jahren — um nur ein Beispiel herauszugreifen — waren die Ansätze zu dieser außenpolitischen Entwicklung klar sichtbar, nämlich im Wiener Kongreß: dort verschaffte England den besiegten Franzosen das Elsaß wieder, weil es dieses Leidensgebiet, welches so lange

zwischen Deutschland und Frankreich stand, zur Aufrechterhaltung der politischen „Konkurrenz" zwischen den beiden Staaten nicht eingehen lassen wollte. Das von den Franzosen eroberte Holland aber wurde ihnen weggenommen, damit an der Rheinmündung und am Kanal keine festländische Großmacht Fuß faßte, die England hätte bedrohen können. Die Wiederaufrichtung Deutschlands verhinderten die Engländer, um in Mitteleuropa keine politische Vormacht aufwachsen zu lassen. Deutlich zeigt sich hier, wie die englische Außenpolitik unmittelbar den ihr durch die Insellage des Landes und den Bau des Weltreichs vorgeschriebenen natürlichen Gesetzen, den geographischen bzw. geopolitischen Bedingtheiten folgt. In noch viel stärkerem Ausmaß wird dieses Handeln auf der Linie der natürlichen Gegebenheiten und der daraus erwachsenden Sachinteressen offensichtlich seit den letzten 45 Jahren. Dieser Zeitabschnitt ist um so bedeutungsvoller, als er die britische Außenpolitik gegenüber dem Deutschen Reich zum Gegenstand hat. Als das Deutsche Reich im Jahr 1890 Helgoland (im Tausch gegen die Insel Sansibar vor der ostafrikanischen Küste), im Jahr 1897 Kiautschou, 1899 einen Teil der Samoa-Inseln gewann, als vollends der Bau der Bagdadbahn in deutsche Hände gelegt wurde, da brachen die Engländer, ihre Politiker und ihre Presse in das wüste Geschrei des nimmersatten Reichen gegen den hungernden Armen aus. Ganz gewiß und mit Recht konnte man damals auf England anwenden, was einst Ulrich von Hutten der römischen Kurie zugerufen hatte: „Sag an, du Wolf, wann bist du voll? Denkst nit, daß endlich komm ein Tag, da

du mußt speien aus den Fraß?" In nichts also steht der neuenglische Imperialismus jenem der viktorianischen Epoche, d. h. des 19. Jahrhunderts nach, weder in der Sucht nach immer neuem Reichtum, in der Gier nach immer neuer Beute, noch im Willen zu immer neuer Machtentfaltung. Deutschland hatte sich zur stärksten Macht auf dem europäischen Festland entwickelt, es ging daran, eine starke Flotte zu bauen, und sein Kaiser hatte dann vollends vor der Weltöffentlichkeit das Wort geprägt, daß die deutsche Zukunft auf dem Wasser liege. So kam der Gegensatz der Sachinteressen. Sein Wesen war zunächst wirtschaftspolitisch: in Deutschlands mächtigem Emporblühen erblickte England eine Bedrohung seines Übergewichts auf dem Weltmarkt. Dann vertiefte er sich machtpolitisch: im deutschen Flottenprogramm sahen die Engländer die Gefahr für ihre Seeherrschaft. Endlich griff er ins Geopolitische über: der deutschen Politik in Vorderasien (Bagdadbahn usw.) unterstellte England aggressive Absichten auf Ägypten und Indien. Die bekannte Folge war die englische Einkreisungspolitik unter Eduard VII. und dem Kolonialminister Joseph Chamberlain; sie führte schließlich zum Weltkrieg. Durch ihn nahm das britische Weltreich noch einmal um das Achtfache an Flächeninhalt des englischen Mutterlandes zu: in Asien erstand das Reich um den Indischen Ozean, welches Lord Curzon erträumt hatte, in Afrika gelangte Cecil Rhodes' Wunschformel Kap—Kairo zu praktischer Verwirklichung.

Aber trotz dieses macht- und wirtschaftspolitischen Sacherfolges und trotz des jetzt im britischen Reich ge-

pflogenen Gemeinschaftsgedankens gibt es heute für das englische Mutterland außenpolitische Probleme, die auf weitere Sicht sich zu großer Tragweite auswachsen können. Da sind Probleme zunächst innerhalb des Empire selbst, beispielsweise das bevölkerungsgeographische. Eine planmäßige Reichssiedlung, d. h. die Verpflanzung von Engländern in einzelne Reichsgebiete, stößt aus verschiedenen Gründen auf Schwierigkeiten. In dem Jahrhundert, das 1920 endigte, sind 10 Millionen Engländer ausgewandert; 65% von ihnen gingen nach USA, 15% nach Kanada, 11% nach Australien und 7% nach andern Teilen des Empire. Seit 1931 ist die Zahl der Rückwanderer größer als die der Auswanderer, im Jahr 1933 z. B. um 33 000. Gewiß liegt das zu einem sehr erheblichen Teil an den Sperrmaßnahmen, welche die Dominien seit dem Aufkommen der Weltwirtschaftskrise wegen der auch bei ihnen herrschenden Arbeitslosigkeit verhängt haben. Aber auch ohne Behinderung in den Zielländern wäre in der englischen Auswanderung ein starker Rückgang eingetreten. Das Problem, wie die Dominien mit dem nötigen englischen Menschenzuwachs versehen werden können, ist in der Tat eine der ernstesten Sorgen Londons. Die Bevölkerung Kanadas, die heute rund 11 Millionen zählt, könnte, wenn sich dieses an noch nicht erschlossenen Hilfsmitteln reiche Land in seinen bewohnbaren Gebieten fortentwickeln will, 50 bis 80 Millionen umfassen. In Australien ist mit einer Zunahmemöglichkeit von 6 bis 7 auf 46 und in Neuseeland von 1 bis 2 auf 13 bis 14 Millionen zu rechnen. In früherer Zeit ist die Volkszahl in den ge-

nannten drei Dominien teils durch Geburtenüberschuß, teils durch Einwanderung jährlich um ungefähr 2% gewachsen. Kanada hatte bis 1930 dreißig Jahre lang im Jahresdurchschnitt 58 000, Australien 23 000 und Neuseeland 7000 britische Zuwanderer aufgenommen. In den Jahren 1901—1911 war die jährliche Zuwanderung nach Kanada auf 98 000 und nach Australien auf 50 000 in die Höhe gegangen. Solche Ziffern mögen eine Vorstellung geben von den gesteigerten Ansprüchen, welche die Dominien bei Rückkehr normaler Verhältnisse an das Mutterland stellen werden. Es ist jedoch zweifelhaft, ob dieses noch imstande sein wird, den Bedürfnissen der Dominien zu entsprechen. Englands Bevölkerung ist in der Zeit zwischen 1801 und 1913 trotz des riesigen Abflusses nach USA und dem Empire von 9 auf 46 Millionen angewachsen. Jetzt aber geht der Geburtenüberschuß auf der britischen Insel ständig zurück. Die Verhältnisse in Großbritannien sind zwar noch lange nicht so schlimm wie etwa in Frankreich, welches bei einer Volkszahl von 42 Millionen gegenwärtig nur einen Überschuß von etwa 22 000 hat. Aber im Hinblick auf die von Großbritannien zu erfüllenden Aufgaben zeigt sich doch eine bedenkliche Lage, wenn man seine Volkszahl und seinen Geburtenüberschuß mit den Ziffern Deutschlands, Italiens und Japans vergleicht. Diese Ziffern lauten fürs Jahr 1934: Großbritannien bei 46 Millionen 153 000, Deutschland bei 66 Millionen 463 000, Italien bei 42 Millionen 426 000 und Japan bei 67 Millionen 927 000. Aber nicht nur in England selbst, auch in den Dominien geht der Geburtenüberschuß neuer-

dings in bedenklicher Weise zurück. In Kanada betrug er zwischen 1901 und 1911 15,9, im Jahr 1933 aber nur noch 11,3 pro Tausend. In Australien ist er von 17,4 (1914) auf 7,1 (1934) und in Neuseeland von 13,6 (1921/25) auf 8,6 (1931) pro Tausend gesunken. Sofern diese Entwicklung fortdauert, werden verschiedene Dominien als „Räume ohne Volk" genötigt sein, nichtbritische Einwanderer heranzuziehen, was mit der Zeit zu einer völkischen Entfremdung gegenüber dem englischen Mutterland führen könnte. Ebenso wird England selbst, wenn es die leeren Räume seiner Reichsteile füllen will, der Hilfe verwandter europäischer Völker notgedrungen bedürfen. Würde andererseits den Bewohnern der Reichsteile etwa ein Empire-Bürgerrecht verliehen, ihnen damit also volle Freizügigkeit innerhalb des British Commonwealth of Nations, des gesamtbritischen Gemeinwesens zugestanden werden, so käme fraglos aus dem stark übervölkerten Indien eine Wanderung in Gang, welche die Existenz der weißen Engländer in einer Reihe von Reichsteilen gefährden würde. Dies muß verhindert werden, soll es nicht an die Grundmauern des Reichsgebäudes gehen. Auch ein wirtschaftsgeographisches Problem innerhalb des Empire gibt es für die mutterländische Außenpolitik, denn seit dem Weltkrieg hat sich z. B. in Kanada, Indien, Südafrika und auch in Australien ein starker Aufbau heimischer Industrie vollzogen, die sich von der mutterländischen Industrie in nichts mehr an die Wand drücken lassen wird. Hier liegt also die künftige Gefahr wirtschaftlicher Entfremdung im Bereich der Möglichkeit.

Immerhin sind solche Reichssorgen für die Außenpolitik Londons einstweilen von zweitrangiger Bedeutung. London hat sich vorerst weit mehr Problemen zuzuwenden, die sich gegenüber fremden Mächten ergeben, Problemen von vornehmlich wehrgeographischer Natur. Denn die geographische Isolierung Englands, bis zum Weltkrieg ein Vorteil, hat ihr Ende gefunden, die Nachteile der Insellage sind übriggeblieben. Die Überwindung des Raumes durch die neuzeitliche Technik (Flug-, U-Boot- und Geschütztechnik) hat dem außenpolitischen Handeln Londons die frühere Selbstherrlichkeit genommen, zumal die britische Insel auf die überseeische Versorgung mit Lebensmitteln angewiesen ist. Es bedarf keiner Hervorhebung, daß diese Versorgung — eine Frage der nackten Existenz — heute im Ernstfall von den starken Flotten und Streitkräften fremder Mächte erheblich lahmgelegt werden könnte. Von Europa her hat England mit der Machtstellung des französisch-russischen Militärbündnisses zu rechnen. Dicht vor seinen eigenen Toren, am Kanal, steht die zweitstärkste Militärmacht der Welt, Frankreich, dicht vor seinem asiatischen Besitz steht die stärkste, Sowjetrußland. Durch ihr Militärbündnis mit Belgien (1921) haben die Franzosen die flandrische Küste gesichert und deuten von dort aus gewissermaßen mit der Pistole gegen Englands Brust, durch ihre U-Boot- und Luftflotte haben sie für scharfe Munition zu dieser Pistole gesorgt. Dazu kommt, daß seit der „Wirtschaftskonferenz des europäischen und überseeischen Frankreich" (Ende 1934 bis Frühjahr 1935) durch die Organisierung

von Millionen Farbiger eine Zusammenfassung der französischen Kolonialkräfte in Angriff genommen ist, welche die Engländer nicht einfach übersehen können. Im westlichen Mittelmeer schließlich als dem Übergang nach Afrika sind die Franzosen die Herren, Gibraltar ist nicht mehr der uneinnehmbare Stützpunkt von ehedem. Daß im östlichen Mittelmeer Italien störend gegen England aufzutreten vermag, hat sich in jüngster Zeit gezeigt. Auch die Insel Malta ist kein unerschütterlicher britischer Stützpunkt mehr. Man kann wohl die Auffassung vertreten, daß das Mittelmeer der Zukunft ein anderes Gesicht bekommen wird als in den 16 Jahren seit den Pariser Vorortdiktaten. In dieser Zeit nämlich stand die Außenpolitik Londons im Zeichen der Freundschaft zu Italien. Zwischen London und Rom waren keine Spannungen entstanden, wie sie die englisch-französische Freundschaft wiederholt getrübt haben. Gewiß stand Paris den englischen Nachkriegsregierungen immer näher als Rom, aber die großenteils wehrgeographisch bedingte englisch-französische Ehe war mit vielfachen Reibungen beschwert. Italien dagegen war der ferne Freund weit drunten in Südeuropa, den keine unmittelbaren natürlichen Gegensätze von London trennten. Der Faschismus trug zwar von Anfang an unverkennbar imperialistische Züge, der Duce propagierte das neue Imperium Romanum und nannte das Mittelmeer schmeichelnd „mare nostro". Aber das nahmen die Engländer nicht so ernst. Diese Südländer, sagte man im nüchternen London, führen gern große Worte im Mund und schwelgen in prächtigen Bildern. Zudem war ja noch Frankreich da,

das schon dafür sorgen würde, daß die römischen Pinien nicht in den Himmel wuchsen. Auch als Mussolini daran ging, seine Flotte erheblich zu erneuern und auszubauen, wurde man in London noch nicht stutzig. Ballte der Duce denn nicht bei jeder seiner Reden vom Balkon des Palazzo Venezia drohend die Faust gegen Paris, richtete er nicht seine Rufe um Raum nach Tunis hinüber? All das sprach die gleiche Sprache: der französisch-italienische Gegensatz hielt das Mittelmeer „im Gleichgewicht" — und die britische Flotte war der unbestrittene Gebieter. So sicher fühlte sich London, daß es die Milderung des politischen Gegensatzes zwischen Paris und Rom sogar fördern half. Ernste Zweifel stiegen in der Leitung der britischen Außenpolitik erst auf, als Frankreich und Italien sich nicht nur versöhnten, sondern verbündeten. Nun vollzog sich die Wandlung in den englischen Gemütern. „Il mare nostro" bekam einen peinlichen Beigeschmack, und der biedere Glaube, daß britischer Besitz und britische Lebenswege (in Form von Seeverkehrsstraßen) eine Sache seien, an die sich fremde Gelüste nie heranwagen würden, erhielt einen tiefen Riß. Zunächst versuchte man in Verfolgung der Linie des geringsten Widerstandes eine Beteiligung: in Stresa (April 1935). Je stärker aber der Ostafrika-Streit in den Vordergrund der Weltbühne rückte, desto mehr setzten sich in London die konservativen Kräfte durch, die ihre traditionelle Stütze in der Admiralität haben. Es kam trotz aller Sabotage-Versuche eines gewissen Klüngels im Foreign Office zur deutsch-englischen Flottenverständigung (Juni 1935). Unmittelbar danach begann die Verstärkung der britischen Streitkräfte im

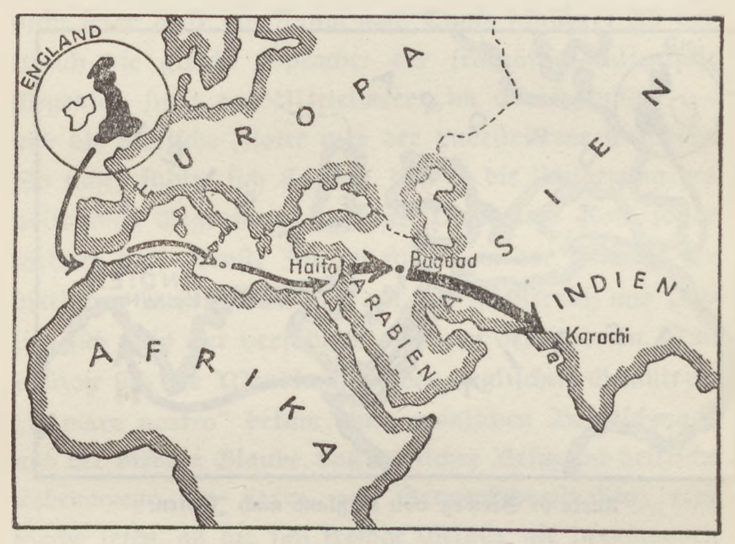
Mittelmeer einzusetzen: an dem Tag, an welchem Frankreich und Italien zum Beweis ihrer Verbrüderung ihre Garnisonen in den Savoyer-Alpen verringerten (Mitte Juli 1935). Hiermit ist augenscheinlich erwiesen, welche Bedeutung das deutsch-englische Flottenabkommen gerade für England bekommen hat und in Zukunft haben wird.



Karte 6: Seeweg von England nach Indien.

Während in den Jahren 1900/14 der Schwerpunkt der britischen Flotte vom Mittelmeer nach den nordeuropäischen Gewässern verlegt worden war, ist das Pendel im Zusammenhang mit den geschilderten Vorgängen zurückgeschlagen. Die Gefahrenzone für das Weltreich, die bisher vor allem im Fernen Osten und bei Rußland lag, hat sich auch auf europäischen Boden ausgedehnt: die britische Lebensader, der Seeweg nach Indien, ist im Zusammenhang mit dem Abessinienkrieg Italiens angeschnitten worden (Karte 6). Man kann beobachten, daß seitdem

für Großbritannien der Landweg nach Indien, der sich zudem mit dem Luftweg so ziemlich deckt, erhöhte Bedeutung gewonnen hat: der Weg also vom englischen Mandatshafen Haifa in Palästina über Bagdad im Irak nach Karachi in Indien. Auf der Strecke Haifa—Bagdad hat England — im Zeitalter der Motorisierung



Karte 7: Landweg nach Indien.

ein machtpolitisches Problem ersten Ranges — zugleich gewaltige Sachinteressen zu behaupten: ein Großteil des Erdöls aus dem Irak, dieser Tankstelle Großbritanniens, landet mittels einer unterirdischen Rohrleitung eben in Haifa (Irak Petroleum Company) (Karte 7).

Die außereuropäische Gefahr für die britische Politik heißt (neben Rußland) Japan. Haben sich doch die Japaner in Ostasien festgesetzt, haben sie doch in beiden Indien, in Siam, im Raum von Singapore, auf den

Südseeinseln, in Australien bereits Fuß gefaßt. Auch im Nahen Orient und in Afrika wächst der japanische Einfluß gegen England erkennbar: in Arabien, Syrien, Afghanistan und am Roten Meer.

Daß die Vorgänge innerhalb und außerhalb des Empire sich oftmals überschneiden, ist natürlich, weshalb die Außenpolitik Londons nach allen Seiten in Atem gehalten wird. Durch das sogenannte Westminster-Statut von 1931 wurden ja die Dominien außenpolitisch von London unabhängig, soweit es sich nicht um solche Fragen handelt, die das gesamte britische Weltreich berühren. Bei dieser Sachlage ist es nicht einmal erstaunlich, daß z. B. von Kanada, dem ältesten Dominion, einerseits begehrliche Blicke nach dem tropischen Besitz Englands in Mittelamerika schweifen, nach den westindischen Bahama-, Jamaika- und Windwardinseln, deren Pflanzer solchen kanadischen Kolonialwünschen im übrigen nicht abgeneigt gegenüberstehen. Andererseits bietet Europa für Kanada kein außenpolitisches Interesse mehr, am allerwenigsten ein geopolitisch begründetes. Seiner Britischen Majestät Regierung zu Ottawa (der Hauptstadt Kanadas) ließ diejenige zu London-Westminster deshalb schon oft recht deutlich wissen, daß sie sich in europäische Angelegenheiten nicht mehr, wie einst im Weltkrieg, hineinziehen lassen werde, ein Standpunkt, der sich übrigens bereits durch die Ablehnung jeglicher Garantieübernahme in Locarno und Genf bekundet hatte. Zum dritten aber bekämpfen die Kanadier die Einwanderungsgefahr von Japan her und müssen darum doch wieder Rückhalt suchen an den militärischen Macht-

mitteln des englischen Mutterlandes. Das 1900 entstandene zweitälteste Dominion Australien leitet aus seiner geographischen Lage den politischen Anspruch auf ausschließliche Beherrschung der Südseeinselflur her: das will heißen, daß Australien nach so manchem jetzt noch englischen Besitz in der Südsee schielt. Dabei begegnet es aber auch dem japanischen Widersacher, der seinerseits diese Herrschaft anstrebt. Hier kommt hinzu, daß das dünn besiedelte tropische Nordaustralien den Lebensbedingungen der Weißen schlecht, um so besser aber denen der Japaner entspricht. Dieses und die gleichfalls schwach besiedelten mittel- und südaustralischen Gebiete wirken mit der Saugkraft des luftleeren Raumes auf die gelbe Einwanderungsflut, die nur noch durch scharfe Siedlungsverbote eindämmbar ist. Des weiteren hat die wirtschaftliche Abhängigkeit Australiens von USA derart zugenommen, daß eine deutlich wahrnehmbare Amerikanisierung die bisherige nach Altengland ausgerichtete Geistes- und Lebenshaltung des Australiers umzustülpen beginnt. Von europäischen Fragen dagegen wird sich Australien ebenso fernhalten wie Kanada. Die geopolitische Bedrohung durch Japan weist Australien mit seiner schwachen Wehrmacht einerseits auf die Hilfe des englischen Mutterlandes an, andererseits zwingt das Dominion England gerade dadurch auch wieder zu japanfeindlichem Kurs.

Was sich als Kernpunkt der ganzen Sachlage ergibt, ist dies: London hat keine außenpolitische Monopolstellung mehr, weder innerhalb des britischen Weltreichs, noch um dieses Reiches willen fremden Mächten gegen-

über. Das englische Mutterland könnte in einem europäischen Festlandskonflikt schwerlich neutral bleiben. Seine Reichsteile würden sich in corpore aber auch nicht mehr in einen solchen hineinziehen lassen. Diese paradoxe außenpolitische Stellung zwingt das Mutterland, eine Kompromißpolitik einzuschlagen, die vor allem andern auf die Erhaltung des Friedens bedacht sein muß, um das Empire zu erhalten. Eine solche Kompromißpolitik ließ sich in den letzten 15 Jahren am besten in Genf durchführen. Deshalb hat Großbritannien immer alles getan, um die Liga der Nationen mit jedem nur denkbaren Mittel lebensfähig zu erhalten und sie als Brücke zu seinem obersten politischen Ziel, dieser Wahrung des allgemeinen Friedens, zu verwenden. Es war stets irrtümlich, zu meinen, daß Frankreich im Völkerbund die alleinige Führung habe. In der Tat lag und liegt sie stark in der Hand Londons, auch wenn dieses, äußerlich betrachtet, die Franzosen vorangehen ließ, so oft es sich um deren größere unmittelbare Interessen in Europa gehandelt hat. Blitzartig und auch für den politischen Laien sichtbar leuchtete die britische Führerrolle in Genf im Zusammenhang mit dem italienisch-abessinischen Feldzug auf. Wir haben, um zusammenzufassen, gesehen, wie die natürlichen Gegebenheiten Englands den Charakter seines Volkes geformt haben. Durch ihn ist das außenpolitische System Großbritanniens bedingt, und das britische Weltreich ist sein sichtbarer Ausdruck. Der britische Ausdehnungsprozeß hat viel Kampf und Blut gekostet, sein Schwerpunkt lag dabei dennoch im W i r t s c h a f t l i c h e n. Der Spitzenreiter war

immer der englische K a u f m a n n , zu seinem Schutz, zur Sicherung der von ihm immer neu errafften Reichtümer wurden dann die politischen und militärischen Machtmittel eingesetzt. Die natürlichen Bedingtheiten Englands, seine geographische Lage, und die daraus ersprossene Psyche der Engländer, ihr Weltblick und ihr Ausdehnungsdrang, stellten somit die Grundlagen dar für den Werdegang der britischen Außenpolitik, die im Aufbau und in der Erhaltung eines erdumspannenden Reiches ihr Ziel sah und sieht.

Die gleichen Faktoren waren aber auch die Voraussetzung dafür, daß in England der sogenannte D e i s m u s entstehen konnte, jene W e l t a n s c h a u u n g der individualistischen Freiheit und der Menschenrechte, die als Ziel eine Elite der Menschheit erträumte ohne Rücksicht auf Nation, Sprache, Blut und Rasse. Die deistische Weltauffassung wiederum ist eng verschwägert mit derjenigen der F r e i m a u r e r e i , und ausgerechnet England ist der Mutterboden des heutigen Weltfreimaurertums geworden (die moderne Reorganisation des uralten Maurergedankens erfolgte nämlich in England im Jahr 1717, Gründung einer Großloge zu London). Die Freimaurerei ist ja (ebenso wie es der Deismus und seine Vorläufer waren) als Vermittler der alten liberalen Ideologie aus dem Erbe der semitischen Hochkultur Vorderasiens, judengeistig und judenhörig eingestellt. Darum ist auch der Einfluß des J u d e n t u m s gerade in den englischen Logen sehr groß. Im Freimaurer- und im Judentum gilt wirtschaftlicher Reichtum als eines der obersten „Ideale", und jedes Mittel, ihn zu erlangen,

ist recht. Diese Anschauung deckt sich ganz mit dem Streben der Engländer nach Wirtschaftsmacht. Wir erkennen daraus, daß sich die britische Außenpolitik auch von der weltanschaulichen Seite her gar nicht anders entwickeln konnte, als sie es getan hat. Ganz zu schweigen nebenbei von der moralischen Rückendeckung, welche die britische Politik so oft an der anglikanischen Kirche hatte. Besitzt diese doch eine eigene Ausgabe Jesu Christi. Und der englische Jesus Christus segnet und heiligt alles, was von Großbritannien gespielt wird! Die Meinung, die Maurerei im Inselreich sei eine harmlose „Gesellschaftsangelegenheit", ist falsch. In Wirklichkeit hat das Freimaurertum in Großbritannien gewaltige außenpolitische und wirtschaftliche Aufgaben durchgeführt und auf die Gestaltung der politischen Weltgeschichte größten Einfluß ausgeübt. Es ist von Interesse, zu wissen, daß das Wachstum der englischen Logen und ihrer politischen Wirksamkeit mit dem Aufbau des britischen Weltreichs zeitlich zusammenfällt, daß beides sich gegenseitig ergänzt. Die bedeutendsten „Mehrer" des Reiches waren (oder sind, soweit sie noch leben) hohe Freimaurer und zum Teil Juden zugleich, denn Logentum, Weltpolitik, Weltwirtschaft und Weltfinanz waren in England immer eng verknüpft. Um nur einige der bekanntesten Namen zu nennen: die Verweser Indiens und Afrikas Warren Hastings, Lord Roberts, Alfred Milner, Charles G. Gordon, Cecil Rhodes; der Ministerpräsident Lord Beaconsfield (Benjamin Disraeli!); die Vizekönige von Indien George Nathaniel Curzon und Lord Reading (Rufus Isaacs!); die Außenminister Her-

bert Asquith und Edward Grey; der Finanzmagnat Edwin Samuel Montague (Montag!); die Autorität in wirtschaftlichen Fragen Sir Alfred Mond; der Vizekönig von Palästina Herbert L. Samuel; der Premierminister MacDonald; der Schatzkanzler Philip Snowden und der Präsident der Abrüstungskonferenz Arthur Henderson. Lord Milner z. B., ein typisch englischer Imperialist, saß am Tisch des Verwaltungsrates der gewaltigen London Joint Stock Bank mit den Juden S. Neumann, E. D. Stern, A. H. Goschen. Von Cecil Rhodes, dem Groß-Spekulanten gleicher Prägung, liefen Fäden zu den mächtigen Juden Sir Lionel Phillips und Alfred Beit (einem Mitglied der Finanzgruppe Wernher-Beit-Eckstein), die allein durch ihr Börsenmanöver im Zusammenhang mit der üblen Jameson-Affäre im Burenland (1895/96) über Nacht 20 Millionen Mark erbeuteten. Mit dieser Sippe wiederum sind verflochten z. B. die De Beers Consolidated Mines Ltd., die Inhaberin des Weltmonopols auf dem Diamantenmarkt, die Gruppen Samuel-Breitmeyer-Neumann, Barnato-Lewis-Marks-Albu, Sassoon-Goerz, Picard, Faudel, Mosenthal. Ferner Namen wie Joël, Rube, Bergson, Davis, Hirschhorn, Cassel, Astor, Burnham, Michelham, Swaythling, Herschel, Wandsworth, Brakhan. Über allen steht Rothschild, der Allgewaltige in der jüdischen Hochfinanz. Wie Kletten hängen sie alle zusammen, verwandtschaftlich, wirtschaftlich, politisch. Sie verfügen über ein Kapital von Milliarden und kontrollieren ein ebenso großes in den Banken, in der Rüstungs-, Metall- und Elektrizitätsindustrie, in den Kautschuk-,

Baumwoll- und chemischen Gesellschaften, in den Eisenbahnen, im Schiffbau, in der Presse — und in der Petroleum- und der Goldgewinnung der Erde. Wir finden diese Juden ständig als Peers von England, als Mitglieder des Geheimen Rates, als Vizekönige, Minister und Botschafter. Wir finden sie als treibende Kräfte in der Außenpolitik, so die Sassoons, die aus Bagdad stammen und ihr ungeheures Vermögen durch Spekulationen in Indien errafft haben. Seiten können mit solchen Zusammenhängen gefüllt werden; hier mag es bei dieser kurzen Aufzählung bleiben. Ein Kommentar dazu würde die Tatsache der Bruderschaft zwischen englischem Imperialismus und jüdisch-maurerischer Finanzherrschaft nur abschwächen. Zudem gibt es kein zweites Land, in welchem das Königshaus selbst so eng mit der Freimaurerei verbunden war und ist wie England. Eduard VII., der „Königliche Maurer der Welt", hat es in Gemeinschaft mit seinem Bruder, dem Herzog von Connaught (Höchstgradmaurer) verstanden, die bekannte Einkreisungspolitik gegen das Deutsche Reich der Vorkriegszeit mit Erfolg durchzuführen. Die einflußreichen Freimaurer, welche in andern Staaten damals die Politik machten, bliesen in sein Horn: Iswolski, Sasonow, Fürst Lwow und Miljukow in Petersburg; Poincaré, Delcassé, Clemenceau, Briand, Cambon, Pichon, Loucheur in Paris; Sonnino, Salandra, Ernesto Nathan in Rom; Bratianu in Bukarest; Benesch in Prag; Wilson, Taft, Mandel House, Rosenfeld in Washington und wie sie sonst alle hießen. Auch das Friedensdiktat von Versailles hat keine Überraschung gebracht für den, der die Ju-

7*

sammenhänge zwischen Weltkrieg, Weltfreimaurerei und Weltjudentum kennt. Bei der Ausarbeitung des Diktats haben drei Hochgradmaurer mit ihren drei jüdischen Sekretären die Hauptrolle gespielt, für England waren es Lloyd George und Sir Sassoon. Auch in unseren Tagen ist das Logenwesen in England gleichsam eine geheiligte Einrichtung und erfreut sich des Wohlwollens des königlichen Hauses.

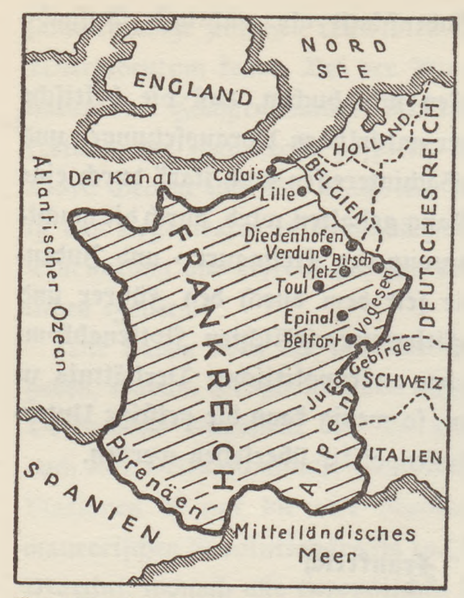
Wir haben oben die sachliche Begründung dafür gegeben, warum Großbritannien mit allen Mitteln auf den Völkerbund eingestellt ist. In dieser Einstellung steckt auch eine weltanschauliche Triebkraft. Denn die Liga der Nationen ist nur die alte Ideologie des größten freimaurerischen Revolutionärs im 19. Jahrhundert, Giuseppe Mazzini, wonach alle europäischen Demokratien in einen föderativen Verband gebracht werden sollten, welcher der Kontrolle des Logentums zu unterstehen hätte. Die Organisation des Völkerbundes hat denn auch bis ins kleinste dem freimaurerischen Willen entsprochen, durch den Völkerbund sollte der „Weltfriede" in die Hände der maurerischen Weltkette gelegt werden. Mit andern Worten: die Liga sollte und soll die Zentrale darstellen, von der aus die europäischen Demokratien nach dem Diktat des Weltjudentums beherrscht werden. Es ist symbolgebend für die geheime Aufgabe des Genfer Parlaments, daß dessen erstes Schriftstück ein Schreiben des ehemaligen Generalsekretärs im Völkerbund Sir Eric Drummond (vorher im Foreign Office in London) an den Führer des zionistischen Weltjudentums Chaim Weizmann war. Darin stand zu lesen, daß die Genfer Liga die Wahrung

der Interessen der Judenschaft als wichtigste Aufgabe betrachten werde.

Als Ergebnis müssen wir buchen, daß die britische Außenpolitik trotz ihrer natürlichen Voraussetzungen und ihrer entsprechenden Sachinteressen auch stark durch eine ideelle Triebfeder in Gang gehalten wird, durch die machtheischende Weltanschauung des Freimaurer- und Judentums. So gewiß wir seit dem durch den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler verwirklichten Flottenabkommen in einem normalen außenpolitischen Verhältnis zu Großbritannien stehen, so wenig kann die geistige Unterlage der britischen Außenpolitik übersehen werden.

Frankreich

Die geographische Gestalt dieses Staates zeigt eine günstige Ausgeglichenheit, Meer und Land sind an ihr gleich beteiligt. Frankreich hat zwei Meeresgrenzen, diejenige am Atlantischen Ozean und die am Mittelmeer; hierzu tritt der Vorzug einer zusammenhängenden, fast quadratisch gestalteten und darum leicht zusammenhaltbaren Landmasse mit überwiegend guten Grenzen (Alpen, Pyrenäen). Nur im Nordosten, zwischen den Vogesen und dem Englischen Kanal steht die Tür gegen Mitteleuropa, gegen die germanische Welt offen, sie ist aber durch einen starken Festungswall (Verdun, Toul, Epinal) gesichert (Karte 8). Diese letztere Naturgegebenheit, die offene Tür gegen Mitteleuropa, hat die französische Außenpolitik von jeher aufs stärkste beeinflußt, so fest im übrigen die Grundlage Frankreichs zufolge des Gleich-



Karte 8: Frankreichs „offene Tür" gegen Mitteleuropa.

gewichts zwischen den maritimen und festländischen Bedingtheiten war und ist. Dem französischen Volk liegt trotz der Anrainerschaft zu Atlantik und Mittelmeer die See nicht so sehr, der Seegedanke hat in ihm weniger Fuß gefaßt, wiewohl bereits seitens Richelieus (1585—1642) und des Merkantilisten J. B. Colbert (1619/83) manch gute Ansätze zur Seegeltung geschaffen waren. Diesem Volkscharakter trugen schon die französischen Könige Rechnung, wenn sie ihren Blick so wenig nach Westen, auf das Meer, desto mehr nach Osten, nach Mitteleuropa richteten und die Wiedergeburt eines karolingischen Universalreiches erträumten.

Frankreich kam früh zu nationalem Selbstbewußtsein und staatlicher Sammlung, es war vier Jahrhunderte vor Deutschland staatlich „fertig", begünstigt durch seine geographische Beschaffenheit, d. h. durch die natürliche Einheit seines Raumes. Mit dem Westfälischen Frieden, der 1648 den 30jährigen Krieg beendete, trat das Land endgültig in die Reihe der Großmächte ein. Was Frank-

reich damals war, sagt uns am besten ein Engländer, der weltbekannte Geschichtsschreiber John Richard Green, der in seiner „Geschichte des englischen Volkes" erklärt: „Der Westfälische Friede zerstörte die Macht des Deutschen Reiches; Frankreich allein zog Nutzen aus dem Zusammenbruch. In der letzten Hälfte des 17. Jahrhunderts war Frankreich die reichste Macht in Europa; es war tatsächlich diese Überlegenheit des Reichtums, die Frankreich befähigte, Streitkräfte auf die Beine zu bringen, wie sie in Europa seit dem Fall Roms nicht mehr gesehen worden waren. Die ersten Jahre Ludwigs XIV. erlebten die Schaffung einer Kriegsflotte von 100 Schiffen, und die französischen Geschwader konnten England oder Holland die Spitze bieten". Mit Deutschlands Niederlage und Ohnmacht fing es also an! Daraus erwuchs Frankreichs wirtschaftliche und politische Übermacht, deren Unersättlichkeit alsbald auch England zu spüren bekam. Nach dem Rezept, mit dem es Deutschland unterbekommen hatte, mischte sich Frankreich in Englands innere Politik, um es den Zielen seiner eigenen imperialistischen Politik dienstbar zu machen. Es stützte den unpopulären englischen König Jakob II., in welchem es ein willfähriges Werkzeug seiner Herrschaftsansprüche in Europa erblickte. Wenige Leser werden wissen, daß König Jakob II. nach seinem Regierungsantritt (1685) an den französischen Gesandten, den Vertreter Ludwigs XIV., die demütigen Worte richtete, die ein Bekenntnis der Hörigkeit bedeuteten: „Tell your master, that without his protection I can do nothing. He has a right to be consulted, and it is my wish to consult him, about everything"

(„Berichten Sie Ihrem Gebieter, daß ich ohne seinen Schutz nichts tun kann. Er hat ein Anrecht darauf, zu Rate gezogen zu werden, und es ist mein Wunsch, ihn in allen Dingen zu Rate zu ziehen"). Freilich, nicht lange hat damals das englische Volk dies ertragen, sondern Jakob II. 1688 aus dem Lande gejagt. Sein Nachfolger aber, der große Wilhelm von Oranien, war als Verbündeter Deutschlands die Seele der Koalition, die gegen Frankreich kämpfte, um dessen Übermut und Herrschsucht die gebotenen Schranken zu setzen. Nach schweren Kämpfen gelang es dieser Koalition, das Übergewicht Frankreichs in Europa zu beseitigen, und hierdurch erst ward, wie wir im vorigen Abschnitt gesehen haben, England die Möglichkeit gewährt, sich zum kolonialen Weltreich zu entwickeln. Frankreich kolonisierte zwar auch in Nordamerika und Vorderindien, aber dieses erste Kolonialreich unterlag — auch das ist im Abschnitt über England schon erwähnt — den Engländern.

Kaum hatten sich dann zu Ende des 18. Jahrhunderts die Franzosen in den deutschen Rheinlanden festgesetzt und damit die Widerstandskraft Deutschlands gelähmt, als auch gleich wieder ihre Angriffe auf England begannen. Schon 1796 versuchte der französische General Lazare Hoche einen Einfall in Irland, und 1798 folgte die Expedition nach Ägypten und Syrien, durch die General Napoleon Bonaparte den englischen Interessen im Orient und in Indien einen tödlichen Schlag versetzen wollte. Als Erster Konsul gedachte Napoleon zum unmittelbaren Angriff vorzugehen: ein französisches Heer bezog ein Lager bei Boulogne, wo auch eine Flotte zu

seiner Überführung über den Kanal zusammengezogen wurde. Als Napoleon, inzwischen Kaiser der Franzosen geworden, 1804 das Lager von Boulogne besichtigte, äußerte er: „Let us be masters of the Channel for six hours and we are masters of the world" („Laßt uns nur sechs Stunden Herren des Kanals sein, dann werden wir Herren der Welt sein"). Die Ausführung wurde zunächst verschoben, um im Jahr 1805, nachdem der Friede mit Spanien dessen Flotte in Frankreichs Gewalt gebracht hatte, in vergrößertem Umfang in Angriff genommen zu werden. Nelsons großer Sieg bei Trafalgar (1805) machte Napoleon einen Strich durch diese Rechnung. England blieb Sieger, weil es zur See siegte. Nun versuchte Napoleon, auf anderem Weg sein Ziel zu erreichen. Er hatte inzwischen durch die Siege von Jena und Auerstädt das Preußen des großen Friedrich niedergeschlagen und dadurch das letzte Hindernis beseitigt, das der Beherrschung Deutschlands entgegenstand. Eben in Berlin als Sieger eingezogen, erhob er die Hand zu einem Schlag, der England niederwerfen sollte. Der Gedanke, die Macht Englands als einziges Hindernis der französischen „Universalmonarchie" zu zerstören, wurde bei Napoleon zur fixen Idee. Zu diesem Zweck verfügte er die sogenannte Kontinentalsperre (1806), deren erstes Dekret er von Berlin aus datierte. Napoleon war überzeugt, daß er England zur Katastrophe verurteilte, wenn er ihm alle Absatzgebiete verschlösse. Die Einverleibung der deutschen Hansestädte in das napoleonische Reich (1810) entsprang in erster Linie dem Willen zu straffer Durchführung der Kontinentalsperre, also der Gegner-

schaft gegen England. Die auf französische Archivquellen gestützten Untersuchungen Georges Servières („L'Allemagne française sous Napoléon I." und „L'Annexion et l'organisation des Départements hanséatiques") beleuchten diese Tatsache deutlich. Darnach hat Napoleon Ende 1809 erklärt: „Le principe est que je puisse y faire exécuter exactement mes ordres contre les Anglais en cas de guerre maritime". Nur die Beherrschung der deutschen Küsten ermöglichte es Napoleon, von Danzig bis Triest eine Sperre gegen England aufzurichten. Über die Wirkung dieses Systems sagt der obengenannte Green: „Wenn es auch nicht die britische Industrie vernichten konnte, so wirkte es sich doch um so verhängnisvoller für den britischen Handel aus". Das System verschwand erst mit Napoleons Sturz, den der gemeinsame Sieg der englischen und preußischen Waffen bei Waterloo (1815) besiegelte. In enger Schicksalsgemeinschaft kämpften und bluteten Deutsche und Engländer gegen einen Feind, der schon so oft ihr nationales Daseinsrecht angegriffen hatte.

In der Folge wuchs das zweite französische Kolonialreich empor. Sein Aufbau begann während der Restaurationszeit (1815/30) und brachte im letztgenannten Jahr die Eroberung Algiers. Er wurde fortgesetzt im zweiten Kaiserreich (1852/70) und in der Dritten Republik (seit 1871). Heute ist Frankreich der einzige europäische Staat, dessen Kolonialreich sich an naher Gegenküste (der afrikanischen) unmittelbar ans Mutterland anschließt. Frankreich setzt sich gewissermaßen quer über das Mittelmeer

nach Algerien, Tunesien, Marokko, West- und Äquatorialafrika bis zum Kongo fort.

Trotz dieses Kolonialreiches, das mit dem französischen Mutterland geradezu eine Einheit bildet, ist der Blick der Pariser Außenpolitik ständig nach dem Osten, nach Mitteleuropa gerichtet. Es ist die traditionelle Machtpolitik des ancien régime, des französischen Absolutismus vor der Revolution von 1789, von der auch das heutige Frankreich gegenüber Europa im allgemeinen und gegenüber dem Deutschen Reich im besonderen beseelt ist. Dieser Vorherrschaftswille ist durch keinerlei geographische Voraussetzungen bedingt, geschweige denn gerechtfertigt. Frankreich und Deutschland können sehr wohl in Frieden und Gleichberechtigung nebeneinander in Europa leben. Der imperialistische Wille ist aber vorhanden, weil die Franzosen sich schon in frühester Zeit mit einer führenden Mission in Europa beauftragt fühlten: seit 630 Jahren ist der Weg nach Osten, d. h. der Vorstoß zum und über den Rhein überliefertes Ziel der französischen Außenpolitik. Die Erreichung der Rheingrenze wurde z. B. schon von Pierre Dubois, dem bekannten Kronjuristen Philipps IV. des Schönen (1285—1314) und seinem Kreis als das wichtigste Ziel der französischen Politik bezeichnet. Jene Kronjuristen oder Legisten haben der französischen Außenpolitik auch den advokatischen Zug eingepflanzt, der ihr bis heute so auffallend anhaftet. Sie haben den Rhein als natürliche Grenze Frankreichs proklamiert, sie haben die Gedanken eines „europäischen Staatenbundes" unter französischer

Leitung und eines internationalen Schiedsgerichtshofes „zur Erhaltung des Friedens" aufgebracht. Durch den Zerfall des burgundisch-lothringischen Zwischenreichs und durch die zunehmende Schwäche Deutschlands im Mittelalter gewann der französische Ausdehnungsdrang nach Osten immer neuen Auftrieb. Die Königreiche Burgund und Provence, die ehemals unter deutscher Oberhoheit standen (die Städte Lyon und Epinal), wurden nach dem Sturz der Hohenstaufen zu Anfang des 14. Jahrhunderts französische Beute. Um des gleichen Zieles willen verbündete sich im 30jährigen Krieg Kardinal Richelieu, der die Protestanten im eigenen Land rücksichtslos niedergeschlagen hatte, mit den deutschen Protestanten und den protestantischen Schweden gegen den katholischen Kaiser: Frankreich gewann die Bistümer Metz, Toul, Verdun, die bis 1648 dem Deutschen Reich angehört hatten. Um desselben Zieles willen eroberte Ludwig XIV. (1681 und folgende Jahre) große Teile des Elsaß in jenen Raubkriegen, in denen Pfalz und rheinländische Gebiete sinnlos verwüstet wurden. Im österreichischen Erbfolgekrieg (1740/48) und im 7jährigen Krieg (1756/63) drangen französische Heere erneut ins deutsche Land ein (Sieg Friedrichs des Großen über den Franzosen Soubise bei Roßbach). Der Rest des Elsaß kam 1766 vollends an Frankreich. Was die französischen Könige begonnen hatten, wurde vollendet. Nachdem 1801 das deutsche linke Rheinufer an Frankreich abgetreten werden mußte, zwang Napoleon mit der Gründung des Herzogtums Berg (1806, bis dahin zu Bayern gehörig), des Rheinbundes (1806) und des Königreichs Westfalen (1807)

einen namhaften Teil Deutschlands unter die französische Machtsphäre. Innerhalb der letzten 250 Jahre hat Frankreich 33 Angriffskriege geführt, das letzte Ziel ist immer die Aufrichtung der Vorherrschaft in Europa gewesen. Der deutsche Befreiungskrieg 1813/14 und besonders der Krieg von 1870/71 sind der Ausgangspunkt des französischen Revanchegedankens geworden, dessen Endziel wiederum die Vernichtung Deutschlands sein sollte.

Dieser Wille zeigte sich 1919 im Diktat von Versailles. Aber das deutsche Volk hat sich als unvernichtbar erwiesen. Auch die verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Vorstöße Frankreichs in den Nachkriegsjahren haben nichts vermocht (z. B. das Londoner Ultimatum von 1921, in welchem dem Deutschen Reich eine Kriegsentschädigung von 132 Milliarden Goldmark (!) auferlegt wurde, die Ruhrbesetzung 1923, die Separatisten-Putsche in der Folgezeit, durch welche ein unter französischer Oberhoheit stehender Pufferstaat am Rhein geschaffen werden sollte). Seit der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus ist die französische Illusion, daß das Reich noch einmal auf die romantische Zerstückelung der Periode der „Dichter und Denker" zurückgeführt werden könne, im Erlöschen. Dennoch machte Frankreich auch weiterhin den Versuch zur Aufrichtung einer absoluten Vormachtstellung in Europa, die in erster Linie immer zur Niederhaltung Deutschlands dienen soll. Das war der Zweck der Deutschland auferlegten Abrüstung, indes Frankreich selbst ungeheuerlich aufrüstete. Das ist auch der Zweck des französischen Bündnissystems, durch welches ein Ring

von Militärstaaten um das Deutsche Reich gelegt werden sollte und soll: angefangen vom Militärbündnis mit Belgien (1921) bis zu dem mit der Sowjetunion (1935/36). Es würde langweilen, hier all die Pakte im einzelnen aufzuzählen und nach ihrem Inhalt darzustellen, es würde langweilen, all die Pläne für weitere Pakte (z. B. Ostpakt) zu skizzieren. Es genügt die Feststellung, daß die neuzeitliche französische Außenpolitik an einer vielhundertjährigen Tradition bis jetzt festhält und darum vergreist ist. Nochmals sei auch betont, daß eine geographische bzw. geopolitische Voraussetzung für diese Haltung der französischen Außenpolitik nirgends gegeben ist.

Die Haltung, d. h. der ewige Gegensatz der Franzosen gegenüber uns Deutschen liegt vielmehr in der verschiedenen Artung der beiden Völker. Sehr schwierig, beinahe hoffnungslos ist es, diesen Art-Gegensatz auf eine Formel zu bringen. Man sagt, Frankreich sei das Land der „Statik", der Erhaltung, Deutschland sei das Land der „Dynamik", der Erneuerung und Bewegung. An sich ist dies zutreffend, wie alle Gemeinplätze, welche über die Völker im Umlauf sind, aber doch ist eine solche oberflächliche Auffassung in hohem Grad an den Augenblick gebunden. Der Kern, warum die Franzosen in uns Deutschen geradezu den Apokalyptischen Reiter, d. h. die Kriegsfurie sehen, liegt viel tiefer. Darin nämlich, daß in jedes Franzosen Brust gewissermaßen zwei Seelen wohnen: nicht nur, was er in sich selbst bekämpft, sondern auch was ihm unerreichbar ist, findet er im deutschen Wesen. Die Franzosen sind Individualisten, auch wenn ihr Denken „uniformer Art" ist, auch wenn sie im Grunde

die gleiche Weltauffassung, das gleiche Lebensideal in sich tragen. Aber dieses Ideal hat eben einen individualistischen Inhalt: jeder Franzose will für sich leben — wenn auch in einer allen Franzosen gemeinsamen Art — und nicht für die Gemeinschaft. Seine von Zeit zu Zeit gewaltigen Leistungen für die letztere (z. B. im Weltkrieg) dienen nur dazu, das Fürsichleben zu sichern. Der Franzose, sei er Rentner, Bauer oder Beamter, haßt nichts mehr als die dauernde Anteilnahme an den öffentlichen Dingen, daher auch seine Einstellung gegen den Faschismus bzw. den Nationalsozialismus, nicht weil diesem das Autoritätsprinzip innewohnt, sondern weil er jeden einzelnen Bürger ständig zur Teilnahme an allen öffentlichen Vorgängen aufrüttelt. Dergleichen widerspricht dem autonomen Leben der in sich abgeschlossenen französischen Rentnerwohnung, des in sich abgeschlossenen französischen Bauernhofes, mit einem Wort der „privaten Sphäre" des französischen Bürgers. In uns Deutschen dagegen sieht der Franzose eine Nation, die ihr völkisches Daseinsrecht mit einem Ausmaß von Arbeit, Leistungen, Opfern zu erkämpfen und zu sichern gewillt ist, dem jedes andere kontinentale Volk einfach erliegen würde. Vor diesem deutschen Arbeits-, Leistungs- und Opferwillen herrscht grenzenlose F u r c h t. Die Geschichte sollte gelehrt haben, daß ein deutsch-französischer Gegensatz positiv weder Sinn noch Gegenstand mehr besitzt. Denn Frankreich kann das Deutsche Reich nicht unterwerfen, und dem Reich liegt nichts ferner, als Frankreich zu botmäßigen. Negativ hindert dieser Gegensatz durch sein bloßes Dasein Europa daran, seine politische Aus-

geglichenheit zu finden. Goethe hat von den Franzosen gesagt, sie würden manches begreifen, wenn ihr Verstand ihnen nicht im Weg stünde, wenn also ihre Logik fähig wäre, den inneren Wert gegebener Sachverhalte zu beurteilen. Man kann hinzufügen: ihr unwiderstehlicher Hang zur Dramatisierung politischer Vorgänge sieht immer nur Krieg oder Frieden, nie aber jene Wirklichkeiten im Leben der Völker, die den ehrlichen und wahren Frieden ausmachen. Ein Volk, das in seiner geistigen Produktion, in seiner Literatur unendliche seelische Schattierungen sucht, wie es beim französischen der Fall ist, verfällt in der Außenpolitik in die gröbste Alternative. Es ist ihm nicht möglich, sich in das Denken einer andern Nation hineinzuversetzen, die in einer Nachbarschaft von Hochgerüsteten das Bewußtsein hat, kaum mit den notwendigsten Verteidigungsmitteln ausgestattet zu sein. Mit geschichtlichen Vorurteilen und zeitlichen Mißverständnissen belastet, blickt es nur mißtrauisch über seine Ostgrenze und ringt nach der Machtstellung des Ersten unter allen, die seinen bevölkerungsmäßigen Voraussetzungen nicht entspricht. Deshalb wird noch alles, was die Furcht vor dem Deutschtum nährt, in Frankreich so hoch eingeschätzt, wie z. B. das Buch des Advokaten Louis Rivière „L'Après Guerre" (1934 von der Académie française preisgekrönt). Dort steht zu lesen, daß die Väter der Pariser Vorortverträge im Grunde schlecht gearbeitet hätten. Die Auswirkung der Verträge sei ein erheblich unruhigeres Europa als das vor 1914. Aber diese Unruhe rühre nur davon her, daß Frankreichs Rechte und Interessen in den Friedensverträgen unvoll-

kommen gewahrt worden seien. Frankreich hätte nicht mit dem Deutschen Reich als Einheit Frieden schließen dürfen, sondern, um diese Einheit für alle Zeit zu beseitigen, nur mit jedem einzelnen der damaligen deutschen Staaten. Weil dies nicht geschehen sei, stehe Frankreich heute einem Hitler-Deutschland gegenüber, das über Europa herrschen wolle! Solche Ungeheuerlichkeiten werden dann von der französischen Presse kolportiert und darum vom Großteil des französischen Volkes bereitwilligst geglaubt. Denn der Begriff „öffentliche Meinung" ist in Frankreich dem in der Zeitung gedruckten Wort gleichzusetzen. Die öffentliche Meinung, diesen mächtigen nationalen und überaus gefährlichen internationalen Faktor, zu formen und Ausdruck werden zu lassen, ist in der Dritten Republik so gut wie ausschließlich der Presse vorbehalten. Diese Presse versteht es, dem französischen Volk die außenpolitischen Vorgänge durch Einkleidung in eine leichte, anschauliche Sprache und durch Erzählung vieler Kleinigkeiten anziehend zu machen. Mit Interesse liest der Franzose Einzelheiten z. B. über die Kleidung seiner Minister und Diplomaten bei irgendeiner politischen Konferenz oder auf einer politischen Reise. Fast unmerklich wird so die Leserschaft, d. h. das Volk zu innerer Teilnahme an den außenpolitischen Maßnahmen der Regierung erzogen, fast unmerklich wird so die jeweils gewollte öffentliche Meinung erzeugt. Da die dirigierenden Männer der Dritten Republik mit unverwüstlicher Inbrunst an die europäische Mission Frankreichs glauben, heißt das außenpolitische Ideal, welches sie ihrem Volk ständig vor Augen führen, „gloire", „Ruhm", „Glanz".

Mit dieser Medizin wird das französische Volk gespeist, mit ihr wird es von der innerpolitischen Entwicklung abgelenkt, mit ihr soll dem Volk der Gedanke aus dem Kopf genommen werden, daß das Frankreich von heute dem Rom der ausgehenden Kaiserzeit vergleichbar ist, jenem Rom, das der Überfremdung gerade durch Kräfte, denen es seine Zivilisation geschenkt hatte, nicht mehr gewachsen war. Ist doch in der Tat das Frankreich unserer Tage der Freihafen der Emigration, die Hochburg liberalen Zersetzungsgeistes, das Chikago östlicher Elemente, welche den soliden französischen Sparer periodisch plündern. Mit dem Schlagwort „gloire" werden alle Entscheidungen des französischen Außenministeriums am Quai d'Orsay in Paris dem Volk gegenüber begründet. Solchen Ruhm aber gibt es nach Anschauung der französischen Staatsmänner seit Jahrhunderten in der Hauptsache durch die „Zurückdrängung Deutschlands" („refoulement de l'Allemagne"). Dieses Deutschland müsse ständig „in Quarantäne gehalten" werden, um zu verhindern, daß es seine Nachbarn „anstecke"; dies war immer und ist auch heute noch allen Ernstes die Auffassung am Quai d'Orsay. Darum das oft leidenschaftliche Mißtrauen Frankreichs gegenüber uns Deutschen, welches nicht allein ein gegebener Zug der egoistischen französischen Volksseele, sondern auch der Ausfluß politischer und kultureller Eifersucht ist. Politische Eifersucht, weil das Deutsche Reich über alle Stürme hinweg immer wieder zur Einheit gefunden hat und heute durch die nationalsozialistische Bewegung zu einer Einheit zusammengeschweißt ist, die überhaupt niemals mehr angegriffen

werden kann. Gerade diese deutsche Einheit aber ist der Damm gegen den Vormachtsdrang Frankreichs in Europa. Kulturelle Eifersucht, weil im Deutschland Adolf Hitlers neue Kräfte mit neuer Idee gewachsen sind, befähigt, die geistige Vorherrschaftssucht der Franzosen in Europa zu zügeln. Das soll nicht heißen, daß die französische Demokratie und ihr Parlamentarismus Gefahr laufen, unter der Bestrahlung durch nationalsozialistische Ideen zu zerfallen. Die nationalsozialistische Außenpolitik wünscht eine ehrenhafte Verständigung mit Frankreich, sie hält sich von den inneren Vorgängen in andern Ländern fern und hütet sich, mit dem Zusammenbruch der uns umgebenden politischen Systeme zu rechnen. Der wahre Ausgleich mit Frankreich kann sich nur auf realpolitischer Grundlage entwickeln. Der ersehnenswerte Zeitpunkt, wo Frankreich mit Deutschland das große, ehrliche Verständigungsgespräch beginnt, ist noch nicht da. Wir hoffen, daß er kommen wird, dann nämlich, wenn einmal der Geist der französischen Scholle, des französischen Städtchens, der französischen Landschaft ernstlich auf den Plan tritt, also der Geist jenes französischen Menschen, der im deutschen Volk eine geschichtliche Realität sieht und erkennt, was die deutsche Frage wirklich ist. Er hat eine ganz andere Natur als der, welcher jetzt noch herrscht, der Geist aus dem Paris der Champs-Elysées, des Opernviertels, der feudalen Boulevards mit ihren internationalen Klubs, ihren Logentempeln, politischen Cercles und Salons, also der Geist von Versailles in Gemeinschaft mit jenem der Vorstädte, dem Geist von Moskau. Im Augenblick, wo dann die Leiter der fran-

zösischen Außenpolitik darauf verzichten, den Geburtsort aller für Frankreich unerfreulichen politischen Ereignisse nach Deutschland zu verlegen, wo sie das aus dieser geographischen Fälschung geborene geflügelte Wort „cherchez l'Allemagne" begraben, im Augenblick, wo sie dann darauf verzichten, die französische Sicherheit als vom Deutschen Reich bedroht hinzustellen, kann der deutsch-französische Art-Gegensatz kein Hindernis mehr bilden für eine politische Verständigung.

Diese „Sicherheit" ist der wunde Punkt in der ganzen französischen Außenpolitik, die es von jeher geschickt verstanden hat, ihre Angriffsziele durch Verteidigungsformeln zu verschleiern. Dazu gehörte der Versuch Frankreichs, sein Vormachtstreben in Europa mit dem Anspruch auf Sicherheit zu begründen. Gerade gegenüber uns Deutschen hat es immer auf diese Sicherheitsthese sich gestützt, die sogar dahin ausartete, daß allein das Dasein des Deutschen Reichs als Bedrohung Frankreichs bezeichnet wurde. Seit dem Weltkrieg rechtfertigte die Dritte Republik ihre Rüstungspolitik mit der Forderung „Sicherheit vor Abrüstung", desgleichen erklärte sie ihre Paktpolitik damit, ihre Beistands-, Hilfeleistungs-, Freundschafts-, Konsultativ-, Garantie-, Kollektiv-, Nichteinmischungspakte und wie sie alle heißen. Demgegenüber hätte das Deutsche Reich bei seiner ungünstigen und ungeschützten geographischen Lage inmitten Europas — seine Landgrenzen sind doppelt so lang als die französischen! — und bei der mengenmäßigen militärischen Überlegenheit Frankreichs und seiner Verbündeten

weit mehr Grund zum Ruf nach Sicherheit. Die tatsächliche Lage ist die: erstens kann an sich die deutsch-französische Grenze kein Faktor der Beunruhigung für Frankreich sein. Zum Beweis dafür wollen wir die Erklärungen der deutschen Reichsregierung heranziehen. Reichsminister Dr. Goebbels erklärte in seiner Rede zur Eröffnung der Saarausstellung in Berlin am 6. Januar 1935: „Am 13. Januar kann die Epoche vieler Jahrhunderte liquidiert werden, die ihren Ausdruck fand in dem Haß und Krieg zweier großer Nationen, die das Schicksal Seite an Seite in den Kernraum Europas gestellt hat. Das ist der wahre und tiefe Sinn dieser Volksabstimmung. So kann das Saargebiet, das ursprünglich als Zankapfel zwischen Deutschland und Frankreich gedacht war, in Wirklichkeit zur Brücke werden, auf der endlich die beiden Völker zueinander gelangen mögen, um sich stolz und voll Achtung gegenseitig die Hand zu reichen. Es ist die geschichtliche Möglichkeit gegeben, in diesem entscheidungsvollen Augenblick den unseligen jahrhundertelangen Nachbarkampf, der die ganze europäische Geschichte der Neuzeit verwirrt und gefährdet hat, endgültig abzubrechen und eine neue Linie deutsch-französischer Zusammenarbeit aufzunehmen, die ganz Europa nur zum Segen gereichen kann". Der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler erklärte vor aller Welt auf der Freiheitskundgebung anläßlich der Rückkehr des Saarlandes zum Reich am 1. März 1935: „Wir hoffen, daß durch diesen Akt einer ausgleichenden Gerechtigkeit, der Wiedereinsetzung natürlicher Vernunft, wir hoffen, daß durch diesen Akt das Verhältnis zwischen Deutschland und Frank-

reich sich endgültig bessert. So wie wir den Frieden wollen, müssen wir hoffen, daß auch das große Nachbarvolk gewillt und bereit ist, diesen Frieden mit uns zu suchen. Es muß möglich sein, daß zwei große Völker sich die Hand geben, um in gemeinsamer Arbeit den Nöten entgegenzutreten, die Europa unter sich zu begraben drohen". In der Proklamation der Reichsregierung zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht vom 16. März 1935 wird gleicherweise vor der gesamten Weltöffentlichkeit erklärt: „Die Regierung des heutigen Deutschen Reiches hat Frankreich die feierliche Versicherung gegeben, daß Deutschland nach der erfolgten Regelung der Saarfrage nunmehr keine territorialen Forderungen mehr an Frankreich stellen oder erheben wird. Sie glaubt damit, in einer geschichtlich seltenen Form die Voraussetzung für die Beendigung eines jahrhundertelangen Streites zwischen zwei großen Nationen durch ein schweres politisches und sachliches Opfer geschaffen zu haben". Zweitens kann das nationale Bewußtsein des deutschen Volkes keine Bedrohung für Frankreich bilden. Auch hierzu erklärt die eben genannte Proklamation der Reichsregierung: „In dieser Stunde erneuert die deutsche Regierung vor dem deutschen Volk und vor der ganzen Welt die Versicherung ihrer Entschlossenheit, über die Wahrung der deutschen Ehre und der Freiheit des Reiches nie hinausgehen und insbesondere in der nationalen deutschen Aufrüstung kein Instrument kriegerischen Angriffs als vielmehr ausschließlich der Verteidigung und damit der Erhaltung des Friedens bilden zu wollen". Drittens liegt es dem Deutschen Reich völlig fern, mit

seiner Bevölkerungszahl von 66 Millionen die 42 Millionen Franzosen zu bedrohen. Reichskriegsminister Generalfeldmarschall von Blomberg hat in seiner Rede beim Staatsakt in Berlin am 17. März 1935 erklärt: „Wir Deutschen brauchen keine Revanche, weil wir in den vier Jahren des großen Krieges Ruhm genug für kommende Jahrhunderte geerntet haben. Wir glauben an die Möglichkeit einer Neuordnung Europas und der Welt auf friedlichem Wege, sofern sie den natürlichen Lebensgesetzen der Nationen Rechnung trägt und nicht aus starrer Beharrung auf überholten Zwangsmaßnahmen ihr Unrecht ableitet". Der bevölkerungspolitische Faktor kann mit der Zeit für Frankreich allerdings besorgniserregend werden, in ihm liegt auch der tiefste Grund für das französische Sicherheitsverlangen. Denn infolge der Kriegsverluste und des ständigen Geburtenrückganges haben in Frankreich bereits die sogenannten „schwachen Jahrgänge" eingesetzt, bei deren Fortentwicklung die weiße französische Armee sich laufend vermindern müßte. Die Sorge um dieses schwerwiegende Problem geht bereits heute soweit, daß Männer aus dem französischen Generalstab darauf hinweisen, Frankreich werde ohne die militärische Hilfe der Algerier, Tunesier, Marokkaner, Sudanesen und Senegalesen zur Erhaltung seiner europäischen Grenzen nicht mehr imstande sein. Fast die Hälfte der französischen Armee bestehe schon aus Mohammedanern, und in fünfzig Jahren werde das französische Mutterland höchstens noch eine Bevölkerung von 25—30 Millionen, Nordafrika dagegen eine solche von 40 Millionen haben. Für Frankreich kann der Be-

stand einer schlagkräftigen farbigen Armee geradezu eine Lebensnotwendigkeit werden. Angesichts seines eigenen Geburtenschwundes liegt darin eine Entwicklung, die nach keiner Richtung hin auf die leichte Schulter zu nehmen ist. Das patriotische Land hat auch keineswegs immer so gedacht: Als um die Jahrhundertwende nach der mißglückten Faschoda-Expedition Senegalneger nach Paris kamen, prägte der Soldatenliederdichter Paul Déroulède, der immer deutschfeindliche Chauvinist, das Wort: „Pas de tache d'encre sur notre drapeau" („keinen Tintenflecken auf unsere Fahne"). Inzwischen haben sich die Zeiten geändert, man erinnert sich jetzt in Frankreich Napoleons I., der ja auch wohl oder übel 1815 eine farbige Armee nach dem Mutterland geholt hat. Um so deutlicher wird bei solcher Sachlage das ständige Drängen der Franzosen nach einem möglichst großen Kreis von Verbündeten in Europa, durch den ihre Sicherheit gewährleistet werden soll.

In dem geographisch unbegründeten und darum eingebildeten Panzerungsdrang gehen die amtliche französische Außenpolitik und die private französische Rüstungsindustrie Hand in Hand. Diese Rüstungsindustrie ist eine politische Macht ersten Ranges, die aus Profitgier das Gefühl der Unsicherheit und das Mißtrauen namentlich gegenüber dem Deutschen Reich im französischen Volk ständig nährt und den Kriegs- und Haßwahn schürt. Fraglos trug der Einfluß der französischen Waffenfabrikanten ein gut Teil Schuld am Scheitern aller Abrüstungsverhandlungen. Die französische Schwerindustrie hat immer ihre Männer im Staatsdienst

sitzen, es sei nur auf Georges Clemenceau, den bekannten Haupturheber des Versailles Diktats, auf Charles Dumont, den Vertreter in der Abrüstungskonferenz, auf die Staatspräsidenten Alexandre Millerand, Paul Doumer oder Albert Lebrun verwiesen. Am 17. Februar 1927 gab der Marschall Foch folgende Erklärung ab: „Ich versichere, daß am 31. Januar 1927 die Abrüstung Deutschlands völlig durchgeführt war". Trotz einer so autoritativen Feststellung verlangte die französische öffentliche Meinung immer neue Rüstungen und einen gigantischen Festungsgürtel an der Ost- und Südostgrenze des Landes. Das war das Werk der Rüstungsindustrie und der von ihr beeinflußten, mit Millionenbeträgen „unterstützten" Presse, welche die Verbreitung der „Furcht" vor Deutschland zu ihrem Hauptgeschäft macht. Der Rüstungskapitalismus und seine politischen und journalistischen Trabanten — in ihren Sachinteressen und in ihrer Weltanschauung eines Sinnes — sind es, welche diese Furcht in Blüte halten und das französische Volk irreführen.

Denn — noch einmal sei es betont — die natürlichen, die geographischen Gegebenheiten Frankreichs rechtfertigen in keiner Weise eine Außenpolitik, wie sie tatsächlich vorliegt. Frankreich ist ein gesättigtes Land, es besitzt ein gewaltiges Kolonialreich, das zudem unmittelbar seiner Südküste gegenüber beginnt, weshalb auch kein begreifbares Sachinteresse, machtpolitisch auf Mitteleuropa zu drücken, gegeben ist. Aber die französischen Regierungen sehen es als den von Gott schon bei der Weltschöpfung gewollten Zustand an, daß sie in

Europa politisch und kulturell die Herren sind. Damit taucht auch schon das weltanschauliche Triebfederwerk der französischen Außenpolitik vor unsern Augen auf.

Der staatliche Zustand Frankreichs ist ein Gemisch aus Restbeständen des aufgeklärten Absolutismus, den der Fürstenstaat des 17. und 18. Jahrhunderts verkörperte, also des ancien régime einerseits und aus den politisch-sozialen Folgen der Revolution von 1789, also des Liberalismus andererseits. Das Gedankensystem derjenigen Kräfte, welche die französische Außenpolitik beeinflussen und lenken, fußt auf der Grundlage des Imperialismus und Internationalismus. Das französische Staatswesen wird von einer Schicht regiert, die sich aus Kreisen der Bank von Frankreich und der Hochfinanz, der Schwerindustrie, des Generalstabes und aus gewissen Vertretern der „westlichen Freiheit" rekrutiert. In der Tat wird das Land von einer solchen Oligarchie beherrscht: denn es ist belanglos, ob jemand die äußeren Funktionen der Macht selbst ausübt oder sie nach seinem Willen ausüben läßt. Entscheidend ist, daß jene Oligarchie die Organe des französischen Staatsapparates (in unserem Fall die außenpolitischen) wie Marionetten tanzen läßt. Die „Vorkämpfer" der westlichen Freiheit haben dies verstanden, seit es diese Freiheit gibt, also seit der Revolution von 1789. Schon die Mißwirtschaft der Jakobiner, jenes politischen Klubs, der seit 1791 den radikalen Kurs der Revolution bestimmte, verschleuderte in kurzen Jahren das französische Nationalvermögen — in die Tasche der Großgewinnler, und das sogenannte Direktorium

(1795/99) zappelte in den Klauen der damaligen Finanzmagnaten. Seit jener Ära, somit seit fast anderthalb Jahrhunderten, hat Frankreich „Staviskys" am laufenden Band gehabt bis herein in die neue Zeit (z. B. Panamaskandal 1889 mit Lesseps und dem jüdischen Geldmann Reinach als Drahtziehern, Affäre des jüdischen Hauptmanns Dreyfus 1894—1906, Affären Nozière, Oustric, Dufrenne, Hanau und zuletzt Stavisky selbst). Alle Revolutionäre, Revolutionsgewinnler und Volksschädlinge, fast alle ihre Lakaien aus Politik, Gesetzgebung, Verwaltung, Industrie und Presse — vom Minister über den Diplomaten, den Abgeordneten, den Richter, den Staatsanwalt bis zum Polizeipräfekten und Bürgermeister —, die Frankreich von 1789 bis heute regieren, waren und sind Freimaurer. Die Freimaurerei Frankreichs wurde 1725 von England aus zur Blüte gebracht, sie baute das sogenannte Schottische Hochgradsystem aus und erlangte rasch eine gewaltige politische Wirksamkeit. Freimaurer waren die geistigen Vorbereiter der Revolution von 1789: die d'Alembert, Diderot, Helvetius, Voltaire, Rousseau, Condorcet, Freimaurer die Terroristen dieser Revolution: die Duport, Robespierre, Mirabeau, Sieyès, Marat, Danton, Desmoulins, Freimaurer die Staatsmänner bis herein in unsere Zeit: die Grévy, Carnot, Faure, Poincaré, Millerand, Doumer, Bourgeois, André, Clemenceau, Briand, Painlevé, Viviani, Delcassé, Pichon, Renault, Hervé, Chautemps, Herriot, Daladier und wie die bekannteren Namen alle lauten, Freimaurer die außenpolitischen Spezialisten wie ein Philippe Berthelot, der Verfasser

sämtlicher diplomatischen Noten der französischen Regierung in den Julitagen 1914. Ein gleicher Klüngel weiß heute dem französischen Volk die Maurerlosung „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" vorzugaukeln, den Franzosen mit der Ideologie zu hypnotisieren, daß er ein „freier Bürger" sei. In Wirklichkeit lastet die Macht dieses Klüngels schlimmer auf dem Volk, als es vor Jahrhunderten der Despotismus getan hat. Ihm beugen sich alle Kabinette, wie sich amerikanische Präsidenten vor den Trustmagnaten gebeugt haben. Er vermag jede diplomatische Lage zu vergiften, er hält alle Politik am Gängelband seiner persönlichen Interessen. Er hat ein Pressebudget, um etwas zu sagen und um etwas totzuschweigen, er treibt das französische Volk wie eine Herde auf den Weg der ihm beliebten öffentlichen Meinung. Die Holzhäuser in russischen Dörfern sind gegen die Außenwelt durch eine meterbreite Isolierschicht abgedichtet, die mit Werg, Papier und ähnlichen Materialien ausgestopft ist. In ihr tummeln sich Ratten, Mäuse und anderes Geziefer, sie haben es dort warm und wissen sich sicher. Ein solcher Vergleich paßt auf jene regierende Oligarchie: die Wärme entspricht der staatlichen Futterkrippe und all dem Profit hieraus, die Sicherheit entspricht der unbeschränkten persönlichen Freiheit des parlamentarischen Systems. Wenn in der Gegenwart ein politisches System als verwerflich bezeichnet werden muß, dann ist es in erster Linie dieses System in Frankreich. Alle bisher unternommenen Versuche, es auszumerzen, sind gescheitert. Sie müssen solange scheitern, als in Frankreich der Dreiklang liberté, égalité, fraternité die

Macht in der Hand hat. Die Dritte Republik steht so vollständig unter dem Einfluß des Großorients, der freimaurerischen Zentrale, in der jener regierende Klüngel sitzt, daß man heute ohne Übertreibung sagen kann: Frankreich, das ist die Freimaurerei. Die Berichterstattung über die Logentagungen, die doch nur das Wenige enthält, was an die Öffentlichkeit kommen darf, vermittelt einen förmlich überwältigenden Einblick in die politische Wirksamkeit der Freimaurerei Frankreichs. Es ist hier nicht möglich, näher darauf einzugehen, aber zwei Beispiele mögen doch aufgeführt sein. Im Jahre 1922 forderte der französische Großorient laut „Bulletin du Suprême Conseil" (Seite 286) „die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen Frankreichs zu den Sowjets". Am 23. Oktober 1924 war von der französischen Regierung diese Forderung erfüllt! Wie sich die französisch-russische Freundschaft zwischenzeitlich entwickelt hat, ist bekannt. Das zweite Beispiel ist dem Organ „Comptes Rendus" (1923, Seite 97) entnommen: „Die Logen verlangen als Ziel der französischen Politik den europäischen Staatenbund unter Führung des Völkerbundes". Die Bemühungen eines Briand, eines Herriot und des ehemaligen deutschen Freimaurers Stresemann um „Paneuropa" werden durch diese Forderung beleuchtet, sie zeigt auch, was Europa politisch vom gegenwärtigen Frankreich zu erhoffen hat, sie beweist schließlich, wie recht der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler hatte, wenn er am 14. Oktober 1933 für das Deutsche Reich den Austritt aus der Genfer Maurerorganisation erklärte. Wie früher schon dargestellt, sind

Freimaurerei und Judentum aufs engste verknüpft, einen Beweis dafür gibt auch die Dritte Republik. Infolgedessen hängt auch dort alles am Geld, an der Geldmächtigkeit, diesem jüdisch-maurerischen Spezifikum. Der Kapitalismus des 19. Jahrhunderts erfüllte vorübergehend den alten jüdischen Traum von der Macht des Goldes über die Völker der Welt. Er bedeutete nicht allein materielle und geistige Macht, er ebnete auch durch die immer mehr zunehmende Proletarisierung der Völker den Weg zur politischen Vormachtstellung. Denn die von Grund und Boden losgelösten, der Heimat und der Scholle fremd gewordenen Industriearbeiter hatten und haben gegen den Kapitalismus nichts zu verteidigen. Dem kapitalistischen Proletarisierungsprozeß fielen auch in Frankreich immer weitere Kreise der wirtschaftlich selbständigen Bevölkerungsschichten zum Opfer. Nur der organisierte Ansturm des ausgebeuteten, durch Verzweiflung revolutionierten Proletariats konnte der Herrschaft des Kapitalismus gefährlich werden. Einer solchen Gefahr, die sich erstmals zu Beginn der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts am Horizont zeigte, wußte die Freimaurerei zu begegnen. Am 5. Juli 1843 wurde im Obersten Rat des Großorients in Brüssel (eines Bruders des französischen Großorients) eine Reihe von Leitsätzen über die Frage „Kapital und Arbeit" vorgetragen, die unter der Bezeichnung „Sozialanarchistisches Programm" die freimaurerische Billigung fand. Das Programm wurde als mit der maurerischen Weltanschauung übereinstimmend anerkannt, und es wurde beschlossen, daß die Logen sich für seine Durchführung mit allen Mitteln ein-

zusetzen hätten. Dieser Beschluß ist auch im „Bulletin trimestriel du Grand Orient" (1843) bekanntgegeben. Die französischen Hochgradmaurer Proudhon, Louis Blanc, St. Simon hatten schon jahrelang an der Schaffung sozialkommunistischer Theorien gearbeitet, die gerade in jenem Programm ihren Niederschlag gefunden haben. Hier hat auch der berüchtigte Karl Marx, der gleichfalls Freimaurer war, die Ideologie gewonnen, aus der heraus er 1848 sein kommunistisches Manifest in die Welt schleuderte. Dieses setzte genau wie sein Vorbild, jenes sozialanarchistische Programm, politische, wirtschaftliche und geschichtliche Zustände und Zusammenhänge voraus, die gar nicht der Wirklichkeit entsprachen, sondern nach den Bedürfnissen des Judentums gefärbt waren. Der Marxismus spielt in Frankreich eine erhebliche Rolle. Welche Bedeutung der französische Großorient dem Marxismus immer beimaß und beimißt, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Führung der marxistischen Internationale ständig ein wesentlicher Beratungsgegenstand der obersten Logenbehörde ist. Es werden dort Themen behandelt wie die: Freimaurer und Gewerkschaftsinternationale, freimaurerische Leitung der Arbeitermassen, Arbeiterarmee unter maurerischer Führung, Errichtung der Weltrepublik mit Hilfe der Arbeitermassen. In Paris ist die „Société Générale du Travail" die Logenorganisation, der die Aufgabe zufällt, die Arbeiter im freimaurerischen Sinn zu beeinflussen. Sie steht ausschließlich unter jüdischem Einfluß und hat den sechszackigen Davidstern zum Symbol. Joffe, der erste Sowjetbotschafter in Berlin (1918/19), war lange Zeit ihr Leiter.

Alle diese Vorgänge haben als Kern das politische Endziel: eine „europäische Republik" zu schaffen, in welcher der Großorient, diese Plutokratie und Oligarchie von Frankreich, durch rücksichtslose Ausnutzung der Machtstellung des französischen Staates eine Hauptrolle spielen möchte. Das höchst aktive Freimaurertum, diese unterirdische Macht, die gar nicht überschätzt werden kann, will nicht allein das politische und wirtschaftliche Leben lenken, es beansprucht ja auch, eine weltanschauliche Domäne zu sein. Als solche will es sein „Gedankengut" mit allen Mitteln erhalten, eine Hoffnung, die trotz aller Logenskandale noch ziemlich unerschüttert ist. Sie wird gestützt durch den Mangel an Bevölkerungszuwachs, durch das Fehlen einer zahlenmäßig starken und geschlossen marschierenden jungen Generation, die nach neuer Lebensgestaltung drängt. Wird uns nicht deutlich, weshalb die französische Politik, die von der maurerischen Ideologie geleitet ist, sich hartnäckig gegen neue Anschauungen wehrt, wie sie der deutsche nationale Sozialismus vorschlägt?

Der Großorient machte sich zum Träger des französischen Revanchegedankens nach 1871, von ihm stammen die Schlagworte vom deutschen „Militarismus" und von der deutschen „Barbarei". Seit der Dreyfusaffäre, seitdem das Logentum seine Brüder auch in die Kommandostellen der französischen Armee beordern konnte, wurden die militärischen Revanchepläne, nicht nur das diplomatische Vorgehen, nachdrücklich erörtert. In den schon erwähnten Organen „Comptes Rendus" und „Bulletin" der 80er Jahre ist zu lesen, daß die Freimaurerei die Freiheit der

Menschheit mit allen militärischen Machtmitteln gegen die deutsche Vergewaltigung und die deutsche Barbarei zu wahren, daß die französische Armee die menschliche Freiheit gegen die deutschen Vergewaltiger zu verteidigen habe. In der Folgezeit schritt die Maurerei Frankreichs zur Kriegsprophetie, so durch die bis heute nicht identifizierte, aber um so berüchtigtere Madame de Thèbes in Paris. Diese mußte eine kommende Weltkatastrophe als unerbittliches Naturgesetz vorhersagen. Zweck solcher Prophezeiungen war die künstliche Verbreitung der Kriegspsychose, auf deren Boden das Freimaurertum dann erstens den Kriegsfunken leicht entzünden und zweitens die Schuld am Weltbrand, der „vom Himmel bestimmt" sei, von sich abwälzen konnte. Die „Prophetie" stammte nur nicht aus höherer Eingebung, sondern aus den geheimen Beschlüssen der Hochgradmaurerei, sie wurde auch immer präziser und traf schließlich ein. Ganz abgesehen von allen andern einwandfreien Quellen verbürgte sich Graf Ottokar Czernin (1916/18 österreichischer Außenminister) in seinem Buch „Im Weltkrieg" dafür, daß der am 28. Juni 1914 in Sarajevo ermordete Franz Ferdinand bereits ein Jahr vor Kriegsausbruch gewußt habe, daß sein Tod beschlossene Sache der Freimaurerei sei, der Erzherzog habe ihn persönlich davon verständigt. Der Prozeß gegen die Attentäter hat diese Zusammenhänge im übrigen klar erwiesen. Daß das Diktat von Versailles Maurerwerk (angezettelt durch den Großorient von Frankreich) war, ist schon gesagt worden. Die Nachkriegsjahre haben, wie gleichfalls bereits angedeutet,

allenthalben die außenpolitische Wirksamkeit der Maurerei Frankreichs gezeigt.

Man muß es bedauern, daß solche Dinge in den breiten Schichten des deutschen Volkes noch verhältnismäßig wenig bekannt sind und, wenn sie es sind, daß ihnen nicht selten mit Achselzucken begegnet wird. Sie sind aber verbürgte und unwiderlegliche Tatsachen. Wir können diesen Abschnitt schließen mit der Feststellung, daß die französische Politik in Europa, insbesondere gegenüber dem Deutschen Reich bis jetzt immer noch eine Richtung einhält, die überwiegend durch die geschilderte weltanschauliche Einstellung der regierenden Schicht Frankreichs bestimmt wird.

Italien

Zwei bemerkenswerte geographische Vorteile hat die Natur diesem Land geschenkt: Lage und Meeresumschlossenheit. Auf der ersteren fußte im Altertum die politische Herrschaft Roms, auf der letzteren im Mittelalter (14. Jahrhundert) die wirtschaftliche Venedigs. Italien ist der große Hafendamm des Mittelmeers, es liegt in der Mitte zwischen Gibraltar, dem Bosporus und Suez, an seiner Küste entlang fließt das levantinische, d. h. das östliche mittelländische Meer am weitesten in das europäische Festland hinein. Hierauf gründet Italiens Kulturaufgabe als Vermittler zwischen Europa und der Levante (Kleinasien, Griechenland, Syrien und Ägypten). Freilich trägt diese Meereserschlossenheit zugleich auch den Nachteil in sich, daß eine mehrere tausend

Kilometer lange Küste schwer zu verteidigen ist. Im ganzen gesehen verweisen die natürlichen Bedingtheiten der europäischen Randmacht Italien diese, ebenso wie England, in erster Linie auf den Handel. Aber aller Handel hängt wieder von der eigenen Erzeugungsmöglichkeit ab, und diejenige Italiens ist beschränkt, weil ihm die Rohstoffe, insbesondere Kohle, Erze und Öl mangeln. Dazu kommt die Abhängigkeit der Volksernährung von ausländischer Einfuhr. Infolgedessen war die italienische Außenpolitik immer bestrebt, einerseits Bundesgenossen um sich zu haben, auf die sie sich militärisch stützen konnte, andererseits Kolonialgebiete zu besitzen, welche die Rohstoffgrundlage abgeben sollten.

Will man die faschistische Außenpolitik nach ihren geographischen Bedingtheiten und ihren weltanschaulichen Triebfedern beurteilen, so kommt man an einer wenn auch knappen Betrachtung der politischen Geschichte Roms und des Mittelmeers nicht vorbei. Im Faschismus hat der Gedanke, daß Italien dazu berufen sei, das Imperium Romanum, das alte römische Reich, zu erneuern, von Anfang an eine Hauptrolle gespielt. Zunächst allerdings konnte man glauben, diese Erneuerung beschränke sich nur auf die moralische Erziehung des Volkes, auf die Wiedererweckung der alten Römertugenden, der Tapferkeit, der Disziplin, des Opfermutes, sei also mehr oder weniger nur eine Angelegenheit des faschistischen Propaganda-Ministeriums. Die Vorgänge der jüngsten Zeit aber zeigen, daß auch das Außen- und das Kriegsministerium mit der Idee des Imperium Romanum sich beschäftigen, natürlich im Bewußtsein der

durch die geschichtliche Entwicklung gegebenen Beschränkung, und daß diese Idee machtpolitische Ansprüche auslöst. Eine Betrachtung des Ursprungs und der Entwicklung der Idee des Imperium Romanum führt deshalb nicht, wie man auf den ersten Blick glauben könnte, von den Ereignissen unserer Tage ab, sondern im Gegenteil zu einem besseren Verständnis der Gegenwart.

Die römische Republik (510—31 v. Chr.) hat sich vom römischen Stadtstaat zum italienischen Einheitsstaat, dann zur Mittelmeermacht und schließlich zur Weltmacht entwickelt. Um 270 v. Chr. war die erste Etappe erreicht: Italien war römisch. Als die Römer dann nach Sizilien hinübergriffen, mußten sie in Streit geraten mit der damals das Mittelmeer beherrschenden Seemacht Karthago. Um 200 v. Chr. war Rom so weit Herr des westlichen Mittelmeerbeckens, daß es sich dem Osten zuwenden konnte. In den folgenden 170 Jahren eroberten die Römer trotz ihrer inneren Wirren die Länder der Levante: Griechenland und die Nachfolgestaaten des Alexander-Reiches wurden römisch, Kleinasien wurde Provinz, Ägypten wurde bezwungen. Daneben wurden in dieser Zeit die Stellungen ums westliche Mittelmeer, wo zunächst nur die Küstengebiete besetzt worden waren, ausgebaut, vor allem wurden Spanien und Gallien zu Provinzen gemacht. Als Augustus im Jahr 29 v. Chr. im Triumph in Rom einzog und zum Zeichen dafür, das nun Frieden herrsche, den Tempel des Janus schloß, da war die römische Republik begraben, das römische Weltreich war erbaut.

Dieses römische Weltreich der Kaiserzeit hatte

Bestand bis zum Jahr 476 n. Chr. Seine Blütezeit lag im 1. und noch mehr im 2. Jahrhundert unserer Zeitrechnung. Die Grenzen bildeten im Westen der Atlantische Ozean, im Norden die Gebirge Schottlands, der Rhein und die Donau, im Osten das Kaspische Meer, der Tigris und die Wüste Arabiens, im Süden die Hochgebirge Äthiopiens (des heutigen Abessiniens) und die Wüste Sahara. Die Grenzkriege gegen die Germanen im Norden und die Parther im Osten konnten das Reich nicht allzu sehr beunruhigen. Im Innern herrschte Friede und Wohlstand, die Provinzen wurden gut verwaltet (was in der Zeit der Republik nicht immer der Fall war), die Herrscher waren, von einigen Ausnahmen abgesehen, geistig hochstehende Menschen und tüchtige Staatsmänner. Die griechisch-römische Kultur bildete ein Band, das sich um die rassisch so verschiedenartigen Völker des Reiches schlang. Trotz aller heute kaum mehr vorstellbaren Vielfalt der weltanschaulichen Systeme, ermöglicht durch die Duldsamkeit und Nachsichtigkeit der Römer, setzten sich doch einige humanitäre Ideen allgemein durch. Insbesondere traf dies zu auf die Anschauung der Stoiker, daß die Menschen zwar nach Rasse, sozialer Herkunft und Religion verschieden seien, daß man sie aber nicht nach diesen Merkmalen, sondern nur nach ihrem ethischen Wert beurteilen dürfe, woraus der Kosmopolitismus entsprang, ohne den das römische Weltreich der Kaiserzeit nicht gedacht werden kann. Man braucht die Augen gar nicht zu verschließen vor den Fehlern jener Zeit mit ihren bald einsetzenden Zerfallserscheinungen und muß doch feststellen: es hat kaum in der Geschichte ein Reich

von solcher Größe gegeben, das auf so lange Zeit seinen Bürgern außenpolitisch Frieden und Ruhe, innerpolitisch Sicherheit, Wohlstand und kulturelle Höchstleistungen geboten hat wie das Römische Reich in den ersten 250 Jahren unserer Zeitrechnung. Damals ist die Idee des Imperium Romanum geboren worden.

Im Jahr 395 n. Chr. wurde das Reich in eine östliche und in eine westliche Hälfte geteilt. Ostrom, auch byzantinisches Reich genannt, bestand bis 1453, bis zur Einnahme von Konstantinopel durch die Türken. Aber selbst dann lebte, wenigstens in der Theorie, das oströmische Reich weiter: das griechisch-orthodoxe Kirchenvolk unterstellte sich in der Folge, nachdem das erste Rom vom „rechten Glauben" abgefallen und das zweite Rom, Konstantinopel, von den „Ungläubigen" erobert worden war, dem Zaren der Russen. Nicht immer nur war es Spielerei, wenn im 17. und 18. Jahrhundert Moskau (Petersburg wurde ja erst 1703 gegründet) häufig als „das dritte Rom" bezeichnet wurde. In der Idee ist also das oströmische Reich erst mit dem Sturz der Romanows untergegangen. Nicht ganz so lange hat das weströmische Reich gelebt, nämlich nur bis 1806. In den Stürmen der Völkerwanderung löste sich das weströmische Reich in verschiedene germanische Staatengebilde auf. Das langlebigste derselben, das Reich der Franken, erneuerte im Jahr 800 die 476 vernichtete Würde des römischen Kaisertums. Aber auch das Reich Karls des Großen zerfiel, und aus den Trümmern entstanden die beiden Länder Frankreich und Deutschland. Der deutsche König Otto I. (936/73) begründete dann das heilige

römische Reich deutscher Nation, das etwa 300 Jahre lang ebenso die Herrschaft in Europa innehatte, wie einst das alte römische Reich. Dem Namen nach bestand es, wie gesagt, bis zum 6. August 1806, dem Tag also, an welchem Kaiser Franz, der schon 1804 den Titel „Kaiser von Österreich" angenommen hatte, die deutsche Kaiserwürde niederlegte.

Neben dem heiligen römischen Reich deutscher Nation und dank seines Zerfalls wurde noch ein anderes Imperium Romanum groß: das heilige römische Reich katholischer Konfession, die Herrschaft der Päpste. Das Papsttum hat im Mittelalter in dem Widerspruch gelebt, daß es mit der Universalherrschaft der Kirche auch ein weltliches Universalreich forderte. Franz von Assisi, der Weltflucht und Askese wählte, und Ignatius von Loyola, der die weltweite Betätigung einleitete, waren die beiden Pole. Der politische Katholizismus in Mitteleuropa mit dem Wunschbild des „Sacrum Imperium", des „Heiligen Reiches", bedeutete den Sieg Loyolas über Franziskus. Die faschistische Reichsidee widerspricht nicht dem Katholizismus an sich, sie bestreitet nicht eine Lebensführung nach den Regeln des Franziskus, aber sie verwirft den weltlich streitbaren Katholizismus. Oberflächlich ist es, den katholischen Reichsgedanken mit der faschistischen Idee eines neuen Imperium Romanum zu vermengen. Beide können ein Stück Weges Seite an Seite gehen, aber dann ist die Auseinandersetzung unausbleiblich. Denn beide blicken nach Dalmatien, beide liebäugeln mit der Aufrichtung eines kroatischen Staates gegenüber Jugoslawien und mit der Trennung Österreichs vom Deutschen

Reich. Aber der Faschismus wünscht dies für ein Imperium Romanum in neuer Gestalt, die Kurie wünscht es für das Sacrum Imperium im alten Sinn. Altes römisches Reich, Ostrom, Moskau, Westrom, Reich Karls des Großen, heiliges römisches Reich deutscher Nation, Herrschaft der Päpste — so mächtig und so vielfältig waren die Auswirkungen der Idee des Imperium Romanum. Wenn die Faschisten heute von drei römischen Reichen sprechen, so zählen sie das alte römische Reich als das erste, das Rom der Päpste als das zweite und das Rom Mussolinis als das dritte Rom.

Mussolini beruft sich auf das alte Rom, auf dessen Herrschaft über die Mittelmeerländer. Dabei dürfen die Wandlungen nicht übersehen werden, denen das geopolitische Bild des Mittelmeers seit jener Zeit unterworfen war. Die günstige Mittellage Roms zwischen dem östlichen und dem westlichen Mittelmeer hat jene Herrschaft entstehen lassen. Überdies bildeten die Mittelmeerländer von jeher eine geographische Einheit: nach Norden hin waren sie vom übrigen Europa durch schwer passierbare Gebirge (Alpen) getrennt, während im Süden die nordafrikanische Küste durch die Sahara vom übrigen Afrika losgelöst war und mit ihm so gut wie keinen Zusammenhang hatte. In seiner Meereserschlossenheit wurde Italien nur von Griechenland übertroffen. Bei diesem aber wirkte das Meer auflösend und brachte in politischer Hinsicht eine Kleinstaaterei mit sich, welche die Stoßkraft nach außen lahmlegte. Italien ging den umgekehrten Weg: der inneren Einigung unter Führung von Rom folgte der Aufstieg zur Vormacht-

stellung im ganzen Mittelmeergebiet. Einst hatten die Phönizier einen umfassenden Beherrschungsversuch im Mittelmeer unternommen (seit dem 13. Jahrhundert v. Chr.); da sie jedoch nur Handelskolonien anlegten, hinter denen keine militärische Macht stand, mußten sie weichen. Bei aller geographischen Einheit war dennoch eine starke Verschiedenheit zwischen östlichem und westlichem Mittelmeer vorhanden. Deshalb zerfiel das römische Weltreich, wie geschildert, in zwei Teile, in das ost- und weströmische Reich. Aber die Geschichte sah immer wieder neue Versuche zur Zusammenfassung des Ganzen. In diesem Sinn wirkten der Islam (ab 8. Jahrhundert n. Chr.) und die Kreuzzüge (ab 11. Jahrhundert). Noch einmal gingen von Venedig und Genua im 13. und 14. Jahrhundert großartige Versuche zur Beherrschung des Mittelmeeres aus. Dann kam die Entdeckung Amerikas (1492). Von diesem Augenblick an verlagerte sich das Schwergewicht der Alten Welt nach der westlichen Peripherie: Spanien, Holland und England wurden zu Großmächten, Italien löste sich in Kleinstaaterei auf, das Mittelmeer sank für Jahrhunderte zu einem Nebenmeer herab. Erst allmählich und zunächst seitens Englands wurde der Wert dieses Meeres als Durchgangsgebiet für einen kombinierten See- und Landweg nach Indien erfaßt. England sicherte sich daher 1704 im Spanischen Erbfolgekrieg den westlichen Eingang, d. h. Gibraltar. Ein letzter universaler Versuch zur Erfassung der Mittelmeerländer ging von Napoleon I. aus, er wollte das römische Kaiserreich des Altertums wieder erstehen lassen. Napoleon, der Sohn der Insel Korsika,

dachte und strebte mittelmeerisch. Aber je mehr er zum Franzosen wurde, um so mehr legte er sich kontinental fest und scheiterte hieran. Das 19. Jahrhundert stand im Zeichen der Nationalitätenstaaten, wodurch gerade in den Mittelmeerländern starke Bewegungen ausgelöst wurden. Im östlichen Mittelmeer führten der Balkan und der Orient immer neue Verwicklungen herbei, hinter denen als Haupttriebkraft Rußlands Drang zum Meer stand. Im übrigen vollzog sich der Erwerb von Stützpunkten durch die unmittelbar interessierten Mächte, insbesondere durch England, welches die Seestraße nach Indien zu verteidigen hatte: Malta, Suez, Cypern wurden 1814, 1875, 1878 englisch. Frankreich setzte sich in Tunis, Marokko und Algier fest. Italien aber blieb noch abseits, weil es erst 1870 zu voller innerer Einigung gelangte. Als Frankreich 1881 Tunis, die „Verlängerung von Sizilien" sich einverleibt hatte, waren für die italienische Außenpolitik die Voraussetzungen zur Teilnahme am Dreibund mit dem Deutschen Reich und Österreich gegeben (1882). Dies geschah allerdings nicht aus einem inneren Trieb, sondern aus dem Bewußtsein der Vereinsamung heraus. Durch die Tatsache aber eröffnete sich die Aussicht für Italien, ein Kolonialprogramm in Angriff zu nehmen. Die Durchführung dieses Programms erbrachte in der Folgezeit die Kolonien Eritrea an der Südwestküste des Roten Meeres, Somaliland zwischen Britisch-Somaliland, dem Golf von Aden, dem Indischen Ozean und Abessinien, und das nordafrikanische Küstenland Lybien und Cyrenaica. Eine tatsächlich stichhaltige Begründung für dieses

reine Kolonialprogramm war insofern kaum gegeben, als Eritrea lediglich politisch-strategischen Wert hat und Somaliland wegen seines zu tropischen Klimas wenig siedlungsfähig ist; nur Lybien kann als entwicklungsfähig bezeichnet werden. Schließlich wurden die Insel Rhodos und die umliegenden Dodekanes-Inseln



Karte 9: Italien im Mittelmeer.

im Ägäischen Meer kurz vor dem Weltkrieg annektiert. Die italienische Kolonialpolitik hatte nicht sehr viele wertvolle Erfolge gezeitigt, auch nicht nach dem großen Krieg. Deshalb richtete sich in den Nachkriegsjahren die Stoßkraft der faschistischen Außenpolitik zunächst gegen die Stellen des geringsten Widerstandes, nämlich hinüber über die Adria (Albanien, „mare nostro-Programm") und nach dem Balkan, ein bezeichnender geopolitischer Drang nach einem „sichtbaren Gegenüber". Erst heute richtet sie

sich vornehmlich wieder nach Afrika (Karte 9). Was wir erkennen, ist eine häufig vorgenommene Schwerpunktverlagerung der Außenpolitik, die zudem einer natürlichen Begründung oft entbehrt hat. Die manchmal unorganische Überspannung seiner außenpolitischen Kräfte ist für Italien ebenso charakteristisch, wie es bei seiner Entstehung als Großmacht das Streben war, Selbständigkeit, Einheit und Selbstverwaltung auf einmal zu erreichen, ohne die Reifezeit abzuwarten. Immerhin ist die Überspannung aus zwei inneren Gegebenheiten heraus begreiflich: aus dem nationalen Temperament und aus dem wirtschaftlichen Gefüge des italienischen Volkes. Der Italiener hat ein anderes Temperament als der Engländer, obwohl er ebenso wie dieser dank der Natur seines Landes im Grunde auf den Handel angewiesen ist. Aber er denkt nicht wie dieser zuerst kaufmännisch, sondern politisch und militärisch. Der Faschist möchte, aus den Erfahrungen der italienischen Auswanderungsepoche belehrt (im Jahr 1913 z. B. hat eine volle dreiviertel Million Italiener den Heimatboden verlassen!), seine Söhne außerhalb des Mutterlandes nur ansiedeln, wenn die nationale Fahne über der neuen Heimat weht. Wirtschaftlich gesehen ist Italien ein rohstoff- und zugleich kapitalarmes Land. Der Faschismus hat die Arbeitslosigkeit durch Innenkolonisation und Arbeitsbeschaffung mit Erfolg bekämpft. Der Preis, den er dafür bezahlt hat, ist im Ausweis über seine Staatsschuld zu lesen. Die hohe innere Verschuldung und die ungünstige Gestaltung des Außenhandels in den letzten Jahren hat die Finanzlage des Landes derart angespannt, daß

an privatwirtschaftliche Ausdehnung wenig gedacht werden kann. Würde eine italienische Wirtschaftsgruppe irgendwo eine Konzession im Ausland erwerben, dann müßte sie wohl nach dem reichen Westen gehen, um vorweg die nötige Kapitalgrundlage zu schaffen. Italienische Gruppen haben aber eben wegen der schwierigen Finanzlage ihres Landes derzeit keinen bedeutenden Auslandskredit. Wer keinen Kredit hat, findet für sein Unternehmen, vorausgesetzt, daß es gut ist, nur dann Kapital, wenn er Beteiligungen abgibt. Bei Neugründungen werden große Kapitalien zudem meist nur investiert, wenn die Geldgeber dafür auch die Majorität in die Hand bekommen. Hier liegt der Trugschluß bei privatwirtschaftlicher Ausdehnung kapitalarmer Völker. Auch wenn sie die Pionierarbeit leisten, geht ihnen der Besitz später nicht selten wieder verloren. Die privatwirtschaftlich-kapitalistische Methode, wie sie insbesondere das reiche England im 19. Jahrhundert betrieben hat, versagt somit bei der Ausdehnungspolitik kapitalarmer Nationen. Nun kann man zwar mittels scharfer Disziplin, also durch Militarisierung des Wirtschafts- und Arbeitsprozesses unter weitgehendem Verzicht auf Kapital aus den beiden andern Elementen der Wirtschaft, nämlich aus Rohstoffen und aus Arbeit, eine Großwirtschaft aufbauen. Bei der italienischen Expansionspolitik kommt es aber außer dem Erwerb von Rohstoffquellen vor allem auf die Ansiedlung des Geburtenüberschusses des Mutterlandes an. Dieser bevölkerungspolitische Gesichtspunkt hat z. B. in der englischen Ausdehnungspolitik fast gänzlich gefehlt; heute hat England,

wie vorne schon dargestellt, nicht einmal genug Engländer, um seine Reichsteile zu besiedeln. England hat fast unbegrenzte Räume zur Verfügung und besitzt außerdem überall in der Welt eine derart ausgebreitete Privatwirtschaft, daß es ohne Rücksicht auf die Flagge der Länder immer wieder Menschen in den eigenen Unternehmungen unterbringen kann. Seine Einkünfte aus Kolonien und Privatbesitz im Ausland erlauben ihm überdies, die Volksgenossen, welche vom Mutterland nicht weggehen wollen, auf dem Weg über hohe Arbeitslosenunterstützungen zu ernähren, ohne daß dadurch das volkswirtschaftliche Gleichgewicht gestört würde. Italien jedoch besitzt nicht einen einzigen dieser Vorteile. Für dessen Ausdehnungswünsche führt die amtliche Politik Hand in Hand mit der faschistischen Staatslehre drei Gründe an. Einmal weist sie darauf hin, daß es außerhalb des italienischen Staatsgebietes Millionen von Italienern gebe, die fest geschlossen in Räumen siedeln, welche unter der Herrschaft des Imperium Romanum gestanden haben: in Europa Dalmatien und Korsika, in Afrika Tunis und auch Ägypten. Zum zweiten beruft sie sich auf den Bevölkerungsüberschuß des Landes, der zum Erwerb neuer Siedlungsgebiete dränge. Mit deutlicher Spitze gegen Frankreich hat das außenpolitische Schrifttum des Faschismus bis in die neueste Zeit herein auf die Unmöglichkeit und Ungerechtigkeit einer Weltordnung hingewiesen, in welcher Nationen, die kaum mehr imstande seien, sich zu vermehren, riesige Räume besitzen, indes andere, völkisch im Aufstieg begriffene Nationen in der Enge ihres Raumes an Übervölkerung ersticken. Die

dritte, mit dieser eng zusammenhängende Begründung findet die faschistische Außenpolitik in der bereits erwähnten Rohstoffrage.

Diese drei Gründe hat Mussolini in seine Rede anläßlich des Generalappells nach Ausbruch des Krieges mit Abessinien verwoben. Sie soll ihrer dokumentarischen Bedeutung wegen hier wiedergegeben werden:

„Schwarzhemden der Revolution, Männer und Frauen ganz Italiens, Italiener, die Ihr in der Welt jenseits der Berge und jenseits der Meere lebt, hört zu: Eine feierliche Stunde in der Geschichte des Vaterlandes bricht an. Zwanzig Millionen Menschen versammeln sich in diesem Augenblick auf allen Plätzen Italiens. Niemals sah man in der Geschichte des Menschengeschlechts ein gewaltigeres Schauspiel. Zwanzig Millionen, ein Herz, ein einziger entschlossener Wille! Diese Kundgebung will besagen, daß Italien und der Faschismus ein und dasselbe sind und bleiben werden. Nur Köpfe, die kindischen Einbildungen nachgehen oder in schlimmster Unkenntnis dahinleben, können das Gegenteil glauben. Sie wissen nicht, was das faschistische Italien von 1935 ist. Seit vielen Wochen läuft das Rad der Geschichte unter dem Antrieb unseres ruhigen und festen Entschlusses auf das Ziel zu. In diesen letzten Stunden ist das Tempo noch rascher und geradezu unaufhaltbar geworden. Es ist nicht nur ein Heer, das seinen Zielen entgegenmarschiert, es sind 44 Millionen Italiener, die geschlossen und gemeinsam mit diesem Heere marschieren, während man versucht, gegen sie die schwärzeste Ungerechtigkeit zu begehen, und uns den Platz an der Sonne zu nehmen. Als

im Jahr 1915 Italien sein Schicksal mit dem der Alliierten verband, wieviel Schreie der Bewunderung, wieviel Versprechungen! Als man jedoch nach dem gemeinsamen Sieg, zu dem Italien mit 670 000 Toten, einer Million Verwundeten und 400 000 Kriegsverstümmelten beigetragen hat, am Verhandlungstisch eines erbärmlichen Friedens zusammenkam, da fielen für Italien nur die Brosamen einer großen, von anderen Staaten stammenden Kolonialbeute ab. 13 Jahre lang haben wir geduldig gewartet, während um uns herum ein immer stärkerer Ring geschlossen wurde, mit dem man unsere überquellende Lebenskraft ersticken will. Mit Abessinien haben wir 40 Jahre lang ruhig gewartet. Jetzt ist's genug! Anstatt das gerechte Recht Italiens anzuerkennen, wagt man im Völkerbund, von Sanktionen zu sprechen. Bis zum Beweis des Gegenteils weigere ich mich zu glauben, daß das französische Volk sich Sanktionen gegen Italien anschließen könne. Die 6000 Italiener, die beim Sturmangriff bei Bligny den Heldentod starben und sogar vom Feind bewundert wurden, würden sich im Grabe dagegen aufbäumen. Bis zum Beweis des Gegenteils weigere ich mich auch zu glauben, daß das englische Volk sein Blut vergießen und Europa auf den Weg der Katastrophe bringen wolle, um ein afrikanisches Land zu verteidigen, das allgemein als barbarisch und der Gemeinschaft der zivilisierten Völker unwürdig gebrandmarkt wird. Trotzdem dürfen wir aber nicht so tun, als ob wir die Möglichkeiten in der nahen Zukunft nicht sähen. Auf Sanktionen wirtschaftlichen Charakters werden wir mit Disziplin, Gleichmut und Opferbereitschaft antworten.

Auf Sanktionen militärischen Charakters antworten wir mit militärischen Maßnahmen, auf Kriegshandlungen mit Kriegshandlungen. Niemand täusche sich darüber, uns klein zu kriegen, denn er wird einen harten Kampf bestehen müssen. Ein Volk, das eifersüchtig ist auf seine Ehre und seinen Namen, kann und wird niemals eine andere Haltung einnehmen. Aber noch einmal sei es in der kategorischsten Weise und als eine heilige Verpflichtung wiederholt, die ich an diesem Abend vor allen Italienern übernehme: wir werden alles Mögliche tun, um zu vermeiden, daß der koloniale Konflikt den Charakter und die Bedeutung eines europäischen Konfliktes einnimmt, wie das mit Lachen jene hoffen, die für den Untergang ihrer Zeiten Rache nehmen möchten. Wir gehören nicht zu ihnen. Noch nie hat das italienische Volk die Stärke seines Geistes und seines Charakters so bekundet wie in dieser geschichtlichen Epoche. Gegen dieses Volk, dem die Menschheit ihre größten Leistungen verdankt, gegen dieses Volk von Dichtern, Künstlern, Gelehrten und Seefahrern wagt man von Sanktionen zu sprechen. Darum Marsch!"

Daß eine italienische Vormacht im Mittelmeer heute nicht die gleichen Formen haben könnte wie vor zweitausend Jahren, ist klar; denn heute handelt es sich nicht um die Besetzung von Küstengebieten, sondern um die Beherrschung der *Verkehrslinien*. Eine solche ist freilich nicht leicht zu erringen, weil das Mittelmeer nicht mehr *einen* unumschränkten Herrn hat wie zur Zeit des römischen Weltreichs. Jetzt sind England und Frankreich vor Italien die Mächte, welche im Mittelmeer ein

Wort in die Waagschale zu werfen haben. Deshalb scheiterten auch bisher die Versuche der italienischen Außenpolitik, im Mittelmeer verstärkten Einfluß zu gewinnen. Der Handstreich auf Korfu (1923) hatte keinen Erfolg; weder zur Türkei, noch zu Griechenland und Bulgarien konnte Italien ein Verhältnis finden, das außenpolitisch wirklich wertvoll gewesen wäre. Allein in Albanien sowie in Ungarn und Österreich war ihm eine gewisse Chance gegeben. Aber das ist nicht ausreichend, um eine tonangebende Rolle im Mittelmeer zu spielen. Die politische Verständigung mit Frankreich schien Italien eine Möglichkeit zu bieten, seinen Einfluß zu vergrößern. Der Franzose Albert Mousset hat in seinem lesenswerten Buch „Paradoxes sur le passé, le présent et l'avenir de l'Europe" das Wort geprägt: „Den französisch-italienischen Beziehungen wird die psychologische Grundlage fehlen, solange man nicht weiß, ob während des großen Krieges Frankreich Italien oder Italien Frankreich gerettet hat". Ist die psychologische Basis für ein dauerndes Bündnis heute vorhanden? Man könnte daran zweifeln, wie man die ganze Nachkriegszeit über daran zweifeln mußte, wenn sich nicht eine Gewichtsverschiebung zwischen Rom und Paris vollzogen hätte. Es ist bekannt, daß bei den französisch-italienischen Verhandlungen früher immer die Franzosen die Gebenden und die Italiener die Fordernden waren. Gleichgültig ob es sich um die Kolonialfrage in Afrika, ob es sich um die Flottenfrage oder um den Einfluß beider Staaten in Südosteuropa und Österreich handelte; nie hatte Italien für seine Wünsche etwas Gleichwertiges

zu bieten. Die tatsächliche Machtlage sprach immer zugunsten Frankreichs, das über das größere Heer, die größere Flotte, den größeren Kolonialbesitz und — die weitaus größeren Kapitalien verfügte. Nun hat sich die sachliche und psychologische Grundlage zugunsten Italiens verschoben. Die Franzosen haben die neue Reichsidee in Deutschland mit Mißtrauen, ja fast mit Entsetzen wachsen sehen, aber sie hatten ihr nichts entgegenzusetzen, es sei denn Gewalt oder — was fast dasselbe ist — den Begriff der „geheiligten Friedensverträge". Die Erfahrung mit Polen hat die Franzosen belehrt, daß weder die Gewalt noch die geheiligten Verträge ausreichen, um jungen durchschlagenden Ideen Widerstand entgegensetzen zu können. So entstand die außenpolitisch paradoxe Lage, daß die Franzosen derzeit beinahe auf das faschistische Imperium Romanum hoffen, dessen Werden sie befürchten und vor dessen Entwicklungsmöglichkeiten sie zurückscheuen. England muß jedenfalls in der italienischen Afrika-Politik den Versuch erblicken, nicht nur den Weg nach Indien zu bedrohen, sondern den Grund zu legen zu einer Restauration des alten römischen Reiches im Mittelmeer. Deshalb mußte England ebenso eingreifen wie 1798, als Napoleon I. Ägypten bedrohte. Wenn es nicht so viele Machtmittel aufwendete wie damals, so rührt das nur davon her, daß die Machtverhältnisse viel ungleicher, d. h. für England günstiger sind als vor 138 Jahren. Italien kann bei seinem Bestreben, wieder eine beherrschende Rolle im Mittelmeer zu spielen, vorerst eigentlich nur auf zwei Bundesgenossen rechnen. Erstens auf die Zeit, welcher das englische Weltreich

so wenig wird standhalten können wie ein anderes vor ihm; nur wird eben dann immer noch die Frage bleiben, ob gerade Italien der Nachfolger werden wird. Zweitens auf die Umwälzung, welche die Luftwaffe in der Technik der Kriegführung hervorrufen kann. Es ist daher kein Zufall, daß Italien einen so großen Wert auf die Flugwaffe legt. Die Hauptstützpunkte Großbritanniens im Mittelmeer sind Gibraltar, Malta, Port Said und Suez. Von Gibraltar und Suez prägte Mussolini einmal das Wort der „hinterhältigen Meerengen". Tatsächlich sieht Italien die beiden Ausgänge zu den freien Weltmeeren (Atlantischer und Indischer Ozean) in fremdem Besitz und ist daher in gewissen Fällen Gefangener eines Binnenmeeres. Aber wie ein Riegel schiebt sich das langgestreckte Land mit den Inseln Sizilien und Sardinien zwischen das östliche und westliche Mittelmeer. Zum seestrategischen Angelpunkt wird die sizilische Enge, jene schmale Stelle von nur 50 Seemeilen Breite, die sich von der Südwestecke Siziliens nach der Nordost-Nase von Tripolis hinüberzieht. Ein Blick auf die Karte genügt, um zu erkennen, daß diese enge Stelle sich der wichtigsten Verkehrslinie von Gibraltar über Malta nach Suez (und weiter nach Indien) quer in den Weg stellt. Eine völlige Beherrschung dieser Querstellung zur See und in der Luft würde den Handel und Verkehr nach dem „Tor des Ostens" lahmlegen und das Gewicht Gibraltars und Maltas wieder auswiegen.

Hat auch die Wiederaufrichtung eines modernen Imperium Romanum gewisse begründete Interessen für sich, so ist diese Idee ebenso von den weltanschaulichen

Triebkräften des Faschismus untermauert. Der italienische Nationalismus (Nazionalismo) nahm mit seinem ersten Kongreß in Florenz (1910) greifbare Form an, aber seine Strömungen lassen sich im italienischen Leben sehr viel weiter zurückverfolgen. Auch nachdem er in Florenz die Gestalt einer Vereinigung gefunden hatte, wurde er doch noch mit jenem Kraut im Märchen verglichen, von dem jeder behauptet, seinen Geruch zu spüren, aber niemand sagen kann, wo es eigentlich wachse. Dieser Vergleich jedoch kennzeichnete schon die Stärke der nationalistischen Bewegung: niemand, der in den Lebensformen der damaligen italienischen Parteidemokratie lebte, konnte die Gestalt der Bewegung sehen; ihr Dasein ward nur in einer nicht näher bestimmbaren Weise, eben wie ein Geruch wahrgenommen. Trotzdem drang dieser bis in die festesten Gebäude des alten Systems in Italien und beunruhigte deren Vertreter. In dieser Hinsicht ist die nationalistisch-faschistische Bewegung schon lange vor 1910 feststellbar: als ihr Anknüpfungspunkt muß die italienische Niederlage von Adua in Abessinien (1896) bezeichnet werden. Diese Niederlage erbrachte zunächst das Ende der italienischen Ausdehnungspolitik, die Ströme, die sie trugen, eben die nationalistischen, mußten bis auf weiteres unterirdisch fortleben. Der italienische Nationalismus war immer eine Bewegung der Jugend. Die herrschenden politischen Mächte waren vorwiegend durch alte Menschen repräsentiet. Die neuen Fronten, die sich mit dem Nationalismus zuerst im politischen Leben Italiens abzeichneten, beruhten weitgehend auf dem Gegensatz

der Generationen. Die Jugend bemächtigte sich der Vorstellung einer starken, einheitlichen Nation; die machtpolitische Strömung der Welt und die von den Vätern ererbte Vaterlands- und Freiheitsliebe verschmolzen in ihr. Der Blick und die Aktivität richteten sich nach außen bis zu ihrem höchsten Grad, dem Krieg. Die Bejahung des Krieges folgte aus der Vorstellung, daß er das härtende, die Nation zusammenschweißende „Stahlbad" sei. Aus solchen Vorläufern erstand der Faschismus. In ihm hat die Außenpolitik, in der die im Staat zusammengeschlossene Nation als Einheit erscheint, den Vorrang. Deshalb wird auch gar nicht geleugnet, daß die faschistische Idee und die auf ihr aufgebaute Außenpolitik zu einem Imperialismus führen mußten. Auf Grund der Nationsvorstellung in der faschistischen Weltbetrachtung muß der Staat Wünsche anmelden, die über die Grenzen des eigenen Landes hinausgehen. Zur Begründung solcher Wünsche greift der Faschismus auf die Geschichte des alten Rom zurück, weshalb es nötig war, diese Geschichte kurz darzustellen. Deshalb ist aber der italienische Faschismus, in dem der Staat im Vordergrund steht, *nicht* ein bloßes Gewaltregiment, nicht eine Organisation nackten Machtstrebens, nicht eine gemeinschaftsgelöste Zwangsherrschaft, sondern eine sinnvolle Ordnung, wenn er auch nichts mit der nationalsozialistischen Idee der Volksgemeinschaft zu tun und überhaupt grundverschieden vom Nationalsozialismus ist. Mit einem Wort: der Nationalsozialismus ist eine völkische, der Faschismus eine politisch-staatliche Bewegung. Man darf ihn nicht nach unseren Maßstäben, man muß ihn vielmehr nach seinen eigenen Voraussetzungen beurteilen. Nach der Kraft nämlich, die ihn trägt. Es ist die Idee des

Imperium Romanum, wenngleich dieser Gedanke angesichts der Wandlungen der italienischen Bevölkerung im Verlauf von fast zweitausend Jahren im tiefsten Grunde genommen eine idealistische Geste bleibt.

Nicht nur die Benachteiligung Italiens durch die Alliierten nach dem Weltkriege (trotz des Londoner Paktes von 1915 mit Gebietszusicherungen in Europa, Kleinasien und Afrika), nicht nur die Übervölkerung des Landes, sondern auch die geistige Grundlage der faschistischen Politik führen zu deren expansiver Note, die wir in jüngster Zeit deutlich wahrnehmen. Diese expansive Note kann natürlich kein Wiedererstehen des alten Rom im wörtlichen Sinn bringen, sondern nur Machtgeltung schlechthin. Denn eine Gebietserweiterung, wie sie dem Rom des Altertums möglich war, ist heute undenkbar. Der Kern des Imperiumsgedankens liegt mehr in kraftvoller als in nur raumgreifender Kolonisierung, er liegt in dem Willen, den italienischen Außenhandel von fremden Märkten mehr und mehr unabhängig zu machen.

USA

Die USA gehören zu den jüngsten Großmächten der Welt. Sie waren bis zur Erzwingung ihrer Unabhängigkeit (1776) ein koloniales Anhängsel Englands und führten noch bis 1783 Krieg gegen das Mutterland. Von da an, also erst seit anderthalb Jahrhunderten datiert ihre selbständige politische Geschichte. Die Union ist zunächst eine *Festlandsmacht*: ihre 48 Gliedstaaten umfassen eine zusammenhängende Fläche, die 16 mal größer als die des Deutschen Reiches ist, ihre Bevölkerungsziffer übertrifft die reichsdeutsche um das

Doppelte. Zudem haben die Staaten, das reichste Land der Erde, den größten Eigenbesitz an Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Kraftquellen, der sie im Ernstfall autark, d. h. von der Außenwelt unabhängig macht. Sie weisen einen Staatsraum auf, der nach der ausgesprochenen Festlandsmacht Rußland der größte geschlossene in der Welt ist mit massigen Landgrenzen im Norden und im Süden (Kanada und Mexiko). Diese Landgrenzen sind zwar fast ganz offen, also geopolitisch gesehen ungünstig. Aber dank der politisch-wirtschaftlichen Machtstellung der Union liegt diese Ungunst nicht auf ihrer Seite, sondern eben auf derjenigen Kanadas und Mexikos. Gleichzeitig aber sind die USA auch S e e m a c h t. Freilich kann die Maritimität ihrer Lage keinen Vergleich aushalten mit den typischen Seemächten England und Japan, dazu sind ihre Küsten zu wenig gegliedert. Dennoch kommt den nordamerikanischen Küsten ein weitaus höherer geopolitischer Wert zu als etwa den russischen, denn sie geben der Union die unmittelbare Anrainerschaft an warmen Meeren, d. h. am Atlantischen und Großen (Stillen) Ozean. Hierin liegt ein zweifacher unüberschätzbarer Vorteil: erstens ein außenpolitischer und zweitens ein wirtschaftlicher. Die Lage zwischen zwei Ozeanen entlastet die Vereinigten Staaten in doppelter Hinsicht von außenpolitischem Druck. Denn sie haben keine Landmächte von machtpolitischer Bedeutung um sich und sind somit frei von den äußeren Schwierigkeiten, wie sie z. B. für die mitteleuropäischen Staaten gelten. Sie haben auch keine Seemächte um sich, denn eine Flotte aus Europa oder aus Japan müßte ihren

Angriff erst aus weiter Ferne herantragen. Der wirtschaftliche Vorteil ruht darauf, daß die Anrainerschaft zu den beiden Ozeanen für USA den Handels- und Schiffahrtsverkehr nach der ganzen Welt erschließt. Daß die Staaten diese günstigen Umstände, also ihre unangreifbare geographische Grundlage immer erkannt haben, beweist die Tatsache, daß sie bis zum Weltkrieg weder die allgemeine Wehrpflicht kannten noch eine Kriegsflotte besaßen, welche die russische viel übertroffen hätte.

Immerhin hat sich die Union erst in neuerer Zeit zur Seemacht entwickelt. Denn bis vor wenigen Jahrzehnten hatten die Amerikaner mit der wirtschaftlichen Erschließung und kulturellen Durchdringung ihres eigenen Raumes und Bodens (besonders des sog. „Westens") vollauf zu tun. Das räumliche Wachstum der festländischen Union war ja überhaupt erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts fertig. Zwar war der Schutz des amerikanischen Handels, Lebens und Eigentums seit Beginn der Geschichte der Nation einer der Grundpfeiler ihrer Außenpolitik (schon 1815 nahm der amerikanische Kongreß ein entsprechendes Gesetz an). Dennoch konnte man bis gegen Ende des vorigen Jahrhunderts dem zustimmen, was James Bryce, Zeitgenosse König Eduards VII. und britischer Botschafter in Washington, unstreitig einer der besten Kenner der politischen Verhältnisse in USA, in seinem Werk „Das amerikanische Gemeinwesen" schrieb: „Eine auswärtige Politik der Vereinigten Staaten existiert nicht". Bryce wollte damit feststellen, daß außenpolitische Ziele und außenpolitischer Ehrgeiz zu damaliger

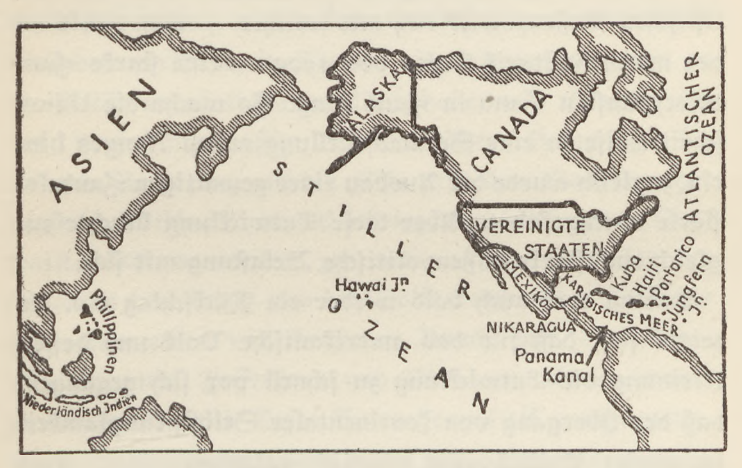
Zeit in Washington nicht vorhanden waren, daß die Staatenregierung und ihr Volk sich bewußt auf die Innenpolitik, auf die wirtschaftliche Ausnutzung ihres eigenen großen und unerschöpflich reichen Landes beschränkten. Diese außenpolitische Zurückhaltung fußte auf der Botschaft des Präsidenten James Monroe im Jahr 1823, worin die USA den europäischen Mächten untersagten, sich in die Angelegenheiten des amerikanischen Kontinents einzumischen, sich selbst aber auch völlige Enthaltsamkeit in europäischen Angelegenheiten auferlegten. Der erste und der dritte Präsident der Union, George Washington (1789/97) und Thomas Jefferson (1801/09) hatten bereits eine solche Neutralitätspolitik eingeleitet. Als Washington von der französischen Revolutionsregierung auf Grund eines früheren Bündnisvertrages (1778) um Hilfe ersucht wurde, ermahnte er die amerikanischen Bürger, sich neutral zu verhalten. Im Jahr 1794 verkündete der USA-Kongreß sein erstes Neutralitätsgesetz, welches amerikanischen Bürgern verbot, in fremden Heeren zu dienen. „So wenig politische Beziehungen wie möglich" mit fremden Staaten, dies verlangte Präsident Washington. Präsident Jefferson forderte in seiner ersten Botschaft „Frieden, Handel und ehrliche Freundschaft mit allen Nationen, aber mit keiner verwickelnde Bündnisse". Seit Jefferson ist der Ausdruck „verwickelnde Bündnisse" immer wieder aufgetaucht, wenn es um die auswärtigen Beziehungen der Union ging. Im Jahre 1919 gelang es der republikanischen Opposition, mit diesem Schlachtruf den Präsidenten Wilson und die Demokratische Partei zu schla-

gen und die Anerkennung des Versailler Friedensvertrags zu verhindern. Jeder Präsident, der den für die Außenpolitik zuständigen amerikanischen Senat für die Unterzeichnung eines auswärtigen Vertrages gewinnen wollte, hielt es für nötig, mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die Isolierung voll gewahrt bleibe. Präsident Harding z. B. brachte diese ganze Besorgnis vor den Senatoren als den Wächtern der alten Tradition zum Ausdruck, wenn er bei Überreichung der Flottenabmachungen des Jahres 1922 erklärte: „Ich kann Ihnen jegliche Versicherung geben, daß nichts in diesen Verträgen die Vereinigten Staaten zu irgendeinem Bündnis, einer Verwicklung oder Bindung verpflichtet". Ums Jahr 1900 hatte sich die Lage des „Landes ohne Außenpolitik" gewandelt. Den Anlaß dazu gab der spanisch-amerikanische Krieg (1898). In Havanna flog nämlich am 15. Februar des eben genannten Jahres das amerikanische Panzerschiff „Maine" in die Luft, und in USA ließ man sich die Meinung nicht nehmen, daß diese Explosion durch die Spanier verursacht worden sei. Die aus Spanien herübergekommene Flotte hatte wenig Gefechtswert, weshalb die amerikanischen Truppen leicht in Kuba landen konnten. Ein Teil der spanischen Flotte lief auf Strand, der andere Teil wurde zusammengeschossen. Im Frieden von Paris (Dezember 1898) willigte Spanien in die Unabhängigkeit Kubas, in die Abtretung Portoricos, in den Verkauf der Philippinen, in den Verzicht auf Guam, der wichtigsten unter den Marianen-Inseln. Diese Gebiete wurden in kurzer Zeit Schutzstaaten der Union. Besonders die Erwerbung der Philip-

pinen machte USA zur Kolonialmacht, die Schutzherrschaft über Kuba war strategisch viel wert, und die gleichfalls 1898 vorgenommene Besetzung der Hawai-Inseln im Stillen Ozean war für die Seegeltung Nordamerikas überaus wichtig. Mit einem Schlag war aus dem selbstgenügsamen Staatswesen eine Macht mit starker außenpolitischer Aktivität geworden. Von da an setzte der Ausbau der amerikanischen Kriegsflotte ein. Die Folge waren die Pachtung der kurzen Seeverbindung zwischen Heimatküste und Außenbesitzungen im Atlantischen und Stillen Ozean, d. h. der Panama-Kanalzone (1903), die Errichtung einer weiteren Schutzherrschaft über den Dominikanischen Staat (1907), die Einflußnahme auf Nikaragua, welches späterhin sogar dem Bau eines zweiten meerverbindenden Kanals durch sein Gebiet hindurch zustimmen mußte (1914), diejenige auf Haiti (1915) und der Kauf der dänischen Jungferninseln (1915). Im damaligen „Run" der europäischen Mächte um Kolonien sind also auch die USA nicht müßig geblieben, sondern haben fremde Gebiete erobert, gekauft und annektiert (Karte 10).

Der erste überzeugte Vertreter dieses neuen außenpolitischen Kurses war Präsident Theodore Roosevelt (1901/09). Im russisch-japanischen Krieg (1904/05) riß er die Vermittlerrolle an sich und erzwang den Frieden von Portsmouth; in Mittel- und Südamerika sicherte er für die Union das Recht jederzeitiger Einmischung in alle inneren Angelegenheiten durch eine neue, aggressive Auslegung der Monroedoktrin. Er verstand es, das politische Ansehen der Vereinigten

Staaten und damit deren Weltstellung zur Geltung zu bringen, so daß die europäischen Mächte geradezu um seine Gunst warben. Die fortschreitende Ausnutzung der wirtschaftlichen Möglichkeiten im eigenen Land drängte zu immer regeren Handelsbeziehungen mit dem Ausland, somit zum Blick über See und zu außenpolitischem Handeln. Obendrein wuchs mit der gewaltig zu-



Karte 10: USA und ihre Einflußgebiete.

nehmenden Einwanderung in USA die Zahl der über das Meer Gekommenen bis zu 30% der Gesamtbevölkerung und lenkte die Gedanken der Amerikaner nach den europäischen Heimatländern der Einwanderer. Dies nicht nur im Sinn von Wirtschaft und Verkehr, sondern auch auf dem Gebiet der hohen Politik: die Union begann sich in außeramerikanische Angelegenheiten einzumischen. Roosevelts Nachfolger, der Präsident William H. Taft (1909/13) setzte die gleiche außenpolitische Richtung fort, besonders trat er für die Erhaltung der

Unabhängigkeit Chinas von Japan und gewissen europäischen Mächten ein. Weil auf Spitzbergen durch die amerikanische Arctic Coal Company Kohlen gefördert wurden, sprach Taft im Januar 1910 die Annexion dieser „herrenlosen", tatsächlich jedoch zu Norwegen gehörenden Insel aus. Der Präsident schaltete, so oft und wo immer möglich, den großen Gang zu einer imperialistischen Außenpolitik ein, mit welcher — man denke an den neuen Zolltarif Tafts von 1909 — eine starke Handelsexpansion Hand in Hand ging. So wuchs die Union schrittweise in eine Seemachtstellung ersten Ranges hinein, zugleich wurde der Ausbau einer gewaltigen Handelsflotte durchgeführt. Aber diese Entwicklung brachte zugleich eine starke außenpolitische Belastung mit sich.

Darum trat auch bald wieder ein Rückschlag ein. Es zeigte sich, daß für das amerikanische Volk und dessen Meinung die Entwicklung zu schnell vor sich gegangen, daß der Übergang von kontinentaler Selbstgenügsamkeit zu großer Politik allzu plötzlich gekommen war. Das Volk meinte, daß die Zeiten ohne auswärtige Politik viel bequemer und billiger gewesen seien, es sah seine demokratischen Einrichtungen durch einen ausgreifenden Imperialismus bedroht, es sehnte sich zurück zu der Weisheit seiner Präsidenten Washington und Jefferson, wonach die Union sich jeder Verwicklung in außeramerikanische Vorgänge enthalten sollte. Als 1912 der Demokrat Thomas Woodrow Wilson Präsident geworden war, konnte er es daher mit Unterstützung der öffentlichen Meinung wagen, eine schroffe Abkehr von der Politik Roosevelts und Tafts einzuleiten. Die China-

politik wurde aufgegeben, der Plan, die Philippinen freizugeben, gefaßt und zunächst auch die Rooseveltsche Ausweitung der Monroedoktrin verworfen. Die Ausgaben für die Flotte wurden stark herabgesetzt und es schien, daß die Politik der freiwilligen Isolierung sich wieder durchsetzen werde. Indes schon 1913 wurde offensichtlich, daß Wilson nicht der Mann war, eine politische Linie folgerichtig einzuhalten. Er ließ sich aus einseitigen Gründen verleiten, in Mexiko einzugreifen, um dort an die Stelle revolutionärer Machthaber mit Gewalt eine auf verfassungsmäßig demokratischer Grundlage beruhende Regierung auf die Füße zu stellen. Noch weniger verstand Wilson es im Weltkrieg, den Leitsatz der Neutralität Nordamerikas zu wahren. Der Eintritt der Union in den Krieg und die Völkerbunds-Idee Wilsons bedeuteten einen viel krasseren Bruch mit der Lehre Washingtons, Jeffersons und Monroes, als er jemals in Roosevelts und Tafts Interessenpolitik zutage getreten war. Im übrigen steht heute fest, daß das Bankhaus J. P. Morgan & Co., die vereinsstaatliche Hochfinanz und die ihr hörigen Waffenfabrikanten es waren, die Washington in den Weltkrieg hineingetrieben haben. Die Kapitalkraft der Banken war damals, im Jahr 1917, durch die gewaltigen Kreditgewährungen an die Alliierten reichlich erschöpft; Englands Kredit war um jene Zeit z. B. schon um etwa 1,7 Milliarden Mark überzogen. In den Augen der Geldmagnaten blieb nur ein Ausweg: den amerikanischen Staat an den ungeheuren Lasten zu beteiligen. Wie ein Geschenk des Himmels kam da die deutsche Note vom 31. Januar 1917, die den uneinge-

schränkten U-Boot-Krieg verkündete. Sie wurde der Welt als Vorwand für den Eintritt der Union in den Krieg hingeworfen; die Staaten, hieß es, könnten nicht länger untätig zusehen, sie müßten mit gegen die deutsche Barbarei für die „Humanität und die Demokratie" kämpfen. Tatsächlich waren es der Druck materieller Bindungen und nackte Privatinteressen, die das amerikanische Volk auf die Schlachtfelder jagten. Jede andere Erklärung ist ein Roman. Wilson, der Hochgradmaurer, hatte es innerlich nicht schwer, vor den Finanzpalästen der Wall Street zu kapitulieren. Hätte der Senat der Union die Unterzeichnung des Versailler Vertrages und des Völkerbundspaktes durch Wilson gutgeheißen, so wären die Vereinigten Staaten für die Zukunft vollends hoffnungslos in alle europäischen, überhaupt in alle Streitfragen der Welt verstrickt worden. Aber die Erfahrungen des großen Krieges selbst und die Enttäuschung über die Gewaltpolitik der europäischen Siegerstaaten hatten eine so tiefgehende Reaktion in der öffentlichen Meinung des Landes hervorgebracht, daß Wilsons Völkerbundswahn Schiffbruch erlitt. So stark war die Rückwirkung der Ereignisse, daß der Leitsatz des 19. Jahrhunderts von der Nichteinmischung in außeramerikanische Dinge auf der ganzen Linie wieder durchbrach. Wohl war man bereit, das Seine zur Erhaltung des Weltfriedens beizutragen, aber nur mit moralischen und diplomatischen ungefährlichen Mitteln; jede bindende Verpflichtung, welche die Union belastet hätte, wurde abgelehnt. Der Kellogg-Pakt (1928) kennzeichnet diese Einstellung am besten: er legte allen Staaten die moralische Pflicht auf, den Krieg zur

Erreichung politischer Zwecke auszuschalten. Als dann aber von anderer Seite vorgeschlagen wurde, die Wirksamkeit dieses Paktes durch Festlegung gemeinsamer Zwangsmaßnahmen gegen die etwaige Verletzung seiner Bestimmungen sicherzustellen, wies Amerika ein solches Ansinnen restlos zurück.

Trotzdem konnten die nachwilsonschen Präsidenten, obzwar sie das Fernbleiben vom Völkerbund erneut betonten, nicht wieder zu der alten Tradition zurückfinden. Einfach deshalb nicht, weil der durch den Weltkrieg veränderte Stand der internationalen Verhältnisse dies allen geographischen Gegebenheiten der Union zum Trotz nicht mehr erlaubte. Die fortschreitende Technik hatte den Weltraum schon stark verkleinert, Nordamerika war aus einem Erdteil sozusagen zu einer großen Insel zwischen Europa und Ostasien geworden, durch Verkehr und Wirtschaft hatte sich die geographische Lage gewandelt und zwang zu außenpolitischem Handeln. Dazu kam, daß die USA während des Krieges zum Gläubiger beinahe der ganzen Welt geworden waren (man denke an die Kriegsschulden der europäischen Mächte), daß ferner 1922 in Washington und 1930 in London Konferenzen mit England, Japan, Frankreich und Italien über die Festlegung eines Flottenstandards ratsam wurden, daß schließlich die Verhältnisse in Ostasien für die Union eine aktive Außenpolitik notwendig erscheinen ließen. Nicht nur die geographische Lage also hatte sich verschoben, es waren auch bedeutsame Sachinteressen der USA praktisch geworden. In allerjüngster Zeit tritt jedoch wieder das Bestreben zutage, sich außenpolitisch weiteste Be-

schränkung aufzuerlegen. Dieses Bestreben wurde sogar durch greifbare Maßnahmen ergänzt. So soll durch das Gesetz über die Unabhängigkeit der Philippinen für spätestens 1944 einer Verwicklung in ostasiatische Konfliktmöglichkeiten vorgebeugt werden. Die Aufhebung der Schutzfreundschaft über Kuba, die Zurückziehung der amerikanischen Marinetruppen aus Haiti (seit 1934) und die Erklärung der Union, nicht mehr gewaltsam in Lateinamerika einzugreifen, sollen den Mittel- und Südamerikanern die Furcht vor imperialistischen Zielen der USA nehmen. Auch in europäischen Fragen beschränkt sich die neuzeitliche Außenpolitik der Vereinigten Staaten auf moralische Einwirkung. Immer wieder also bricht die Furcht vor „Verwicklungen" durch. Da die Verfassung dem amerikanischen Präsidenten nicht erlaubt, eigenmächtig Verträge abzuschließen, wird die auswärtige Politik der Union stark von der gesetzgebenden Gewalt des Senats mit seinen 95 Mitgliedern beeinflußt. Dieser Senat ist vorsichtig und will sich nicht wieder überrumpeln lassen wie im April 1917 von Präsident Wilson. Die Geschichte zeigt, daß trotz des weitgehenden Mitbestimmungsrechtes des Senats oft genug Präsidenten das Land in einen Krieg verwickeln konnten. Nun wacht der Senat mißtrauisch darüber, um die Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse zu verhindern. Aber — und es gibt ein solches „Aber" — wird die einfache Tatsache der Weltmachtstellung der USA einen solchen Zustand für alle Zukunft zulassen? Wir haben die außenpolitische Haltung der Union nun wohl erkannt: in Zeiten des Aufschwungs, nämlich des Wirt-

schafts- und Handelsaufschwungs brach der außenpolitische Wille hervor, in Zeiten der Depression zog er sich zurück. Bei den natürlichen Hilfsquellen des Landes kann die Überwindung jeweiliger Depressionen immer nur eine Frage der Zeit sein. Zudem wird Amerika nicht auf eine überragende See- und Luftstreitmacht verzichten, was der Beweis für sein ständiges Prestige-Bewußtsein ist. Der Gegensatz zu Japan ist noch nicht beseitigt, er zwingt zum Schutz der amerikanischen Sachinteressen im Pazifik. Die wirtschaftliche und strategische Bedeutung des Panamakanals zwingt zur Sicherung dieses Schiffahrtsweges, die im Ernstfall nur durch die Beherrschung der Nachbarmeere und der anliegenden Länder möglich ist. Werden nicht schließlich die Vereinigten Staaten durch die gewaltige Entwicklung der Kriegstechnik, insbesondere der Flug- und Schiffstechnik, einerseits Europa und andererseits Ostasien so angenähert werden, daß die Politik des Alleinseins wieder aufhören muß?

Wenn wir versucht haben, das Wesen der nordamerikanischen Union als einer Land- und Seemacht aufzuspüren, so konnten wir die geopolitische Tatsache erkennen, welche heute jedes außenpolitische Handeln des Weißen Hauses in Washington beeinflußt: dank ihrer inselhaft gewordenen Lage ist die Union zugleich eine amerikanische, eine atlantische und eine pazifische Macht. Sie zeigt demnach auch drei außenpolitische Seiten, diejenige gegen das übrige Amerika, die gegen Europa—Afrika und die gegen Ostasien—Südsee.

Blicken wir zunächst auf den gesamtamerikanischen Kontinent. Dort thront die Union praktisch als Herr-

scher. Präsident Monroes Botschaft von 1823 faßt der heutige Vereinsstaatler zugleich auf als geistige Grundlage der eigenen Vorherrschaft über den gesamten Erdteil. So unterstützt man lebhaft die allamerikanischen Organisationsbestrebungen, z. B. das ständige Zentralbüro der „Pan American Union" in Washington, einen Eisenbahnbau von New York nach Buenos Aires, tritt erfolgreich als Schlichter in Gebietsstreitigkeiten innerhalb Gesamtamerikas auf und sieht das übrige Amerika nur ungern im Völkerbund. Darüber hinaus übte die wirtschaftlich mächtige Union seit langem auf eine ganze Anzahl amerikanischer Staaten politischen Einfluß aus, und zwar auf dem nach außen unverfänglichen Weg der wirtschaftsimperialistischen „Dollardiplomatie". Teils bevormundete man die wirtschaftlich schwächeren Schuldnerstaaten auf Grund gewisser, bei der Hingabe öffentlicher oder privater Anleihen eingeräumter Rechte politisch-strategischer Natur. Teils wirkte man durch Geldanlagen besonders der großen New Yorker Erdölgesellschaften in Mittelamerika, aber auch in Venezuela, Kolumbien, Bolivien und selbst in Peru und in Chile. Auch in diesen Fällen lagen die geopolitischen Beweggründe klar auf der Hand. Es handelte sich um die Sicherung des Panamakanals, aber auch um die Einflußnahme auf die für die eigene Volkswirtschaft benötigten Erzeugnisse im tropischen und subtropischen Mittel- und Südamerika. Nun hat der derzeitige Präsident Franklin Roosevelt anläßlich der abessinischen Ölkonzession der Standard Oil Company in der zweiten Hälfte 1935 erklärt, daß es die sogenannte Dollardiplo-

matie nicht mehr gebe, daß die USA keine Eroberungen erstreben, keine imperialistischen Absichten haben, sondern daß die Union ein guter Nachbar sein wolle. In jedem Fall ist die Friedensliebe des Vereinigten Staaten-Volkes heute nicht nur eine theoretische oder sentimentale Angelegenheit. Heute handelt es sich um eine sehr praktische Einstellung. Die Amerikaner gehören zu den wenigen Nationen, die aus dem großen Krieg gelernt haben. Sie haben eine tiefgehende Wandlung durchgemacht und haben gefunden, daß der Krieg ein schlechtes Geschäft ist.

Auf der atlantischen Schicksalsseite entspricht es durchaus der schon erwähnten außenpolitischen Zurückhaltung der Union, daß sie nicht an dem doch von ihrem eigenen Präsidenten Wilson entwickelten Völkerbund teilnimmt. Die vereinsstaatliche Wirtschaftspolitik dagegen ist mit derjenigen der großen europäischen Völker verknüpft. Das Verhältnis zur stammverwandten See- und Handelsmacht Großbritannien ist ein Problem der Zukunft.

Auf der pazifischen Seite gilt es, die hervorragende Stellung des amerikanischen Chinahandels vor allem gegen einen etwaigen machtpolitischen Eingriff und den Wettbewerb der Japaner aufrechtzuerhalten. Die weitere Aufgabe, den über den mittleren Stillen Ozean verstreuten Eigenbesitz sich zu erhalten, wird erschwert durch die Rassenfremdheit der Eingeborenen und durch den starken Einwanderungsdruck wiederum der Japaner.

Wenn wir zusammenfassen, so tritt uns in der amerikanischen Außenpolitik ständig die Einstellung auf die geographischen Gegebenheiten des Landes vor Augen. Die günstige Lage erlaubt es den USA, sich außenpoli-

tisch weitgehend zu isolieren, unvergleichlich mehr, als dies irgendeinem andern Staat der Welt möglich ist. Aber dieselbe Lage bringt auch einen natürlichen Blick in die Weltweite mit sich, weshalb im außenpolitischen Verhalten der Union wirtschaftliche und finanzielle Sachinteressen eine grundlegende Rolle spielen. In ähnlicher Weise und in ähnlicher Richtung, wie wir dies bei Großbritannien gesehen haben: zuerst die Wirtschaft, dann und wenn nötig erst die militärische Sicherung. Dieses Ideal entspricht auch dem Charakter der amerikanischen Nation. In den letzten 40 Jahren konnten wir ein außenpolitisches Vorwärts und Rückwärts in oft rascher Reihenfolge beobachten, nachdem zuvor die Zurückgezogenheit Trumpf gewesen war. Auf die Gründe dafür haben wir verwiesen. Ob dieses Marsch und Halt in der Zukunft sich fortsetzen wird, was im einzelnen dabei vorgehen und eintreten mag, sind Fragen, die mit der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Weltlage zusammenhängen. Ihre Beantwortung gehört ins Reich der Prophetie, das zu betreten nicht der Sinn dieser Schrift ist. Unverkennbar ist in jedem Fall die Europamüdigkeit der Union. Unverkennbar ist es, daß sich ihre Stoßkraft in der Gegenwart auf die kapitalschwachen Wirtschaftsräume und Märkte des amerikanischen Gesamtkontinents richtet. An der wirtschaftlichen Aufschließung Südamerikas waren die Engländer hervorragend beteiligt. Heute ist dieses lateinische Amerika geteilt in einen atlantischen, noch von britischem Kapital durchfluteten, und in einen pazifischen, überwiegend von nordamerikanischem Kapital beherrschten Raum. Nicht

ausgeschlossen ist es bei solcher Sachlage, daß an die Stelle der Monroedoktrin einmal die „Doktrin der beiden Amerika" treten wird mit dem Fernziel „Amerika den Amerikanern".

Das amerikanische Volk ist aus der größten Völkerwanderung der Erde entstanden, besonders seit 1840: von damals bis zum Weltkrieg sind über 30 Millionen Menschen aller Rassen in die Vereinigten Staaten eingewandert. In der 123 Millionen zählenden Bevölkerung gibt es 95 Millionen Weiße, davon 58 Millionen geborene Amerikaner; der Rest sind Neger, Chinesen, Japaner u. a. Die ursprünglichen nationalen Gegensätze der weißen Bevölkerung sind geschwunden, ihre Bestandteile haben sich in eine neue nationale Lebensgemeinschaft, in die amerikanische, eingefügt. Eine neue Nation also ist entstanden (denselben Vorgang haben wir in England verfolgen können), eine neue Menschenart, die sogenannte Yankee-Rasse mit ererbten englischen, aber auch mit neu erworbenen Zügen. Ihr Grundstock ist der Pionier, der bei seinem schrittweisen Vordringen in den amerikanischen Westen fortwährende härteste Kämpfe mit den „Wilden" und mit den gewaltigen Naturhemmnissen auszufechten hatte. Dort gab es nur entweder ein Untergehen oder ein „Hilf dir selbst", das den Erfolg brachte. Der letztere wurde erschafft, und darum kennt der Amerikaner kein „Unmöglich". Im Gegenteil: Amerika wurde förmlich als das Land der „unbegrenzten Möglichkeiten" bezeichnet, allerdings immer unter der Voraussetzung der Selbsthilfe. Diese wiederum zwang zur Arbeit, weshalb in Amerika die Arbeit — im Gegen-

satz zu noch so vielen europäischen Völkern mit ihrem „Rentnerideal" — in einem so hohen Kurs steht. Daraus entsprang der überragende Vorrang, den das Wirtschaftliche in USA genießt, zugleich jedoch auch der Maßstab, mit dem alles gemessen wird und der Geld heißt. Unter solcher Entwicklung hat sich einmal das Gemeinschaftsgefühl der Amerikaner ausgeprägt, denn hätten sie nicht alle an einem Strang gezogen, so wäre die Arbeit nicht geleistet, der Wohlstand nicht erreicht worden. Zum andern ist unter dieser Entwicklung der missionäre Glaube entstanden, daß die amerikanische Nation die beste unter allen sei. Zum dritten erwuchs daraus jedoch auch der Individualismus, der unbedingte Glaube an den Fortschritt, der zwar den Reichtum und das Geld, die Herrschaft durch Geld gebracht hat, aber auch — Kinderarbeit und Frauen-Nachtarbeit. Ohne den Begriff und das Gefühl des Fortschritts zerfällt dem Amerikaner gegenwärtig noch seine W e l t a n s c h a u u n g. Zufolge dieser Verflechtung steht die Union politisch gesehen auf der Seite der gesättigten Länder, weil sie selbst viel zu gesättigt ist, um nicht den Status quo instinktiv zu heiligen. Die amerikanische Oberschicht ist immer auf Englands politische Weltansicht eingestellt gewesen, wie auch selbstverständlich das englische Geschichtsbild als amerikanische Erziehungsgrundlage Gültigkeit hat. In diesem Zusammenhang mag darauf verwiesen werden, daß die englische Freimaurerei im Jahr 1730 in Amerika ihre Ableger geschaffen hat, im Jahr 1843 ist dort außerdem der alljüdische Freimaurerorden United Order Bnê-Brith ins Leben getreten. Die Logen,

die Vertreter des liberalistischen Fortschritts, gelangten im Lauf der Zeiten in den Vereinigten Staaten zu großer politischer Macht, Präsidenten wie Taft u. a. waren Freimaurer, eine große Anzahl von Politikern und Abgeordneten war und ist es gleichfalls. Wie die Logen in den Jahren des großen Krieges ihre politische Machtstellung ausnutzten, beweisen — abgesehen von Morgan — Maurernamen wie die des Präsidenten Wilson und seines Sekretärs Itzig Tumultey, des Generals Pershing (Führer der Unionstruppen in Flandern), des Arbeiterführers Samuel Gompers; der Finanzjuden Bernard Baruch (der Rathenau Amerikas), Kahn, Salomon, Guggenheim u. a., sowie des Botschafters in Berlin Gerard. Daß die Weltanschauung der überaus mächtigen plutokratischen Freimaurerkreise in der Union deren außenpolitisches Handeln, besonders in den Teilbezirken Wirtschaft und Finanzen, schon erheblich bestrahlt hat, ist unzweifelhaft. Erst in unseren Tagen ist auch in den Vereinigten Staaten das Wort von der „Kluft der Generationen" gesprochen worden: die Jugend im amerikanischen Volk wünsche Maßlosigkeit durch Maß, Erfolgsgier durch Rücksicht und Reichtum durch Genügsamkeit zu ersetzen und die gesellschaftliche Lage entsprechend zu wandeln. Diese Feststellung eines Generationsunterschiedes und somit eines geschichtlichen Bewußtseins ist für die Vereinigten Staaten neu. Sie beweist jedoch den Anbruch einer Erkenntnis im jungen amerikanischen Volk, daß Parlamentsdemokratie, Individualismus, Liberalismus und ihr Fortschrittsgedanke ein Trugbild sind, daß die Idee der amerikanischen Freiheit dem Gedanken der

Bindung an wertvollere und stärkere Kräfte, als es der äußerliche materielle Wohlstand ist, weichen muß. Entwickelt sich eine solche Weltauffassung im Gegensatz zu dem heute herrschenden Finanzliberalismus in USA weiter, so wird diese ihre Strahlen auch einmal auf das außenpolitische Denken werfen.

Japan

Nach der Überlieferung ist das japanische Reich im Jahr 660 v. Chr. gegründet worden. Seine Geschichte ist jedoch noch lange Jahrhunderte darnach in Dunkel gehüllt, weil erst ums Jahr 400 unserer Zeitrechnung über die Halbinsel Korea mit ihrem uralten Chinesentum dessen Kultur und besonders auch dessen Schrift eindrangen (das japanische Alphabet wurde noch viel später erfunden). Der Urbewohner Japans, der Aino, vermischte sich mit malaiischen und mongolischen Rasseelementen. Die Japaner stellen also eine Mischrasse dar, in der das Malaiische heute überwiegend vertreten ist. Um dies gleich hier festzustellne: dem malaiischen Rasseelement ist der Drang zu friedlicher wie kriegerischer Betätigung auf dem Meer angeboren. Wenn deshalb der Japaner seine Wehrmittel aufzählt, so sagt er „Flotte und Heer", nicht umgekehrt wie ein festländisch denkendes Volk. Aus dem gleichen Grund blickt Japan heute auch in erster Linie nach Südosten und Osten, und seine Außenpolitik folgt diesem Blick: denn das malaiische Seefahrerblut drängt von der Ostseite der

japanischen Inseln auf den Großen (Stillen) Ozean hinaus. So wandert der japanische Menschenüberschuß vor allem nach den der japanisch-malaiischen Rasse artgemäßen warmen Inseln und Ländern dieses Meeres und nach dem gleichfalls im Osten liegenden amerikanischen Festland. Die Hawaiinseln und der ehemalige deutsche Südseebesitz nördlich des Äquators (jetzt japanisches Völkerbundsmandat) sind bereits stark japanisch unterwandert; begehrliche Blicke schweifen zur übrigen malaiischen Inselwelt (Borneo, Celebes, Neuguinea) und nach der philippinischen Inselflur, ja sogar, wenigstens auf weitere Sicht, nach dem australischen Festland. Dieser Rasseeigenschaft entsprechend ist ja auch die östliche Hälfte der japanischen Inseln selbst weit stärker bevölkert als die unbedeutende Westhälfte. Dort, im Osten liegen die großen Sammelpunkte der staatsbildenden und kulturellen Kraft Japans. Ganz klar zeichnet sich hier die rassebedingte japanische Außenpolitik ab, sie gipfelt im Drang nach Osten und Südosten. Im Gegensatz dazu wird das ostasiatische Festland niemals ein dichtes Feld japanischer Auswanderung und Siedlung werden, wie man bei uns vielfach vermutet. Einfach deswegen nicht, weil das dortige kontinentale kalte Klima dem seeluftgewöhnten Japaner nicht zusagt. Die russische Küstenprovinz Wladiwostok ist überhaupt kein Ziel der japanischen Außenpolitik, man hat sie deshalb auch 1920 nach mehrjähriger Besetzung sang- und klanglos wieder aufgegeben. Das fruchtbare Korea dagegen, welches schon im 5. Jahrhundert unserer Zeitrechnung und dann wieder 1592 von japanischen Heeren vorüber-

gehend besetzt war und seit 1905 dauernd in kolonialer Abhängigkeit gehalten wird, dient als Boden für Reis- und Baumwollpflanzungen. Die neue Schutzfreundschaft mit dem rohstoffreichen Mandschukuo ist das Mittel, um die für die japanische Industrie so nötigen Erze und Kohlen zu erhalten. Daneben bedeutet Korea die strategische Sicherung für das japanische Gegenufer, Mandschukuo dient als Pufferstaat gegen Rußland und China und ist zugleich das geopolitische Rückgrat der japanisch verwalteten mandschurischen Eisenbahnzone (Verträge von 1905, erweitert 1934 durch den unmittelbaren Ankauf der russischen Ostchinesischen Eisenbahn). Auf dem asiatischen Festland hat also die japanische Außenpolitik hauptsächlich wirtschaftliche und daneben strategische Ziele im Auge.

Wie stellt sich diese Außenpolitik schließlich zu dem größten ostasiatisch-festländischen Reich, zu China? Das Verhältnis zwischen Japan und China, welches mit immer betonterer Ausschließlichkeit das Schicksal Ostasiens und damit eines wesentlichen Teils der Welt bestimmt, läßt sich aus den rein tatsächlichen Vorgängen der Gegenwart in seinen Anfängen nicht verstehen. Wie am Bild der Gegensätze die Erkenntnisse reifen, so wird an dem Beispiel Japans das chinesische Schicksal deutlicher, und eine Darstellung des chinesischen Problems würde vielleicht am richtigsten mit einem Abschnitt über Japans Wesenheit eingeleitet. Die Beziehungen zwischen Japan und China sind so alt und mannigfach, daß sich die Geschichte des europäischen Einzugs in die fernöstliche Sphäre daneben wie eine Episode ausmacht. Die

erste Berührung Europas mit Japan erfolgte nämlich um die Mitte des 16. Jahrhunderts durch die Portugiesen, dann auch durch die Holländer; sie währte jedoch nur bis in die ersten Jahrzehnte des 17. Jahrhunderts. Einerseits verbot der japanische „Reichsvorsteher", der sogenannte „shogun" dem Volk, Reisen zu machen und das Land zu verlassen (1624), andererseits wurden sämtliche handeltreibenden und christianisierenden Fremden, abgesehen von wenigen Holländern im Nagasakibezirk, wieder des Landes verwiesen (gegen 1640). Japan sperrte sich von der Außenwelt regelrecht ab, es kroch wie eine Schnecke in die Schale zurück. Erst 1853, also zwei Jahrhunderte später wieder, erschienen die Amerikaner in Japan und erzwangen die Öffnung einiger Häfen für die Vereinigten Staaten; in den folgenden Jahren kam es auch zum Abschluß von Handelsverträgen mit England, Rußland und Preußen (1861). In den zwei Jahrhunderten der Absperrungspolitik, dieser freiwilligen Zurückgezogenheit, vollzog sich das endgültige und ungestörte Ineinanderaufgehen der verschiedenen Rasseelemente zum einheitlichen japanischen Volk, wie wir es heute vor uns haben. Wir sehen, daß das erste Übergreifen Europas nach Japan kaum ein Jahrhundert gedauert hat, und daß Japan auch jetzt noch kein Jahrhundert wieder der europäischen Welt geöffnet ist. Welch junge Beziehungen gegenüber den uralten zu China! Die letzteren bewegten sich bis in die jüngste Vergangenheit herein gar nicht einmal auf vorwiegend außenpolitisch-militärischem Gebiet. Vielmehr lagen ihre tieferen Bindungen, die im übrigen noch heute durchaus fühlbar nachwirken, im kul-

turellen Boden; ein breiter Strom kultureller Befruchtung ist Jahrhunderte hindurch vom chinesischen zum japanischen Volk geflossen. Aus China und in chinesischer Ausgestaltung kam die Macht des Buddhismus nach dem Inselreich, wo sie noch heute trotz Industrialisierung und Politisierung eine erstaunliche, dem Europäer meist verborgene Rolle spielt. Auch die Sittenlehre des Konfuzius hat ihren Einzug in Japan gehalten und wirkt in neuer Formung in der Gegenwart mächtig nach. Es mag erstaunlich sein zu hören, daß führende japanische Politiker und Generale unserer Tage sich mit Vorliebe aus den chinesischen Klassikern, vor allem aus dem uralten „Buch der Wandlungen", dem „Yihking" (dem angeblich ältesten, von dunkler Wahrsagekunst durchzogenen chinesischen Werk) beraten, und zwar auch für ihre Maßnahmen gegenüber China. Die vielfältige Geschichte japanisch-chinesischer Beziehungen kann hier nur andeutungsweise berührt werden. Tatsache ist, daß sich heute beide Völker wechselseitig in anderem Licht sehen als das übrige Ausland, und zwar besonders auch weltanschaulich in dem Bewußtsein kultureller Verbundenheit. Ist es doch schon auffällig, daß die chinesische Sprache die Japaner nicht mit den übrigen Fremden gleichmäßig als „Ausländer" (wei-kuo-ren), sondern als „dung-yang-ren", d. h. „Leute vom (benachbarten) Ostmeer" bezeichnet. Japan und China stehen also anders zueinander als zur übrigen Welt, sie wissen auch mehr voneinander. Dies schließt nicht aus, daß sie sich im Lauf ihrer Geschichte weitgehend auseinander entwickelten, mit ähnlichen weltanschaulichen Triebkräften verschie-

denen Zielen zustrebten und so heute in Staat, Politik, Gesellschaft und Lebensstil sehr verschiedene Typen darstellen.

Wie kommt es, fragen wir, daß das kleinere Japan in kurzem Zeitlauf Höhepunkte westlicher Mechanisierung erzwang und heute in der Landesverteidigung, im Aufbau der Wirtschaft und in der Disziplin der Bevölkerung ein Schulbeispiel des neuzeitlichen Nationalstaates abgibt, während das gewaltige China mit unerschöpflichen Massen fleißiger Menschen dem gepanzerten Nachbarn hoffnungslos unterlegen scheint? Wir können nur antworten, daß dieses Ergebnis durch geschichtliche Entwicklungen aus natürlichen Bedingtheiten heraus folgerichtig entstanden ist. Das japanische Volk hat die felsige Inselwelt seines heutigen Reiches in jahrhundertelangen Kämpfen erobert. Die Kolonisation mit Waffengewalt, sein eigentlich heroisches Zeitalter also, ragt über das ausgehende Mittelalter bis in die Neuzeit herein. Der Typ des erobernden Kriegers fand in den Kämpfen seiner feudalen Epoche (bis ins 17. Jahrhundert) reiche Gelegenheit, die ritterlichen Tugenden der Tapferkeit und unbedingten Treue im Gefolgschaftsverhältnis zu üben. Dieser Geist blieb auch in der bereits geschilderten Ära der Verkapselung des japanischen Staatslebens erhalten. In dem gegenwärtigen Zeitalter des Imperialismus findet dieser Geist des Kriegerischen von neuem ein gewaltiges Feld der Betätigung. Die Einheitlichkeit der Erziehung erweitert den Kreis der Kriegerkaste praktisch auf das ganze Volk. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß der heutige japa-

nische Staat in den letzten fünfzig oder hundert Jahren aus dem Nichts entstanden sei. Bereits in der Zeit der erwähnten Zurückgezogenheit war ein schlagkräftiger Staatsorganismus vorhanden, dessen „Modernisierung" in jüngster Zeit auf die Angleichung an westliche Methoden und auf bewußte Toröffnung für die große Politik hinausläuft. In Wirklichkeit hätte der japanische Staat schon in der Zeit der Verkapselung, in welcher er seine nationale Geschlossenheit gewann, mit dem Imperialismus der Weltmächte in Wettbewerb treten können.

China dagegen erlebte sein heroisches Zeitalter vor Jahrtausenden, sein Feudalismus tobte sich in vorchristlicher Zeit aus. Zur Zeit des römischen Augustus blühte unter der Dynastie der Han sein erstes gewaltiges Imperium. Höhepunkte der Macht und des Glanzes erreichte es über bittere Perioden des Zerfalls hinweg noch dreimal im Lauf seiner Geschichte. Sein letzter großer Glanz begann um die Wende des 19. Jahrhunderts zu verblassen. Dem chinesischen Volk wurde frühzeitig eine gewaltige Aufgabe gestellt. Seinem kolonisierenden Drang bot sich nicht die geschlossene Begrenztheit einer Inselwelt wie der japanischen, sondern die unermeßliche Weite des asiatischen Kontinents. Sein Staat wuchs frühzeitig über die Grenze der Nation zur Welt, selbst wuchs es zur Menschheit. Diese Menschheit so zu entfalten, daß ihr Lebensstil der naturgemäßen Form entsprach, ist seit alters der Erlösungsgedanke, die Lehre der großen chinesischen Führer und die Grundlage des chinesischen Erziehungsideals. Die stützenden Mächte des chinesischen Staatswesens sind nicht Regierung und Zentralgewalt,

der Schwerpunkt liegt im Menschen und in der Entfaltung seiner naturgemäßen Bindungen, also in der *Sippe* und *Familie*. Aus diesen Voraussetzungen ist das heutige Schicksal Chinas ohne Mühe abzulesen. Es ergibt sich aus ihnen die unerhörte Schwierigkeit, die chinesische Welt in einen *Staat* und das chinesische Volk zu einer *Nation* zu bilden. Deshalb verliert der *Krieger* in China den Charakter des Helden. Er ist nichts als Vollstreckungswerkzeug, Gerichtsvollzieher, Söldner. Er ist in die unterste Klasse der Gesellschaft hinabgesunken. Kein Volk ist aus den besonderen Erkenntnissen seiner Weltanschauung heraus bewußter und überzeugter zur Friedensliebe erzogen worden als das chinesische. Keines ist ausschließlicher im Bauerntum verankert und mit größerer Bewußtheit in dieser natürlichsten aller menschlichen Betätigungen erhalten worden. Der *Bauer* ist auch heute in China durchaus der Schwerpunkt. Sein Kampf gilt nicht dem Nachbarn jenseits der staatlichen Grenzen, sondern den Gewalten der Natur, deren Katastrophen in unerhörtem Ausmaß ihn oft heimsuchen. Man muß die Furchtbarkeit chinesischer Überschwemmungen und Hungersnöte erlebt haben, um einen Begriff zu bekommen von dem, was die Seele des chinesischen Bauern, dieses erdverbundenen Menschen, erfüllt. Darum ist ihm die Innenpolitik ziemlich belanglos, solange die Steuern erträglich sind, *die Außenpolitik schlechthin*. Wird der im März 1936 verkündete Beschluß der Nankinger Regierung, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, verwirklicht, so wird auch ein chinesisches Volksheer bis auf weiteres

ein Heer „politischer Soldaten", also eben ein Träger der Innenpolitik bleiben, nicht aber ein Posten in der Außenpolitik werden. Kann es einen schlagenderen Beweis geben für die Überlegenheit der japanischen Politik gegenüber China?

Wie schon angedeutet, ist Japan mit seiner Angleichung an Europa in die Reihe der imperialistischen Mächte eingetreten. Dieser Eintritt vollzog sich seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, er wurde ergänzt durch die allgemeine Entwicklung von Handel und Verkehr. Der Stille Ozean und überhaupt Ostasien wurden zu handels- und verkehrspolitischen Zonen ersten Ranges. Japan sah sich einbezogen in das Spielfeld der weißen Großmächte und mußte sich mit ihnen politisch und kulturell auseinandersetzen. Unter geschickter Übernahme westlichen Fortschritts bei bewußter Erhaltung seiner eigenen Seele gelang ihm die Auseinandersetzung in seinen Kriegen mit Rußland (1904/05) und mit dem Deutschen Reich (1914) sowie in seinen diplomatischen Verhandlungen mit den andern Großmächten. Nun öffnete sich auch die künstlich zurückgehaltene Blüte seiner Volkskraft zu einzigartiger Pracht. So sehen wir heute Japan als mächtigen, jedem technischen Fortschritt geöffneten Vermittler zwischen dem größten Weltmeer, dem Stillen Ozean, und dem volkreichsten Erdteil. Wir finden den gleichen geographischen bzw. geopolitischen Lagewandel, wie ihn England nach der Entdeckung Amerikas durchgemacht hat. Japan ist ein Inselstaat (sein Kernland kennt keine Landgrenzen), es ist eine Seemacht in noch höherem Grad als Groß-

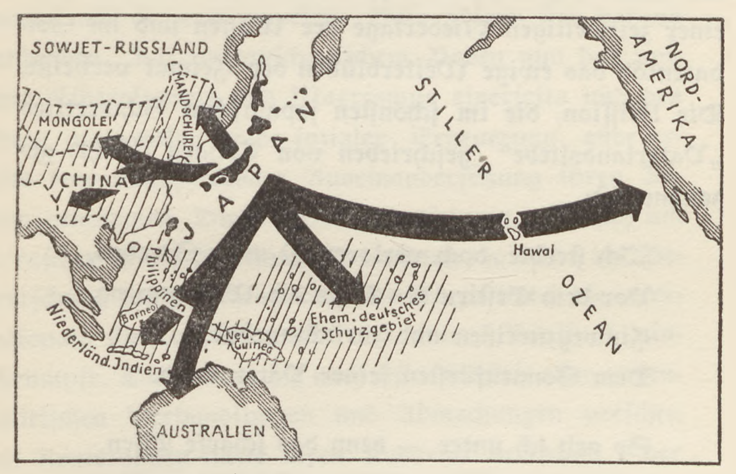
britannien mit reich gegliederten Küsten. Es kämpft heute um die internationale Anerkennung als drittgrößte Seemacht der Welt. Die Notwendigkeit hierzu leitet es her aus seiner geographischen Bedingtheit, aus der insularen Stellung seines Reiches mit einer Küstenlänge von 30 000 km des Mutterlandes, sogar 45 000 km des Gesamtbesitzes. Gerade der über den ganzen westlichen Pazifik verstreute Außenbesitz bedarf in besonderem Maße eines flottenstarken Rückhaltes. Freilich birgt die aufgezeigte und wegen ihres Hafenreichtums gewiß unübertreffliche Maritimität Japans nicht eine so große geopolitische Abhängigkeit vom Ausland in sich, wie wir das bei Italien gesehen haben. Insbesondere deshalb nicht, weil keine irgendwie gleichwertige Seemacht in seiner Nähe beheimatet ist: eine amerikanische oder englische Flotte müßte ihren Angriff erst aus weiter Ferne herantragen. Dennoch läßt sich nicht leugnen, daß auch dem Kernland Japan unentbehrliche Rohstoffe und Nahrungsmittel in weitem Umfang fehlen, daß also seine Großmachtstellung auf verhältnismäßig schmalen Grundlagen beruht. Infolgedessen mußte Japan sich in der Nähe seines Kernlandes Überschußländer mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln sichern. Das war aber, auch was das ostasiatische Festland betrifft, immer nur möglich über See. Dazu gesellt sich angesichts der starken Übervölkerung (zur Zeit 210 Einwohner auf 1 qkm) und der geradezu verblüffenden Bevölkerungsvermehrung (gegenwärtig 1 Million jährlicher Geburtenüberschuß) die zweite Aufgabe, neue Siedlungen in geeigneten Ländern, und zwar möglichst so zu eröffnen, daß dieselben

früher oder später dem japanischen Herrschaftsbereich eingegliedert werden können. Auch das wird sich wegen der Insellage Japans wieder nur über See durchführen lassen.

Auf Grund solcher Zusammenhänge beansprucht Japan — um darauf zurückzukommen — auch gegenüber China eine gewisse Führerstellung wirtschaftlicher und politischer Natur. Diese Führerstellung hat sich zeitweise schon zum vertraglichen Ausschluß fremder Ansprüche (Fukien 1915) und zu eigenen Aufsichtsrechten gesteigert (Schantungeisenbahn seit 1922, seit 1928 überdies mit militärischem Eingriffsrecht). Im April 1934 wurde von dem japanischen Außenminister Hirota sogar eine „Monroedoktrin" verkündet. Sie besagt, daß Japan sich jeder Handlung chinesischer Regierungen und zugleich jeder Maßnahme fremder Mächte widersetzen werde, die dem Frieden im Fernen Osten zuwiderlaufen. Die Vorherrschaft in den Gebieten nördlich des Hoangho, des Gelben Flusses, dieses zweitgrößten chinesischen Stromes, scheint bereits zugunsten Japans entschieden zu sein. Sofern nicht alles täuscht, geht der Ferne Osten einer planmäßigen Großraumwirtschaft unter japanischer Führung entgegen. Daß dabei Gegensätze auftauchen zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika und zu England, ist nach Lage der Dinge verständlich. Was hieraus entstehen mag, ist in der Gegenwart noch nicht zu beurteilen.

Wenn also die heutige Ausdehnungspolitik Japans auf der ostasiatisch-festländischen Seite tätig ist, so handelt es sich hauptsächlich um wirtschaftliche Interessen. Wenn sie sich der ozeanischen Seite zuwendet, so sind es

Interessen macht- und bevölkerungspolitischer Natur (Karte 11). Sie wird im einzelnen jeweils dort handeln, wo sie die Linie des geringsten Widerstandes vorfindet. Der künftige Grundsatz der japanischen Außenpolitik kann nur der sein: Der Westen soll sich um den Westen kümmern und den Osten Japan



Karte 11: Ziele der japanischen Ausdehnungspolitik.

überlassen. Denn dieser wird als das Alpha und das Omega Tokios in machtpolitischer, wirtschaftlicher und weltanschaulicher Hinsicht betrachtet. In letzterer Hinsicht vor allem deswegen, weil die Schrumpfung des Seelisch-Geistigen und die daraus aufgekommene starke innere Unruhe im Abendland immer tiefer empfunden werden. In solchem Zusammenhang sieht der sogenannte Nipponismus, ein spezifisch japanischer Nationalsozialismus (geführt von jüngeren Offizieren des Heeres), unter Rückwendung auf die alten, aber sehr lebendigen Werte urjapanischen Seelen- und Kulturgutes die Mission

seines Volkes. Die Mission, die in Kameradschaft, im Soldatentum, in der Moral „einer für alle" die reinste Verkörperung nationaler Solidarität sieht. Die Mission, welche alle Stürme überdauert und eines Tages doch „das größere Japan" heraufführen wird. Die Mission aus jenen japanischen Schwertliedern, welche auch in einer zeitweiligen Niederlage der Waffen und im Soldatentod das ewige Weiterblühen der Heimat verheißt. Die Mission, die im schönsten japanischen Schwertlied „Vaterlandsliebe" (geschrieben von Tohara Ukichi) gezeichnet ist:

„Ich strebte, doch verloren ist mein Streben,
Vor dem Gestirn des Tags die Wolkenwand
Hinwegzureißen und zurückzugeben
Dem Sonnenfürsten seiner Väter Land.

So geh ich unter — denn das scharfe Eisen,
Darf ich es nicht mehr dem Gebieter weihn,
Soll mir nun seinen letzten Dienst erweisen,
Dem Todesruf wird es gefügig sein.

Und da der letzten Stunden stärkstes Bitten
Erfüllung zwingt, wünsch ich: daß auch im Tod
Die Liebe, drum im Leben ich gestritten,
Für dich, mein Land, als helle Flamme loht.

Auf deinen Höhn will ich als Fichte ragen,
Als Tau benetzen dich in lauer Nacht,
Den Lauf ins Meer mit deinen Strömen wagen,
Dich schützen, Sonnenreich, in ew'ger Macht."

Deutsches Reich

Was wir aus der bisherigen Darstellung erkannt haben, ist dies: das außenpolitische Verhalten mancher Großmächte ist in geopolitischer Schau, im Hinblick auf vertretbare Staatsinteressen und zufolge des Druckes ideeller Triebkräfte oftmals in der Geschichte überspannt und verzerrt gewesen. Böse Folgen sind daraus entstanden. Auf weltanschaulichem Boden nun hat zwischen Liberalismus und Marxismus einerseits und den Ideen nationaler und sozialer Erneuerung andererseits eine unaufhaltbare Auseinandersetzung ihren Anfang genommen. Diese Auseinandersetzung wird sich um so rascher in die Außenpolitik umsetzen, je mehr die Beherrschung des zwischenstaatlichen Lebens durch die internationale Geheimdiplomatie und ihre „Routine" einschrumpft. Die Forderung nach Öffentlichkeit aller außenpolitischen Verhandlungen und Abmachungen zwischen den Regierungen hatte ihren Ausdruck in Punkt 1 der 14 Punkte Wilsons vom 18. Januar 1918 gefunden: „Offene Friedensverträge, offen zustande gekommen. Danach sollen keinerlei geheime internationale Abmachungen mehr bestehen. Die Diplomatie soll aufrichtig und vor aller Welt offen vorgehen". Aber schon bei der Festlegung der Versailler Diktatbedingungen durch Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando (unter Ausschluß Deutschlands) wurde den so laut verkündeten Grundsätzen ins Gesicht geschlagen. Auch in den Nachkriegsjahren sind diese Prinzipien durchaus nicht eingehalten worden trotz der Bestimmung in der Völkerbundssatzung, wonach alle internationalen Verträge veröffentlicht wer-

den sollten. Das Werk der Diplomatie liegt in Pakten, in einer Politik mit Dokumenten, nicht in der Politik mit Taten. Wieviele Pakte sind heute schon geschaffen und wieviele sollen noch geschaffen werden! Im Netz unzähliger Paktinstrumente wird kein besseres Schicksal blühen, weder für die einzelnen Nationen noch für Europa als Ganzes. Jene Auseinandersetzung wird auch umso rascher ihren Fortgang nehmen, als an Stelle von Parlamentarismus und Formaldemokratie Führer auftreten, Führer, die gesunde Ideen verkörpern, tragen und vollstrecken. Solche Führer können heute noch an den Fingern einer Hand aufgezählt werden! Wenn solche Voraussetzungen eintreten, wenn daraus eine grundsätzlich neue Einstellung aller Außenpolitik sich durchsetzt, dann wird die Welt zurückkehren zu den Urbedingungen der wahren Völkergemeinschaft: nicht machtpolitische Unterdrückung des Schwächeren durch den Stärkeren, sondern ehrenvolle Verständigung unter gleichberechtigten Völkern. Hier liegt der volkspolitische Staatsgedanke des Nationalsozialismus offen, von dem am Anfang dieser Schrift die Rede war. Er allein ist befähigt, den Imperialismus, dem wir im Lauf unserer Schilderung so oft begegnet sind, von innen heraus zu überwinden und die Ordnung der Nationen untereinander durch natürliche Abgrenzung ihrer Lebensbedürfnisse und Sachinteressen zu gewährleisten. Draußen in der Welt die Parolen des Liberalismus und des Marxismus: Weltrepublik, Weltrevolution, Zerstörung. Dementsprechend die außenpolitische Linie dieser verheerenden Ideologien. Im

nationalsozialistischen Deutschland das schöpferische Prinzip: völkischer Aufbau, Gleichberechtigung, Weltfriede. Dementsprechend die nationalsozialistische Außenpolitik. Die ganze Welt fühlte schon im Augenblick der Machtergreifung des Nationalsozialismus, daß er eine ganz anders geartete Wertung der politischen Dinge auf seine Fahne geschrieben hat, als sie je einmal in der Welt vorhanden war. Sehen wir uns die deutsche Außenpolitik und ihre Grundlagen an.

Das Deutsche Reich ist eine *Landmacht* inmitten Europas, indes seine *Meereslage ungünstig* ist. Wohl zeigt es zwei Seefronten, aber deren Gesamtlänge verhält sich zur Länge der Landgrenzen nur wie 1:3. Überdies schauen die Seefronten nicht aufs offene Weltmeer hinaus, sondern auf Nebenmeere (Nord- und Ostsee), die letztere stellt zufolge der dänischen Sperre zudem ein Binnenmeer dar. Dem Reich steht somit kein freier Ausgang zum Atlantischen Ozean zur Verfügung, vielmehr führt der weite Weg dorthin an den Küsten der Niederlande, Belgiens, Englands und Frankreichs vorbei. Diese binnenländische Lage ist der erste Grund dafür, daß sich nur bei verhältnismäßig wenigen deutschen Stämmen eine seemännische Veranlagung findet, daß das politische Denken des Durchschnittsdeutschen in hohem Grad festländisch, ja *kleinräumig* geblieben ist. (Welch genialer Gedanke ist da doch der Bau einer bedeutenden KdF.-Flotte, die dem schaffenden Deutschen nicht allein die verdiente Erholung bringen, sondern ihm auch das höchst notwendige *großräumige* Denken vermitteln soll!) Es gibt noch einen zweiten, erst recht

schwerwiegenden Grund. Zwar umfaßte der gesamtdeutsche Machtbereich in der Geschichte des öfteren viel längere Küstenstrecken als heute. Die Vorherrschaft der deutschen Hanse in ganz Nordeuropa (ungefähr 1350—1500), der Besitz des bedeutsamen Rheinmündungsgebietes bis zur Verselbständigung Hollands 1648, der Anteil an der Adriaküste bis zum Ausscheiden Österreichs aus dem Deutschen Bund 1866 sind entsprechende Beispiele. Aber ein großräumiges Denken mit dem typischen Blick aufs weite Meer hinaus entwickelte sich daraus nicht, weil es sich bei den erwähnten Machtbereichen nur um einzelstaatlichen Besitz und einzelstaatliche Sachinteressen handelte, weil die innere Zerrissenheit unseres Vaterlandes keine reichsdeutsche Einheit aufkommen ließ, die außenpolitisch wirksam geworden wäre. So mußten die kolonialpolitischen Ansätze des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm nach 1680 (Schaffung einer brandenburgischen Marine unter dem Holländer B. Raule, Gründung einer Kolonie an der Goldküste und einer afrikanischen Handelsgesellschaft in Emden) eine rein kurbrandenburgische Erscheinung bleiben. So blieb auch die österreichisch-deutsche Herrschaft von der Adria bis zur Nordsee mit Wallenstein als „General der ganzen kaiserlichen Schiffsarmada wie auch des Ozeanischen und Baltischen Meeres" (1628/30) eine rein habsburgische und eine vorübergehende Angelegenheit. Es war deutsche Tragik, daß sogar — ausgerechnet nach Anbruch des kolonialen Zeitalters um 1600 — die Mündungsgebiete der großen deutschen Ströme in fremden (schwedischen und dänischen, dann englischen, französischen und hollän-

dischen) Besitz kamen. Während also bei andern Völkern der Blick zur See sich in den Blick über See ausweitete, wurden die Deutschen vom Meer abgeschnitten, ihr dahingehender Betätigungsdrang wurde in innerem Zwist erstickt. Zufolge solcher innerer Schwäche mußte auch der 1848 erstandene Gedanke einer deutschen Bundesflotte scheitern. Das Frankfurter Parlament hatte am 14. Juni 1848 eine allgemeine Steuer für die deutschen Staaten zu einer Flottengründung ausgeschrieben, doch erfolgte nur von wenigen Ländern, so von Preußen, die Zahlung dieser Steuer. Als Preußen die Eintreibung der ausstehenden Beträge verlangte, wurde ihm vom Bundestag am 7. Juli 1851 eine weitere Umlage zudiktiert, was den Protest Preußens und eine Verschärfung des Streites unter den deutschen Bundesstaaten nach sich zog. In dessen Verlauf wurde schließlich am 2. April 1852 die Auflösung der vorhandenen Flotte beschlossen, sie wurde im Auftrag des Bundes dann von dem ehemaligen oldenburgischen Staatsrat Hannibal Fischer versteigert! Selbst das aufstrebende Preußen gewann erst im Frieden zu Prag (23. August 1866) durch den Erwerb von Hannover und Schleswig-Holstein bleibenden Zugang zur Nordsee, allerdings gerade zu der Zeit, als mit Österreich der Zugang zur Adria dem sich entwickelnden reichsdeutschen Wirtschaftsraum verlorenging.

In der Bismarckschen Zeit stand die kraftverzehrende Aufgabe der inneren Sammlung im Vordergrund, so daß zunächst weniger Tatkraft nach außen verblieb. Aber schließlich mußte die aus solcher Selbstbeschränkung aufgespeicherte Volkskraft doch Wege nach außen suchen, zu-

mal auch der Bevölkerungszuwachs dies gebot. So setzten die Ausdehnung des deutschen Außenhandels und der Erwerb von Kolonien und Stützpunkten in Afrika, Asien und in der Südsee ein. Unter dem Reichskanzler Caprivi (1890/94) stand die deutsche Ausdehnungspolitik noch im Stadium des Tastens, erst 1897 setzte das Reich sich in Kiautschou fest und wählte die chinesische Provinz Schantung als sein Einflußgebiet. Um die Jahrhundertwende gewann es durch die Konzession für den Bau der Bagdadbahn Boden in der Türkei. Damit hatte das junge Kaiserreich zwei außenpolitische Plattformen von großer Bedeutung betreten, den Fernen und den Nahen Osten. Die alten Großmächte England, Frankreich und Rußland schauten aber der Ausweitung nicht tatenlos zu, sie schlossen sich 1907 zum Dreiverband zusammen. Die politische Folge war die Einkreisung Deutschlands, gefördert und erleichtert durch dessen geographische Lage hinter lauter Landgrenzen mit deren unvermeidlichem Druck von außen. Trotz solcher Schwierigkeiten schritt das Reich auf seinem Weg weiter, kolonialpolitisch, aber auch festlandspolitisch. In Mittelafrika sollte ein Hilfsgebiet für die deutsche Volkswirtschaft, in Mitteleuropa sollte durch ein vereinigtes Deutschland-Österreich-Ungarn mit der Fortsetzung über den Balkan und Kleinasien der Unterbau zu einer politisch-wirtschaftlichen Brücke von Berlin nach Bagdad geschaffen werden. In beiden Fällen wurde England der Widersacher, im ersteren wegen der schon früher beschriebenen Kap-Kairo-Verbindung, im letzteren wegen derjenigen nach Indien. Dazu gesellte sich des Kaisers betonte „Zukunft

auf dem Wasser". In all dem lag eine verhängnisvolle Überschätzung der geographischen bzw. geopolitischen Grundlagen des Reichs, die schließlich zur Katastrophe von 1914 führte, trotzdem die Schuld am Kriege auf anderer Seite gelegen hat. Was die Revolte von 1918 brachte, wie das Reich außen- und geopolitisch, wirtschafts- und bevölkerungspolitisch aus Versailles fortging, in welchen Zustand es durch Weimar hineingerissen wurde, sind bekannte Dinge.

Da trat ein Mann in die Kampfbahn der Mächte, der den Beruf des Staatsmannes in sich trug, den Beruf, die Idee zu erkennen, die ihm als Aufgabe gestellt ist, und die große Gestaltung dieser Idee zu vollbringen: Adolf Hitler. Ein echter Führer, welcher der typischen Handlungen leitender Staatsmänner, z. B. der Befehlserteilung am wenigsten und nur als dienender Hilfsmittel bedarf, weil das Verhältnis des Volkes zu ihm das Treueverhältnis ist, nicht das des Gehorsams allein. Ein Führer im Vollbesitz des unerläßlichen Instinktes für die Tragweite, aus dem heraus er an die Seite des Kampfes um die Macht den Willen zur innerlichen Erringung des Menschen stellte. Hier liegt der große Unterschied zwischen dem Staatsmann Hitler und so vielen fremden Staatsmännern: während diesen die Völker Werkzeuge sind, die durch äußere Macht zur „Gefolgschaft" gezwungen werden, hat Adolf Hitler sein Volk seelisch gewonnen, hat er eine Gefolgschaft freien und guten Willens geschaffen. Er ist von einer Mission durchdrungen, an die er glaubt, an die seine Gefolgschaft felsenfest glaubt, und diese Mission ist die deutsche

M i s s i o n. Sie hat eine Idee zum Inhalt, vor der alles Kleine und Nebensächliche verschwindet. Die Idee heißt: Ein Volk, ein Reich, ein Führer, die Überwindung des Partikularismus, der Kleinstaaterei und Eigenbrödelei in jeder Form, ein einiges Reich der Deutschen, die Erfüllung einer jahrhundertealten Sehnsucht. Deshalb ist diese Idee auch allein in Deutschland bodenständig. Will man die Sendung Adolf Hitlers erfassen, so muß man sie in den Rahmen der Geschichte stellen. Keine Generation lebt für sich selbst, es gibt keine Fragen, die aus ihrer Zeit allein zu begreifen wären, denn aus Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft setzt sich das Leben eines Volkes zusammen. Eine Generation wächst über die andere hinaus, dies ist das Gesetz des Lebens und der Entwicklung. Die Geschichte des deutschen Volkes ist ein Kampf um das Reich, um die Einheit der Deutschen. Jede Generation hat diesen Kampf in eigener Art zu bestehen gehabt. Greifen wir hier nur bis zum Bismarckreich zurück; in ihm trat zu der Einzelstaatlichkeit, zum Partikularismus der Länder und Stämme derjenige der Parteien und Klassen. Neue Zersetzungserscheinungen traten auf, die das Reich in seinen Grundlagen erschütterten. Als wir in den großen Krieg hineinglitten, sahen wir noch nicht die Gefahren, die uns umdrohten. Erst der Zusammenbruch und die Nachkriegskämpfe haben uns die Augen geöffnet, haben die Lage klar gemacht, die unsere Gegner schon viel früher erkannt hatten. „Wir haben das deutsche Chaos nötig", so hat der französische Chauvinist Maurice Barrès (1862—1923) verkündet. „Wir werden das deutsche Chaos abwarten",

so sprach Raymond Poincaré. Zwischen die östliche Gefahr des Bolschewismus und jene Kräfte der Reaktion und des Imperialismus gestellt, die in Versailles triumphierten, mußte das deutsche Volk der Nachkriegsjahre um seinen Bestand als Nation kämpfen. Zweimal war es dem Chaos nahe: das erstemal, als im Oktober und November 1923 zur Zeit der separatistischen Hochsaison der deutsche Rhein aufs schwerste belastet war, zum zweitenmal im Jahr 1931, als der Angriff einer gegnerischen, in der Hauptsache jüdischen Hochfinanz die Banken- und Vertrauenskrise heraufbeschwor. Die Kräfte aber, welche für die Politik von Versailles die Verantwortung trugen, hatten nicht bedacht, daß das deutsche Chaos ganz Europa erfassen werde, wie es in der Tat der Fall war. Sie hatten nicht vorausgesehen, daß unter der Führung Adolf Hitlers in Deutschland eine nationale Erhebung erstehen würde, befähigt, das deutsche Volk noch im letzten Augenblick aus dem Chaos herauszuführen. Darum ist die Sendung des Führers eine volksdeutsche, sie stützt sich auf das Volk, mit andern Worten: der Ausgangspunkt der nationalsozialistischen Lehre liegt nicht im Staat, sondern im Volk. Sie gründet also im wirklichen Leben, das in der konkreten Gemeinschaft von Familie und Sippe und damit von Volk und Rasse seine ursprüngliche Begegnung mit der Welt hat. Nationalsozialistische Weltauffassung bedeutet daher nicht ein Wertsystem, das an die Stelle irgendeines andern gesetzt werden kann. Sie ist vielmehr Bindung an die Totalität eines Lebenssystems, das aus dem Innern kommt und ins Innere gepflanzt werden kann. Charakter und Ge-

sinnung sind in ihr somit entscheidend, nicht ausgeklügelte, juristisch formulierte Lehrsätze. Zielgerichteter Wille fürs Volksganze, der alles Einzelstreben des Ichs überwindet, ist entscheidend, nicht bloßes Wissen und vieles Reden, die dem konkreten Leben gegenüber immer unzulänglich bleiben. Auf Hitlers Mission baut sich die echte Freiheit im Innern und nach außen auf. Denn die Freiheit drinnen, also der gesicherte Lebensraum und Lebenswandel des Volkes, bedroht kein anderes Volk, sondern wird zum Hort des Friedens. „Nicht Haß gegen andere Völker, sondern Liebe zu der deutschen Nation", ruft der Führer immer wieder aus und erklärt dazu: „Dieser neue Gedanke verpflichtet zu einer ebenso großen und fanatischen Hingabe an das Leben und damit an die Ehre und Freiheit des eigenen Volkes wie zur Achtung der Ehre und Freiheit anderer. Dieser Gedanke kann daher eine wesentlich bessere Basis abgeben für das Streben nach einer wahren Befriedung der Welt als die rein machtmäßig gedachte und vorgenommene Sortierung der Nationen in Sieger und Besiegte, in Berechtigte und rechtlos Unterworfene".

Wenn wir unsere Nachbarstaaten geographisch betrachten, so können wir sie in drei Gruppen einteilen: in die westeuropäische (von Dänemark bis zur Schweiz), die südosteuropäische (Österreich, Tschechoslowakei, Ungarn, Italien, Balkanländer) und in die osteuropäische (Polen, baltische Staaten, Sowjetrußland).

Unter die westeuropäische Gruppe fällt Frankreich. Das Verhältnis zu ihm leidet bis zum Augenblick noch immer unter einer Reihe von geschichtlichen Gegen-

sätzen. Ehemals konnten sich die beiden Nachbarvölker über ihre sogenannte „natürliche Grenze" nicht einigen: der Franzose sah sie am Rhein, der Deutsche in den Vogesen. Der Rhein war für den Deutschen deswegen nicht die natürliche Grenze, weil derselbe seine beiderseits anliegenden landschaftlich gleichartigen Gaue nicht trennt, sondern verbindet und ihr wirtschafts- und verkehrspolitisches Rückgrat bildet. Durch viele Jahrhunderte hindurch sah das linke Rheinufer die Angriffskraft Frankreichs gegen sich gerichtet. Die „réintégration" Elsaß-Lothringens (1919), die Pariser Bemühungen um die „Unabhängigkeit" geplanter rheinischer und pfälzischer Republiken (1919/24) und um die Gewinnung oder zumindest die „Internationalisierung" des Saargebietes (1919/35) sind die letzten Beispiele dafür. Diese Gefahren sind vorbei. Der Führer und Reichskanzler hat den Verzicht des Deutschen Reiches auf Wiedererwerb Elsaß-Lothringens ausgesprochen, um so auf Grund des derzeitigen Besitzstandes, aber auch auf Grund völliger Gleichberechtigung zu einem endgültigen Ausgleich mit Frankreich zu kommen.

Im Verhältnis zur südosteuropäischen Staatengruppe stehen vor der deutschen Außenpolitik zwei geopolitisch bedingte Aufgaben: einmal angesichts der Grenzziehungen durch das Versailler Diktat die deutschen Volkstumsinteressen im Südosten zu schützen, zum andern im Donauraum der reichsdeutschen Wirtschaft die naturgegebene Bewegungsfreiheit zu verschaffen und zu erhalten.

Was die osteuropäischen Anrainer des Reichs

angeht, so gelang es 1934 dem klaren außenpolitischen Handeln Adolf Hitlers, die Grenzschwierigkeiten mit Polen, welche das Versailler Diktat geschaffen hatte, durch ein zehnjähriges Befriedungsabkommen zu beseitigen. Das außenpolitische Verhältnis zwischen dem Reich und Sowjetrußland ist bestimmt durch den absoluten weltanschaulichen Gegensatz zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus. Mit den baltischen Staaten unterhält das Reich normale außenpolitische Beziehungen (Litauen vorläufig ausgenommen, welches unsere Volksgenossen im Memelland seit 1923 unerhört drangsaliert).

Das Reich befindet sich also in einer ausgesprochenen europäischen Mittellage und ist umgeben von einem Staatenring. Mit dessen einzelnen Gliedern zu vernünftiger Verständigung zu kommen, stellt das Hauptziel seiner auswärtigen Politik dar. Dieser Verständigungswille könnte von seiten der fremden Staaten um so leichter aufgenommen werden, als der volkspolitische Staatsgedanke des Nationalsozialismus, dieses schöpferische Prinzip von größter außenpolitischer Zukunft, den denkbar besten Weg dazu vorzeichnet. Wer weiß heute nicht, daß alle außenpolitischen Methoden der Nachkriegsjahre nicht vorwärts, sondern rückwärts geführt haben! Es kann für Europa und seine wahre Befriedung gar keinen andern politischen Entwurf mehr geben als den, welchen der Nationalsozialismus *aus seiner Weltbetrachtung heraus* entwickelt. Die drei Hauptpunkte dieses Entwurfs wollen wir im folgenden darstellen:

1. Der Politik der Siegermächte im Schatten von Versailles stellt der Nationalsozialismus entgegen die Politik der Zusammenarbeit freier, souveräner Staaten im Lichte der Gleichberechtigung. Das Schlagwort „kollektive Sicherheit", von Frankreich in die Welt geworfen mit der Begründung, daß Sicherheit nur durch vielgliedrige Verträge zu erwarten sei, hat sich wahrlich als politisches Trugbild erwiesen. Denn alle Kollektivvertrags-Gedanken haben bisher gezeigt, daß damit die einseitige Durchsetzung machtpolitischer Ansprüche rechtlich getarnt, daß damit Machtpolitik zu Völkerrecht gestempelt werden sollte. Kollektivismus dieser Prägung ist liberaldemokratisches Denken und besagt, daß die Welt durch allgemeine Maßnahmen besser werde. Aber bis jetzt ist dadurch in viele Nationen nur Unruhe über die Zukunft hineingetragen worden. Die kollektive Sicherheit im französischen Sinn geht aus von einem Staatenbündnis gegen einen etwaigen Angreifer. Es handelt sich also vor allem darum, den Angreifer zu bestimmen und die Verpflichtungen festzulegen, welche jeder Staat in einem solchen Fall automatisch zu erfüllen hätte. Solange aber in der Welt das Gefühl herrscht, daß Macht über Recht geht, daß Unrecht mit Gewalt aufrechterhalten wird, solange wird dieser Kollektivismus nur zu Verhängnissen führen. Etwas ganz anderes ist die deutsche Auffassung über ein kollektives System, das seinen Namen wirklich verdient: Zusammenschweißung der europäischen Hauptmächte zu ehrlicher Gemeinschaftsarbeit. Deshalb hat auch der Führer und Reichskanzler in seiner Reichstagsrede vom

21. Mai 1935 betont: „Die deutsche Reichsregierung ist jederzeit bereit, sich an einem System kollektiver Zusammenarbeit zur Sicherung des europäischen Friedens zu beteiligen, hält es aber dann für notwendig, dem Gesetz der ewigen Weiterentwicklung durch Offenhaltung vertraglicher Revisionen entgegenzukommen". Wie ganz anders könnte die Sicherheit in Europa aussehen, wenn allgemein nach dem nationalsozialistischen Entwurf gehandelt würde: Zusammenarbeit ja, aber unter freien gleichberechtigten Staaten, Zusammenarbeit also auf der Grundlage des Rechts, nicht einer mehr oder minder getarnten Gewalt, Zusammenarbeit nicht auf Grund der Beharrung, sondern der lebendigen Entwicklung!

2. Der Völkerbundspolitik mit ihren end- und ergebnislosen Konferenzen, die nur durch Vertagungs- und Verschleppungstaktik ihr Dasein fristet, stellt die nationalsozialistische Außenpolitik gegenüber den Grundsatz der unmittelbaren Fühlungnahme von Staat zu Staat. Der Völkerbund — was ist er für uns Deutsche gewesen? Die Stätte, an der trotz siebenjähriger Bemühung um Teilnahme an zwischenstaatlicher Zusammenarbeit das Deutsche Reich kein Recht bekam, an der immer wieder die Absicht durchbrach, das bestehende Unrecht zugunsten der Sieger des Weltkrieges zu bewahren und zu festigen. Die Stätte, deren Geschichte Jahre hindurch eine Geschichte der Rechtsbrüche werden konnte, die aber trotzdem Kläger und Richter zu sein sich anmaßte. Die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht im Deutschen Reich z. B. wurde vom Völkerbund „verurteilt". Aber es ist doch naturrechtlich und formal-

juristisch klar, daß die Siegerstaaten selbst die militärischen Klauseln von Versailles zerrissen haben, weil sie nicht, wie dort bestimmt, ab-, sondern aufrüsteten. Das Reich mußte aus der Genfer Politik das ungünstigste Urteil auch deswegen gewinnen, weil sie die europäischen Probleme überhaupt nicht vorangebracht hat. Zwar fanden Konferenzen über Konferenzen statt, sie schufen jedoch keine Erleichterung der politischen Lage, im Gegenteil: der Konferenzdiplomatie ging es wie Kindern, welche Schneeballen vor sich herrollen, die jeder für sich immer größer werden und schließlich zu einer Lawine zusammenwachsen. Um ihrem Druck auszuweichen, griff man zu der Verschleppungstaktik. Man ging an den Hauptfragen vorbei und hielt sich an unwesentliche Begleiterscheinungen, man legte Notverbände an statt einen chirurgischen Eingriff vorzunehmen, man vergeudete die Zeit mit ärmlichen Kompromissen, anstatt sich grundsätzlich auseinanderzusetzen. Diese Unfähigkeit zu neuen, aufbauenden Ideen erzeugte den Mißerfolg, der durch den Zustand Europas genugsam bewiesen wird. Im Gegensatz hierzu erwartet die nationalsozialistische Außenpolitik praktische Ergebnisse nur aus unmittelbaren Verhandlungen von Staat zu Staat. Sie hat die Richtigkeit dieser Anschauung bereits durch drei hochbedeutsame Erfolge nachgewiesen: einmal durch den deutsch-polnischen Verständigungsvertrag vom 26. Januar 1934. Wenige Tage nach seinem Abschluß hat der Führer und Reichskanzler (Reichstagsrede vom 30. Januar 1934) erklärt: „Die deutsche Regierung war glücklich, bei dem Führer des heutigen polnischen Staates Marschall Pil-

sudski dieselbe großzügige Auffassung zu finden und diese beiderseitige Erkenntnis in einem Vertrage niederzulegen, der nicht nur dem polnischen und dem deutschen Volke gleichermaßen nützlich sein wird, sondern auch einen hohen Beitrag zur Erhaltung des allgemeinen Friedens darstellt. Die deutsche Regierung ist gewillt und bereit, im Sinne dieses Vertrages auch die wirtschaftspolitischen Beziehungen Polen gegenüber so zu pflegen, daß hier gleichfalls dem Zustande unfruchtbarer Zurückhaltung eine Zeit nützlicher Zusammenarbeit folgen kann". Der im letzten Satz zum Ausdruck gebrachte Wille (der im März 1934 zu einem Protokoll über die Beendigung des deutsch-polnischen Zollkrieges und im Oktober 1934 zu einem sogenannten Kompensationsabkommen führte) hat am 4. November 1935 das zweite Ergebnis gebracht, den deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrag. Als dritter (zeitlich gesehen als zweiter) Erfolg ist das deutsch-englische Flottenabkommen vom 18. Juni 1935 zu buchen. Wir stehen hier in der knappen Frist von noch nicht drei Jahren vor außenpolitischen Leistungen sondergleichen. Sie gründen auf der weltanschaulichen Linie, die Adolf Hitler in seinem Werk „Mein Kampf" dargestellt hat, sie gründen auf der Politik von Fall zu Fall anstatt auf derjenigen „Alles oder Nichts". Sie gründen darauf, daß an Stelle der unwirksamen Methode des Verhandelns zu vielen die ehrliche Verhandlung zu zweit trat, daß ein außenpolitischer Schritt zu Ende gegangen wurde, bevor man einen neuen unternahm. Nie war eine ähnliche Leistung in den Genfer Verhandlungen möglich, eben weil sie zu vielseitig waren

und mit hundert Schritten zugleich begannen, aber keinen vollendeten.

3. Der Politik der Blockbildung, der verwickelten Paktsysteme und militärischen Beistandsabkommen stellt die nationalsozialistische Außenpolitik entgegen den Grundsatz der *Nichtangriffsverträge*, der *Lokalisierung etwaiger Konflikte* und damit der *Isolierung der Gegner*. Dieses Prinzip sucht die *Verantwortlichkeit der Staatsmänner* im Interesse des Friedens, es bedeutet *praktische Friedenspolitik* an Stelle des Schlagwortes von der „Unteilbarkeit des Friedens". In Europa ist ein beängstigendes Netz von Pakten vorhanden mit einer Fülle von Paragraphen und Bestimmungen. Die Reichsregierung hat immer ihre Bereitschaft zum Abschluß von Nichtangriffspakten erklärt, weil nur diese ein wirkungsvolles Mittel zur Wahrung des Friedens darstellen. Denn in ihnen verpflichten sich die Vertragspartner gegenseitig, sich einzeln oder zusammen mit andern Mächten jeder herausfordernden Handlung und jeden Angriffs auf ihr Hoheitsgebiet zu enthalten. Oft wird diese Verpflichtung mit der Zusicherung verknüpft, an keinem Abkommen aggressiver Natur gegen den Vertragsgegner teilzunehmen und etwaige dritte angreifende Staaten nicht zu unterstützen. Einfachere und eindeutigere Abmachungen kann es nicht geben. Militärische Hilfeleistungspakte dagegen führen erfahrungsgemäß zu Machtgruppierungen und Allianzen, aus deren wechselseitiger Reibung immer Konflikte entstehen können. Diese dann räumlich zu beschränken, die Gegner also zu iso-

lieren, ist angesichts der verschiedenen und durcheinanderlaufenden Beistandsverpflichtungen sehr schwer, wenn nicht unmöglich. Schon im Jahr 1914 sind alle Bemühungen, den Streitfall zwischen Österreich und Serbien auf diese beiden Länder zu beschränken, gescheitert. Angesichts des heutigen Systems von Beistandspakten dürfte eine Lokalisierung und Isolierung noch viel unwahrscheinlicher sein.

Wir sehen, wie klar die auf der nationalsozialistischen Weltauffassung fußende deutsche Außenpolitik ihre Ziele darlegt. Wir haben dies an dem Angebot Adolf Hitlers vom 7. März 1936 gesehen, das in Wahrheit eine noch niemals dagewesene ehrliche Aufforderung an die europäischen Völker zum Frieden darstellte in einer Sprache, wie sie offener auch noch nie von einem Staatsmann gesprochen worden ist. Immer wird dieser deutsche Friedensplan vor den Augen der Welt stehen als eine moralische Mahnung, die ihresgleichen in der Geschichte nicht hat. Trotzdem berät die Welt noch, wo und wann beraten werden soll, über was zu beraten sei! Es wäre um das politische Geschehen in Europa und in der Welt in der Tat besser bestellt, wenn allenthalben eine solche offene Sprache geführt würde. Aber die Diplomaten und Staatsmänner der alten Schule sind dazu schwerlich mehr imstande. Diese Diplomatie ist in dem Programm erzogen, nur ja nicht klar auszudrücken, was man bietet und verlangt. Seit anderthalb Jahrzehnten hielt man Konferenzen ab immer mit dem gleichen Mißerfolg, man schloß Pakte über Pakte ab, über deren Auslegung alsbald eine ganze

Literatur entstand. All dies nur, weil die Diplomatie es vermied, offen und klar zu sprechen. Hätte man einmal auf einer Konferenz offene Sprache geübt, so wäre sie wahrscheinlich aufgeflogen. Aber jeder hätte eindeutig gewußt, was eigentlich der andere will, und die nächste Konferenz hätte (unter Ersparung großer Summen, die eine nützlichere Verwendung hätten finden können) entweder erst stattzufinden brauchen, wenn alle bereit waren, klar zu sprechen, oder gar nicht. Statt dessen erfand die Diplomatie immer neue Begriffe, immer neue Formeln, sie verdunkelte und komplizierte auch den hellsten Vorgang, auf den jeder gesund denkende Mensch eine klare Antwort fand. Demgegenüber hat der Nationalsozialismus den Anfang gemacht, mit den verbrauchten Methoden im Geist der Académie Diplomatique Internationale, der internationalen Diplomatenakademie zu Paris aufzuräumen. Es ist eine Befreiungstat der nationalsozialistischen Bewegung für Europa, daß sie auf einem politischen Weg außerhalb der Sphäre überlebten diplomatischen Denkens und wirtschaftlichen Handelns marschiert. Sie hat zudem den Grundsatz der Verhandlungsgleichheit an Stelle vorgefaßter Entscheidungen aufgestellt. Denn die Diplomatie alten Schlages geht an die politischen Probleme zumeist auch mit vorgefaßten Meinungen heran, was ein gleich schwerer Fehler ist wie unklare Sprache. So begreiflich es sein mag, daß gegen die neuen Ideen noch Widerstände von draußen auftauchen, so sicher hat der Nationalsozialismus mit ihnen außenpolitische Werte für die Zukunft geschaffen, die nicht hoch genug eingeschätzt werden können.

Schlußwort

Das Bild, welches wir aus den vorstehenden Beispielen in uns aufnehmen konnten, zeigt sowohl schwerste Erschütterungen als stärkste Neubauten im Völkerleben der Gegenwart; beide leiten sich vielfach aus politischen Handlungen im Dienst einer bestimmten Weltauffassung her. Wir haben Anschauungen kennengelernt, die zu einer imperialistischen Außenpolitik führen. Wir haben gesehen, daß der Marxismus jedes nationale Wertgefüge ablehnt und damit eine Ideologie predigt, die allem widerspricht, woraus die gesunden Kulturen Europas und der Welt entstanden sind. Die sowjetische Außenpolitik ist dementsprechend zu beurteilen. Wir haben erkannt, daß Liberalismus und Maurerei eins sind, und daß die internationale Freimaurerkette auf die „Vereinigten Staaten der Welt" als „rettende" Entwicklung abzielt. Demgemäß ist die Außenpolitik jener Staaten einzuschätzen, in denen der Freimaurer den Ton angibt. Wir haben erfaßt, daß das Judentum gleicherweise den Marxismus und den Liberalismus vor seinen Wagen spannt, um die politischen Zerklüftungserscheinungen in der Welt zu verewigen und den klingenden Profit daraus einzustreichen. Das ist die Blutbedingtheit des Juden, seine charakteristische schmarotzende Eigenart, die niemals schöpferische Arbeit, sondern nur die Ausbeutung und aus dieser den Genuß kennt. Der Jude ist die Kommandostelle, Bolschewismus und Maurerei sind ihm zwei ausführende Befehlsstellen zur Erreichung seiner Herrschafts-

ziele. Ihm wäre es erwünscht, wenn die Nichtjuden in Kriegen sich gegenseitig abschlachteten, um desto leichter seinen „Messiasgedanken" verwirklichen zu können. Wir haben den Nationalsozialismus und seine Weltbetrachtung geschildert mit ihrem Glauben an Blut und Boden, mit ihrem Willen zur Wahrung des völkischen Lebensrechtes und zur Achtung vor fremden Lebensnotwendigkeiten, also zur wahren inneren und äußeren Freiheit. Die nationalsozialistische Bewegung ist damit eine vorkämpferische. Es ging und geht ihr nicht nur um die deutsche Befreiung, sondern um die tauglichere Neugestaltung des europäischen Lebens. Dementsprechend ist die nationalsozialistische Außenpolitik aufgebaut; sie trägt das tiefste Bewußtsein in sich, daß nur echte Nationalstaaten die Gefahren unseres Jahrhunderts überwinden können. Die politischen Gedanken des Marxismus und Liberalismus haben kläglich versagt, sie haben Elend, Not und Terror, Zersetzung und Zerstörung über die Völker gebracht, sie haben nur Schlacken zurückgelassen, niemals aber Befreiung geschaffen. In diesem Bewußtsein marschiert die nationalsozialistische Bewegung erhobenen Hauptes durch den ringsum hochspritzenden Schmutz der Verleumdung.

Die nationalsozialistische Politik hat im Sturmschritt — in kurzen drei Jahren schon — den Weg der Zersplitterung und Verwirrung, des Unrechts und der Gewalt überwunden und hat Leistungen erarbeitet, die eine Wiedergeburt Europas in Aussicht stellen.

Die europäische Politik steht im Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden, unter dem Eindruck zweier

Ereignisse. Das eine ist der deutsche Schritt vom 7. März 1936, also die deutsche Selbstbefreiung verbunden mit dem großzügigen Friedensplan Adolf Hitlers, das andere ist die Annexion Abessiniens durch Italien. Wir haben hier keine Schlüsse aus diesen Ereignissen zu ziehen und keine Vermutungen über die Zukunft anzustellen, dies aber ist gewiß: in Europa zeigen sich Strukturveränderungen an. Bündniswerte geraten ins Schwanken, das falsche universalistische Denken tritt zurück, Nationalbewußtsein wird zur tragenden Kraft, hinter alten diplomatischen Leitsätzen erscheinen Fragezeichen, die Klemme zwischen Allianzideologien und der Idee vernünftiger Zusammenarbeit ist angezogen und die Völkerbundsideologie ist wesenlos geworden. Es ist zu erhoffen, daß Europa zu einem wahren Frieden kommen wird; ihn mit aller Kraft zu suchen, ist die Lebensnotdurft des Kontinents. Der Friede wird aber keiner Ideologie folgen, er wird mit Naturnotwendigkeit erwachsen. Alle Ideologie unterscheidet sich scharf von schöpferischer Idee, weil ihr die innere Anschauung des Naturgeschehens fehlt. Ideologien haben kein politisches Format, sie sind staatsfremd und ziehen deshalb nur auflösende Revolutionen nach sich, aus denen dann Gewalthaber ihren Profit machen. Aus der schöpferischen Idee dagegen, die staatsbildend und gemeinschaftsfördernd, in der das Gesetz der Disziplin gelegen ist, entsprießt der Aufbau.

Noch ist die europäische Politik nichts anderes als eine Politik der Besitzenden und Gesättigten, die auf das „Recht" von 1919 pochen, das in Wirklichkeit eine bewußt geführte Waffe gegen das deutsche Kulturvolk war.

Immer aber werden unnatürliche Rechtskonstruktionen an der natürlichen Lebensentwicklung mit der Zeit zerbrechen. Am allerwenigsten ist in dem kleinen Europa eine Völkergemeinschaft verschiedener Rechtswertung haltbar, diese Erkenntnis sickert heute auch in den Völkern um uns herum unaufhaltbar durch. Gewiß kommt es in entscheidenden internationalen Fragen weniger auf die Völker an, die ja als solche nicht außenpolitisch handeln, es kommt vielmehr auf ihre Repräsentanten an. Aber ebenso gewiß verlangen die europäischen Völker von Dublin bis Riga und von Bordeaux bis Bukarest, von Hammerfest bis Cadix und von Memel bis Athen nach „paix et travail". Angesichts des Begriffsunterschiedes zwischen „paix" im französischen und „Friede" im deutschen Sinn übersetzen wir frei: die Völker wollen nichts, gar nichts als ihre Ruhe haben, ihrer Arbeit nachgehen, ihr Brot essen. Um dies zu erreichen, bedarf es der Selbstbesinnung und des Gesinnungswandels vor allem der Staatsmänner, eines neuen politischen Denkens. Das politische Denken der Menschen ist so verschieden, wie ihre Sprachen es sind; nur erzeugt die Sprachenverschiedenheit keine Kriege, so wie die Denkunterschiede es tun. Das Andersverstehen soll und kann nicht aus der Welt fortgeschafft werden, sonst gäbe es keine schöpferische Gestaltung des Lebens und der Geschichte mehr. Schon das ursprüngliche menschliche Denken, die ursprüngliche Fundierung der Erkenntnis ist nicht gleichartig, sondern verschieden, nur so entstanden inhaltlich verschiedene Typen von Weltauffassungen. Alles politische Geschehen entwickelt sich aus Spannungen, wie jedes Dasein

im Weltenraum in solchen seinen Urgrund hat. In der Staatskunst aber muß ein grauenhafter Wirrwar eintreten, sobald die Spannungen in Argwohn und Mißtrauen, in blinden Eigennutz und in Ehrabschneidung, in ein Festklammern an überständige Methoden und in Mißachtung der natürlichen Lebensrechte ausarten. Solche Wirrnis herrscht noch in Europa, sonst könnte Verständigungswille nicht förmlich als Verzicht auf alle Außenpolitik, Aufrechterhaltung schreienden Unrechtes aber als Bestandssicherung für Auswärtige Ämter aufgefaßt werden. Die fortschreitende Technik hat das Antlitz des beschränkten europäischen Hauses und der Welt überhaupt in stärkstem Ausmaß verändert. Der Fortschritt von der Schaufel zum Bagger, von der Steinaxt zur Stahlwaffe, von den zur Zeit der Perserkriege üblichen Blinkzeichen mit Schildern zur Telegraphie, vom Reitpostbetrieb zur Flugpost, von der ersten Eisenbahn zum Schienenzepp, vom Kutter zum Ozeanriesen, vom einstöckigen Haus zum Wolkenkratzer, vom Feuerwerkskörper zum chemischen Kampfstoff ist ungeheuer. Auch der Fortschritt vom Neandertal- bis zum heutigen Menschen ist nicht zu leugnen. Aber im politischen Denken ist wenig Fortschritt zu entdecken. Zwischen der Staatskunst vor zweitausend Jahren und derjenigen unserer Tage besteht ein verzweifelt geringer Unterschied: dann und wann höhere Einsicht und Opferwille, zumeist jedoch Eigensinn, der die Energie der Dummheit ist. Gerade wie ein Unternehmer durch seine Lichtreklame Einfluß auf die Menschen ausüben will, damit sie sich für seine Schuhmarke, seine Wäsche oder seine Füllfederhalter ent-

scheiden, so drängt die Diplomatie um unsere Grenzen herum ihren Völkern ständig eine längst verbrauchte Staatskunst auf. Trotzdem alles verkehrt gegangen, nichts gelungen ist, nicht in Europa, nicht in Asien, nicht in Amerika, trotzdem Abrüstung, Kolonien- und Rohstoffverteilung, die ganze Weltpolitik und Weltwirtschaft versagt, Völkerbund, Pakte und der Schrei nach Sicherheit zu keiner Befriedung geführt haben. Vergeblich wird darum auch das Beginnen sein, um die Satzungen des Völkerbundes, um die Wirksamkeit seiner juristischen Zentrale, des Internationalen Haager Schiedsgerichtshofes, um all die Garantie- und Kollektivpakte, die Drei-, Vier-, Fünf- oder Neun-Mächteerklärungen zu feilschen. Vergeblich deswegen, weil Europa in einem gewaltigen Kampf um das politische Denken steht: die alten Anschauungen siechen dahin und werden, auch wenn sie sich noch immer wieder aufbäumen, Stück um Stück zertrümmert von einer neuen Auffassung. Daß eine solch riesenhafte Umlagerung, wie sie im allgemeinen nur in Jahrtausenden auftritt, in der Gegenwart von einer maßlosen Not der Völker begleitet wird, ist nicht erstaunlich, sondern natürlich. Denn die Menschen sehen eine alte Welt versinken, sie erheben die Frage nach dem Sinn und der Gestaltung eines neuen Daseins. Diese kann jedoch keine Antwort finden, ohne daß gerade das Problem des politischen Denkens in die breite Öffentlichkeit gerückt wird. Freilich ist die Lösung dieses Problems schwer, sehr schwer. Es gehört dazu der Mut, anstatt ewig das Messer zu schleifen, die Beulen aufzuschneiden, die das Leben Europas verseuchen. Dabei kommt es nicht darauf

an, daß alle Fragen mit einem Schlag gelöst werden; entscheidend ist, daß sie erkannt und erlebt werden. Staatsmänner und Diplomaten, die einem solchen Erleben sich fremd gegenüberstellen, vermögen die Tatsache der angebrochenen europäischen Erneuerung nicht zu erfassen. Sie müssen zuerst ihre lebensfremde Beharrung ablegen, bevor sie das wirkliche Leben ahnen, sie müssen erst zu höherer Gemeinsamkeit sich finden. Trotzdem muß unser Glaube unerschütterlich sein, daß die noch neblige Gegenwart ihre Sonnenwende haben wird. Es gibt keine Lehre vom Untergang des Abendlandes, es gibt allein den Glauben an einen fundamentalen Neubau Europas! Für ihn hat die schöpferische Idee des Nationalsozialismus ihren opferreichen Kampf aufgenommen. Daß solcher Glaube Hand in Hand mit stärkstem Friedenswillen gehen muß und geht, daran können nur Schwerhörigkeit, Blindheit und Böswilligkeit noch zweifeln. Der deutsche Friedenswille ist aufgebaut auf Wehrhaftigkeit **und** Achtung der natürlichen Rechte aller andern Völker. Er stellt eine feste, dauerhafte Grundlage dar im Gegensatz zu der bedenklich rückschrittlichen Genfer Politik, die bisher jeden Ansatz zu friedlicher europäischer Gemeinschaft vernichtet hat.



